



AMO.CZ

HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG  
PRAG



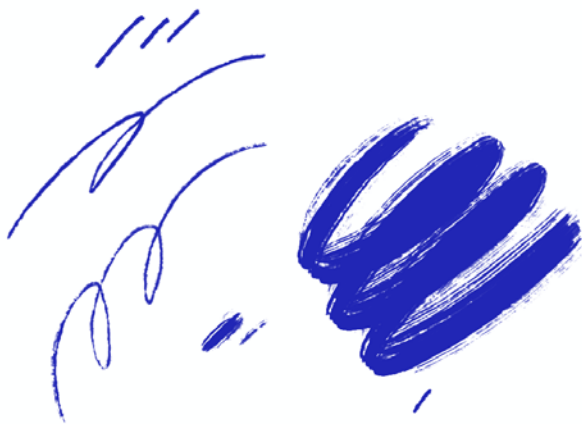
# Deutschland. Tschechien.

**Im Kontext**

Pavλίna Janebová  
Klára Schovánková (Hrsg.)



**Die Publikation *Deutschland. Tschechien. Im Kontext* versammelt vierzehn Texte von Autor\*innen aus Tschechien und Deutschland zu sieben Schlüsselthemen unserer Zeit. Sie soll Leser\*innen in beiden Ländern (und darüber hinaus) tiefere Einsichten in Problemlagen ermöglichen, die uns, wenn überhaupt, oft nur in Form von Schlagzeilen erreichen. So kann sie hoffentlich zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beitragen.**







# **Deutschland. Tschechien.**

**Im Kontext**

Pavλίna Janebová  
Klára Schovánková (Hrsg.)



AMO.CZ

■■■ HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG  
PRAG

# Inhalt

## Einleitung

Adéla Jurečková und Pavlína Janebová 9

## Soziale Gerechtigkeit

Wolfgang Schroeder und Lukas Heller: Soziale Gerechtigkeit  
in Deutschland: Dimensionen – Befunde – Diskurse 17

Lucie Trlifajová: Armut als Stigma und der limitierte Sozialstaat 27

## Gendergerechtigkeit

Simone Schmollack: Vom „Wickelvolontariat“  
zu geteilter Care-Arbeit 39

Johanna Nejedlová: „Sausage Party“ der tschechischen Art 45

## Arbeit

Irene Dingeldey: Das „Modell Deutschland“ in Transformation  
– Zunahme der Spaltung am Arbeitsmarkt 57

Šárka Homfray: Der tschechische Arbeitsmarkt: Sind wir  
immer noch das „Montagewerk Europas“? 63

## Klima- und Energiepolitik

Nick Reimer: Klimaschutz in Deutschland:  
Wenn das System versagt 75

Romana Jungwirth Březovská: Tschechien, das Fossil:  
self-fulfilling prophecy der Alternativlosigkeit 83

## Deutschland und Tschechien in der EU

Christine Pütz und Georg McCutcheon: Zwischen  
Selbst- und Fremdwahrnehmung: Deutschlands Rolle  
in der Europäischen Union 95

Vít Dostál: Die tschechische Europakrise:  
Ursprünge, Folgen und Auswege 103

## Menschenrechtsorientierte Außenpolitik

Peggy Lohse: Menschenrechte: Was wird aus  
dem „Fundament deutscher Außenpolitik“? 113

Petra Kalenská: Menschenrechte: Nur in der Außenpolitik  
präsent – und nur da, wo es nicht weh tut 121

## **Identität und Diversität**

Noa K. Ha im Interview mit Sarah Ulrich: „Die Realität der ostdeutschen Migrationsgesellschaft wird zu wenig benannt“	133
Marie Jelínková: Rationalität, ökonomischer Wohlstand und „vorbildliche“ Migrant*innen	139

<b>Herausgeberinnen</b>	149
-------------------------	-----

<b>Autor*innen</b>	149
--------------------	-----







# Einleitung

**Tschechien und Deutschland sind wie Nachbar\*innen in einer modernen Metropole: Die Wand, die sie trennt, ist relativ dünn, aber dennoch dick genug, um das Wesentliche oft nicht durchzulassen. Man weiß voneinander, man grüßt sich höflich, aber man kennt sich nicht gut – man weiß übereinander vor allem das, was man aus dem flüchtigen Hinschauen und aus Gesprächsfetzen schließen kann. Diese Beziehung ist nicht ausgeglichen – weder ökonomisch noch geopolitisch betrachtet, geschweige denn in Bezug auf die Aufmerksamkeit, die man sich gegenseitig widmet. Andererseits ist sie aber auch nicht mehr so stark durch historische Erfahrungen und Erfahrungen und durch die gegenseitige Vorurteile geprägt, wie es früher einmal der Fall war.**

Das lässt sich zumindest aus einer Meinungsumfrage ableiten, die der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds im Jahr 2021 bei der Agentur STEM und dem Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach in Auftrag gegeben hat.<sup>1</sup> Die Tschech\*innen zeichnen darin ein Bild von Deutschland als einem modernen Land mit einem hohen Lebensstandard, das aber nicht besonders weltoffen ist. Demgegenüber sehen die Deutschen die Tschechische Republik als touristisch interessantes, gastfreundliches Land, das sich für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit gut eignet. Das Ungleichgewicht bezüglich der Aufmerksamkeit für das jeweils andere Land wird bei der Einschätzung der gegenseitigen Beziehungen deutlich: Während 40 Prozent der befragten Deutschen Schwierigkeiten haben, diese zu bewerten, sind es bei den Tschech\*innen nur 5 Prozent. Zwar hält ein Großteil der Bevölkerungen beider Länder die Beziehungen zum Nachbarland für „sehr gut“ oder „eher gut“ – bei den Tschech\*innen sind es sogar 85 Prozent. Doch welche Annahmen liegen einer solchen Antwort zugrunde? Bedeutet „gut“ lediglich, dass es keine offenen Konflikte gibt,

<sup>1</sup> STEM(Hg.): Česko-německé vztahy v roce 2021, 04.11.2021, unter: <https://www.fondbudoucnosti.cz/aktuality/aktuality/stem-cesko-nemecke-vztahy-souhrnna-zprava-z-vyzkumu-2021>.

oder geht es um ein wirkliches Interesse am anderen Land, ein Grundverständnis dafür, mit welchen Problemen es konfrontiert ist und welche Lösungswege es wählt?

Wir sind überzeugt: Für gute Beziehungen ist das Letztere vonnöten. Um tatsächlich verstehen zu können, wie die Gesellschaft im Nachbarland funktioniert, muss man die Debatten vor Ort und die großen Erzählungen kennen, die Einfluss darauf haben, wie die Menschen über Themen nachdenken und wie sie die zentralen Fragen der Gegenwart angehen. Man muss wissen, welche Fragen für die Menschen auf der anderen Seite der Grenze die drängendsten sind und welche Zukunft sie sich für ihr Land wünschen. Die mediale Berichterstattung trägt nur teilweise zu diesem Verständnis bei. Sie behandelt meist nur die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Nachbarland und ist außerdem disproportional: Aufgrund des größeren politischen Gewichts und der Wirtschaftskraft Deutschlands erhält das Land in Tschechien sehr viel mehr Aufmerksamkeit als umgekehrt.

Das Ziel der vorliegenden Publikation ist es, die beschriebenen Wissenslücken zumindest teilweise zu füllen. Sie möchte Themen und Perspektiven einen Raum geben, die allzu leicht übersehen werden könnten, wenn wir sie nur mit den Optiken der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen oder der eingefahrenen Stereotype anschauen. Dabei werden Themen betrachtet, die für beide Länder wichtig sind und sein werden: die Zukunft der Europäischen Union, die Klimakrise, die Sozialpolitik, Genderungerechtigkeiten sowie Migration und Identität. Die Autor\*innen zeichnen den jeweiligen Diskussionsstand in ihrem Land nach – auf ihre eigene Art und Weise. Sie gehören nicht zur Community der Expert\*innen, die sich allgemein mit den bilateralen Beziehungen zwischen den Ländern befassen. Vielmehr schreiben sie über Themen, mit denen sie sich auskennen und die ihnen wichtig sind. So stehen in dieser Publikation Essays, Analysen und Gespräche nebeneinander.

Der Blick auf die gegenseitigen Beziehungen – der für uns der Ausgangspunkt dieser Publikation ist – tritt dabei zunächst bewusst in den Hintergrund. Wir sind der Ansicht, dass wir einander zunächst einmal genau zuhören sollten, wenn wir etwas übereinander lernen und uns gegenseitig verstehen wollen. Die Autor\*innen reagieren also auch nicht aufeinander, sondern wechseln sich in der Rolle der Erzählenden und der Zuhörenden ab: Ein Text stellt die Lage und den Diskussionsstand zu einem Thema in Tschechien dar, der nächste behandelt dasselbe Thema in Bezug auf Deutschland. Nach dem Zuhören sollte als nächster Schritt dann die Debatte folgen – diese möchten die Heinrich-Böll-Stiftung und AMO (Asociace pro mezinárodní otázky/Assoziation für Internationale Angelegenheiten) langfristig anregen. Wir sind überzeugt, dass die vorliegende Publikation dabei sehr hilfreich sein kann.

## **In Nachbars Garten**

Unser Versuch, die unterschiedlichen Perspektiven zu bestimmten Themen aus beiden Ländern miteinander in Beziehung zu setzen, zeigt auf der einen Seite, dass wir uns in vielerlei Hinsicht näher sind, als es vielleicht scheinen mag: Wir sind verärgert über eine Politik, die ihre Versprechen nicht hält und die Warnsignale nicht ernst genug nimmt, die uns anzeigen, in welche Richtung die notwendigen Veränderungen eigentlich gehen müssten. Aus vielen Texten spricht eine gewisse Dringlichkeit und der Unwille, sich mit dem Status quo zufriedenzugeben – nämlich dort, wo er als ungerecht, überholt oder gefährlich wahrgenommen wird. Auf der anderen Seite

werden manche Debatten aufgrund der verschiedenen gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und historischen Situation auf unterschiedlichen Ebenen geführt, auch wenn sie auf etwas Ähnliches abzielen. Was aus dem einen Blickwinkel wie ein wenig ambitionierter Zustand aussehen mag, den es zu überwinden gilt, kann in anderer Perspektive eine Zielmarke sein.

Die Beschäftigung mit beiden Perspektiven hilft uns dabei, die Grenzen des Diskurses im eigenen Land zu überschreiten und unsere mentale Landkarte zu erweitern. Was im eigenen Land als Randposition erscheinen mag, ist jenseits der Grenze vielleicht Teil des Mainstreams. Die beiden Perspektiven ins Verhältnis zu setzen, macht darüber hinaus deutlich, wie schwer erreichbar und brüchig ein gesellschaftlicher Konsens sein kann: sei es zur Frage, ob der Kampf gegen den Klimawandel ein Topthema auf der eigenen Prioritätenliste sein sollte, oder ob der Staat eher ein Nachwächler oder ein aktiver Gestalter der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung sein sollte. Natürlich verändert sich unsere eigene Meinung dadurch nicht automatisch, aber vielleicht können wir besser verstehen, inwiefern der Nährboden bei unseren Nachbar\*innen ein anderer ist und warum er etwas andere Pflänzchen hervorbringt als unserer.

## **Weder dem fahrenden Zug hinterherrennen noch sich auf den eigenen Lorbeeren ausruhen**

Durch seine Größe, seine politische und wirtschaftliche Stärke sowie seine Nähe nimmt Deutschland im tschechischen Diskurs oft die Position einer quasi natürlichen Benchmark ein. Die Kaufkraft der Tschech\*innen ist auch mehr als 30 Jahre nach 1989 nur etwa halb so groß wie diejenige der Deutschen – obwohl die politischen Eliten damals versprochen hatten, dass Tschechien innerhalb weniger Jahre an das deutsche Wohlstandsniveau heranreichen würde. Wenn also der Blick auf das Nachbarland bisweilen mit Frustration verbunden ist, dann liegt es nicht nur – wie oft angenommen wird – an den weiter zurückliegenden historischen Erfahrungen, sondern auch an der gegenwärtigen wirtschaftlichen Realität. Deutschland muss im tschechischen Diskurs oft als Vorlage für „den Westen“ erhalten, den man noch immer „einholen“ müsse. Dies kommt auch in einigen Texten der vorliegenden Publikation zur Sprache. Vielleicht ist es unter anderem diese nachvollziehbare Aufholmüdigkeit, die eine Abgrenzung vom Westen auch in anderen Bereichen nach sich zieht, sei es beim Thema Migration, bei der Klimapolitik oder beim Sozialstaat. Ungeachtet dessen, dass niemand gern derjenige sein will, der permanent dem Zug hinterherrennt, kann alles, was wir erreichen, schon morgen wieder überholt sein: Das Ziel bewegt sich permanent von uns weg. Wäre es da nicht sinnvoller, sich eigene Ziele zu setzen, dann Schnittmengen mit den Nachbarstaaten zu finden und zu versuchen, sie durch gegenseitige Unterstützung im gemeinsamen Haus Europa zu erreichen? Und dort, wo wir uns nicht einig sind, respektvoll zu streiten?

Deutschland wiederum erscheint in einigen Texten dieser Publikation als ein Land, das zwar schon einen weiten Weg zurückgelegt hat, dann aber am Scheideweg stehen bleibt und auf der Stelle tritt. Die Fragen, auf die Deutschland aktuell Antworten sucht, sind zugleich komplex und fundamental wichtig: Welche Rolle wollen wir in Europa spielen? Welche Erwartungen haben die europäischen Partner an uns? Sind wir bereit, aufgrund unserer ökonomischen und politischen Stärke

Verantwortung zu übernehmen und die Führungsrolle zu akzeptieren? Und wie könnte diese Rolle aussehen? Schaffen wir es dabei auch, uns von historisch gewachsenen Konzepten des internationalen Engagements und der Außenpolitik zu lösen, können wir die Welt und unsere Rolle darin mit neuen Augen sehen? Wollen wir uns für soziale und ökologische Standards, die bei uns durchgesetzt worden sind, auch anderswo einsetzen, selbst um den Preis wirtschaftlicher Zugeständnisse? Oder ruhen wir uns auf unseren Lorbeeren aus und lassen andere den Kurs bestimmen – ohne beeinflussen zu können, ob sie den Weg der Autokratie und der Partikularinteressen einschlagen oder den der Demokratie und der Menschenrechte?

## Ähnliche Fragen, anderer Kontext

Neben der Suche nach der eigenen Position in Europa und der Welt fokussiert der vorliegende Band verschiedene Dimensionen und Nuancen von Gleichberechtigung und Inklusion. Sowohl in Deutschland als auch in Tschechien wird immer deutlicher, dass diese Themen für die Demokratie und ihre Widerstandsfähigkeit ganz entscheidend sind. Durch den Ausschluss bestimmter Gruppen (seien es Frauen oder ethnische und sexuelle Minderheiten) von der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehen nicht nur deren Potenziale verloren. Darüber hinaus verlieren Menschen, die sich an den Rand gedrängt fühlen und den staatlichen Institutionen nicht vertrauen, den Glauben an die demokratischen Abläufe des Staates. Das schlägt sich in einer niedrigen Wahlbeteiligung nieder, aber auch in der wachsenden Unterstützung populistischer, extremistischer oder rundheraus systemfeindlicher Parteien.

In Tschechien wie in Deutschland sind die ökonomischen und sozialen Unterschiede innerhalb des Landes sehr groß. In Tschechien prägen auch mehr als drei Jahrzehnte nach dem Ende des Sozialismus die Erinnerungen an dieses totalitäre Regime den Diskurs über das Sozialsystem und den Schutz der Ärmsten. Der deutsche Wohlfahrtsstaat steht hingegen vor den Herausforderungen, die sich aus dem sich wandelnden sozialen Kontext sowie neuen Risiken und Arten von Ungleichheit ergeben, und ist mit dem immer noch ungleichen wirtschaftlichen Niveau in Ost und West konfrontiert.

In beiden Ländern ist Gender ein wichtiger Ungleichheitsmarker. In Tschechien wird diesem Faktum jedoch noch immer keine große Bedeutung beigemessen. Im besten Fall wird die Genderdebatte als etwas wahrgenommen, was zwar nett, aber keineswegs notwendig ist, im schlechteren Fall als direkte Bedrohung der Traditionen und Lebensweisen. In Deutschland ist die Gleichstellungspolitik schon weiter gediehen, doch auch hier bestehen weiterhin große Ungleichheiten bei der Verteilung der Betreuungs- und Sorgearbeit, den Karriere- und Verdienstmöglichkeiten und der Rente.

Die Inklusion von Menschen mit anderem ethnischem oder kulturellem Hintergrund schließlich ist ein Thema, bei dem die Bundesrepublik einen Vorsprung von mehreren Jahrzehnten hat. Der tiefe Graben zwischen den tschechischen und den deutschen migrationspolitischen Ansätzen der Jahre 2015/16 hat die Beziehung und gegenseitige Wahrnehmung deutlich geprägt. Tschechien ist leider nach wie vor – insbesondere gegenüber neu Ankommenden aus dem Nahen Osten – nicht gerade gastfreundlich, auch wenn die allgemein positive Aufnahme von Geflüchteten aus der von Russland überfallenen Ukraine die tschechische Gesellschaft von einer

besseren Seite zeigt. In Deutschland wiederum müssen trotz langjähriger Erfahrung mit der Einwanderungsgesellschaft einige Gruppen von Einwander\*innen immer noch darum kämpfen, als vollwertiger Teil der Gesellschaft angesehen zu werden.

Soziale Verwerfungen, die sich aus den Maßnahmen zur Dekarbonisierung ergeben können, sind ein wichtiger Aspekt im Kampf gegen den Klimawandel, aber natürlich nicht der einzige. Deutschland befasst sich schon viel länger als Tschechien mit der Reduzierung von Treibhausgasen und der Verankerung diesbezüglicher Verpflichtungen. Hier ist auch das Bewusstsein über die Folgen des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes größer und der gesellschaftliche Konsens über die Notwendigkeit, Lösungen zu finden, weiter verbreitet. Doch auch in Deutschland leugnen bestimmte Interessengruppen die Dringlichkeit des Problems und stellen sich gegen die Realisierung konkreter Schritte.

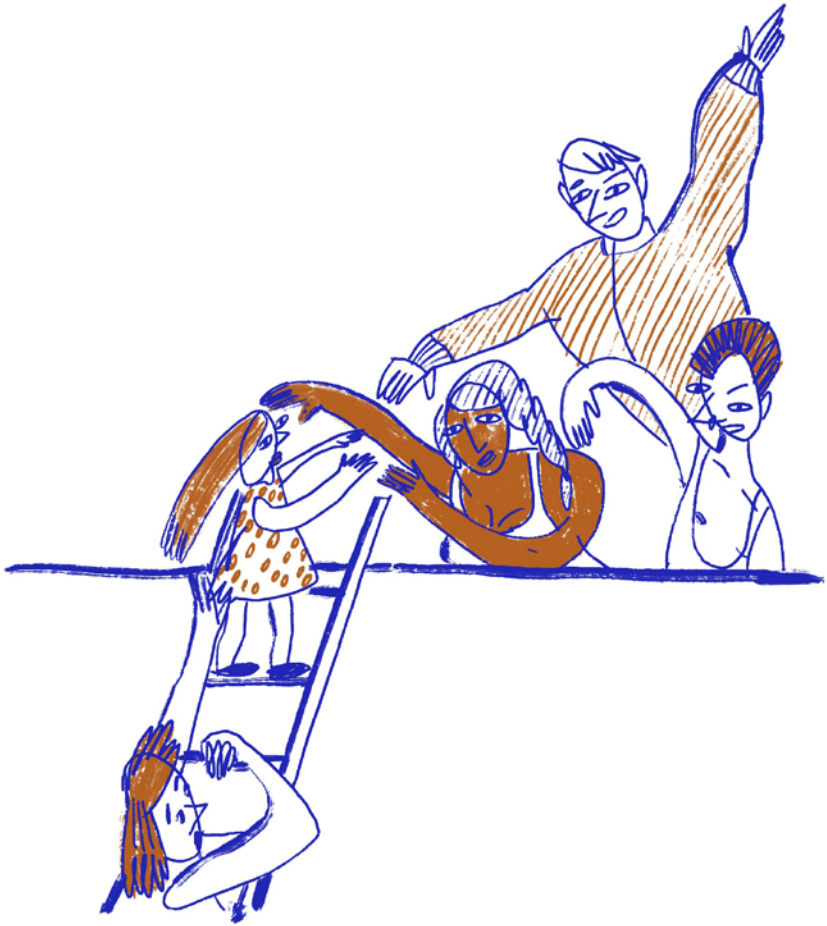
Obwohl sich die Debatten zu den beschriebenen Problematiken in beiden Ländern in unterschiedlichen Stadien befinden, in unterschiedlichen Kontexten und vor dem Hintergrund verschiedener historischer Erfahrungen und gedanklicher Strömungen geführt werden, zeigt diese Publikation auch, dass wir oftmals mit ähnlichen Dilemmata konfrontiert sind und Lösungen für ähnliche Probleme finden müssen. Die Autor\*innen geben einen tieferen Einblick in die Dynamiken der Debatten und formulieren bisweilen auch ihre eigene Haltung dazu, welche Schlüsse man ziehen sollte. Doch am Ende urteilen Sie, die Leser\*innen.

## **Nachbar\*innen oder Freund\*innen?**

Das Verhältnis zwischen Tschechien und Deutschland ähnelt einer nachbarschaftlichen Beziehung, in der man gut miteinander auskommt und sich auf der Treppe grüßt, aber in Wirklichkeit nicht viel voneinander weiß. Diese Asymmetrie in der Beziehung zwischen Tschechien und Deutschland können wir letztendlich nur schwer auflösen.

Dennoch zeigen die einzelnen Kapitel dieses Bandes, dass wir uns viel zu sagen haben und uns durchaus gegenseitig bereichern können. Natürlich kommen wir dabei nicht immer zu den gleichen Schlussfolgerungen. Eine Vernetzung und eine grenzüberschreitende Suche nach Antworten sind aber für sich genommen schon ein Ziel, denn es geht darum, sich besser zu verstehen und die nachbarschaftliche Verbindung zu stärken. Bilaterale Nachbarschaftsbeziehungen sind schließlich nicht nur eine Domäne der Regierungsvertreter\*innen – im Gegenteil, sie sollten auch von der Zivilgesellschaft, den Expert\*innen oder auch den Gewerkschaftsvertreter\*innen gestaltet werden. Das gegenseitige Kennenlernen und Verstehen im Rahmen der hier behandelten Themen erleichtern auch das Verständnis der Positionen, wie sie jeweils zu den großen europäischen und globalen Fragen der Gegenwart eingenommen werden. Das ist aktuell unter anderem in der internationalen Sicherheitspolitik oder der Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union immens wichtig. Liebe Leser\*innen, wir hoffen, dass dieses Buch Ihnen neue Perspektiven auf die deutsch-tschechischen Beziehungen eröffnen kann. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

**Adéla Jurečková, Direktorin des Prager Büros der Heinrich-Böll-Stiftung  
Pavlna Janebová, Forschungsdirektorin, Assoziation für Internationale  
Angelegenheiten (Asociace pro mezinárodní otázky)**





# Soziale Gerechtigkeit



# Soziale Gerechtigkeit in Deutschland: Dimensionen – Befunde – Diskurse

Wolfgang Schroeder und Lukas Heller

**Das wertegebundene Ziel der sozialen Gerechtigkeit ist eine zentrale regulative Idee für den sozialen Zusammenhalt. In der Bundesrepublik ist diese Orientierung in der Verfassung verankert. Während diese Idee unbestritten Richtschnur für politisches Handeln ist, beginnt der politische Streit bei der Frage, was dies konkret bedeutet und welche Maßnahmen und Instrumente geeignet sind, um diesem Ziel zu entsprechen.**

Eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung (62 %, Stand: Juli 2022) ist der Auffassung, dass es im deutschen Sozialstaat ungerecht zugeht.<sup>1</sup> Wenngleich dieser Wert durch die multiple Krisenkonstellation – bestehend aus den Nachwirkungen der Coronapandemie und den Auswirkungen des russischen Kriegs gegen die Ukraine – beeinflusst sein dürfte, bereitet er doch Grund zur Sorge und findet seine Ursachen nicht nur in den aktuellen Entwicklungen. Darüber hinaus besteht bei der Frage der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland seit langer Zeit ein deutlicher Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Waren im Westen 2018 noch 37,6 Prozent der Menschen der Auffassung, dass es in Deutschland sozial ungerecht zugeht, war es im Osten bereits mehr als die Hälfte (53,6 %) der Bevölkerung.<sup>2</sup> Was aber heißt sozial (un-)gerecht und worin drückt sich soziale (Un-)Gerechtigkeit in Deutschland aus? Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden.

1 ZDF Politbarometer, 18.07.2022, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/214482/umfrage/meinung-zur-gerechtigkeit-in-der-deutschen-gesellschaft/>.

2 Everhard Holtmann: Soziale Gerechtigkeit – mehr als eine Frage der Moral, Bundeszentrale für politische Bildung, 05.11.2020, unter: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47581/soziale-gerechtigkeit-mehr-als-eine-frage-der-moral/#node-content-title-3>.

Grundlage für die heutige Konzeption des deutschen Sozialstaats ist die doppelte Verankerung des „Sozialen“ im Grundgesetz (GG): Während Art. 20 Abs. 1 GG die Bundesrepublik als „sozialen Bundesstaat“ identifiziert und mit der sogenannten Ewigkeitsklausel in Art. 79 Abs. 3 GG als unveränderbar garantiert, legt Art. 28 Abs. 1 GG neben den demokratischen und republikanischen auch die sozialen Grundsätze des deutschen Rechtsstaates fest. Eine konkrete Ausgestaltung des Sozialstaatsprinzips liefert das Grundgesetz allerdings nicht. Diese erfolgt in Deutschland vor allem über die Steuer-, Sozial- und Arbeitsgesetzgebung und unterliegt damit dem politischen Wettbewerb.<sup>3</sup>

Da die Regierungen diesen Gestaltungsauftrag seit 1949 wahrgenommen haben, schlägt sich dies in einer hohen, phasenweise wachsenden finanziellen Ausstattung des Sozialstaats nieder. So betrug die Sozialleistungsquote – also die Summe aller Sozialleistungen gemessen am Bruttoinlandsprodukt – im Jahr 2020 33,6 Prozent.<sup>4</sup> Wenngleich die Coronapandemie zu einem deutlichen Anstieg geführt hat, lag diese Quote auch in den Jahren vor der Pandemie konstant bei knapp 30 Prozent.

Die Sozialleistungsquote sagt aber noch nichts über die Merkmale und die damit verbundene Frage nach der konkreten Gerechtigkeitslage des deutschen Sozialstaats aus. In Deutschland dominieren seit über 100 Jahren die auf Erwerbsarbeit gründenden beitragsbezogenen Sozialversicherungen das Feld der sozialen Sicherung. In der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung wurde Deutschland deshalb lange als konservatives Wohlfahrtsregime klassifiziert.<sup>5</sup> Der erwerbsarbeitszentrierte Fokus dieses Systems bedeutet, dass sich soziale Rechte und Ansprüche überwiegend aus der Teilhabe an sozialversicherungspflichtiger Erwerbsarbeit ableiten. Damit verbunden ist das Äquivalenzprinzip, das im Falle sozialer Risiken – wie etwa Alter, Unfall oder Arbeitslosigkeit – den Lebensstandard sichern soll.

Neben der Erwerbsarbeit hat die Zuordnung zum konservativen Systemtyp seine Wurzeln in der Tradition des Subsidiaritätsprinzips. Nach diesem Prinzip überträgt der Staat die Verantwortung zur sozialen Sicherung zunächst auf gesellschaftlich kleinere Einheiten.<sup>6</sup> Anspruch auf staatlich verbriefte individuelle soziale Schutzrechte besteht demnach erst dann, wenn weder das Individuum über die Teilhabe an Erwerbsarbeit noch die dem Staat vorgelagerte Instanz der Familie für ein existenzsicherndes Maß sozialer Sicherheit Sorge tragen kann.

Im Zuge verschiedener Megatrends – wie etwa der Globalisierung, der Erosion tradierter Geschlechter- und Familienleitbilder, dem demografischen Wandel oder der aktuellen digitalen und ökologischen Transformation von Arbeit – haben sich die „klassischen“ sozialen Risiken jedoch ausdifferenziert. Seit Längerem ist nun die Rede von „neuen“ sozialen Risiken. Hierzu zählen beispielsweise ein niedriges

3 Florian Grotz und Wolfgang Schroeder: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS, 2021.

4 IAQ: Sozialleistungsquote 1960–2021, 18.06.2022, unter: [https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/\\_Politikfelder/Finanzierung/Datensammlung/PDF-Dateien/abb11a.pdf](https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Finanzierung/Datensammlung/PDF-Dateien/abb11a.pdf).

5 Gösta Esping-Andersen: Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: Stephan Lessenich und Ilona Ostner (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt a. M./New York: Campus, 1998, S. 19–58.

6 Manfred G. Schmidt: Der deutsche Sozialstaat. Geschichte und Gegenwart. München: C.H. Beck, 2012.

Bildungsniveau oder familiäre Betreuungs- und Pflegeverpflichtungen, die den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren oder verhindern können.<sup>7</sup> Um diesen Rechnung zu tragen, wurde das durch Steuern finanzierte Leistungsspektrum außerhalb des Sozialversicherungssystems – beispielsweise in der Familien- und Bildungspolitik – ausgedehnt und auf eine stärker vorbeugende Sozialpolitik gesetzt.<sup>8</sup> Investive Sozialleistungen zielen einerseits darauf ab, sozialen Risiken (bspw. niedriges Bildungsniveau) möglichst präventiv zu begegnen, indem die individuellen Kompetenzen und Fähigkeiten bestmöglich aktiviert und gefördert werden. Andererseits sollen durch den Ausbau sozialer Infrastruktur und Serviceleistungen (bspw. frühkindliche Betreuung) Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Hemmnisse zur Teilhabe am Arbeitsmarkt abzubauen.

Insgesamt stellt sich der deutsche Sozialstaat damit heute als hybrides Wohlfahrtsregime dar. Auf der einen Seite ist dieses weiterhin stark durch die Funktionslogik der Sozialversicherungen geprägt, die zudem bis heute in hohem Maße gesellschaftlich akzeptiert sind und maßgeblich zur Legitimität des Sozialstaats beitragen.<sup>9</sup> Auf der anderen Seite wurden verschiedene Elemente aus liberalen (Eigenverantwortung) und sozialdemokratischen (Serviceorientierung) Wohlfahrtsregimen adaptiert.<sup>10</sup>

## Dimensionen sozialer Gerechtigkeit

Da es sich bei dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit um ein abstraktes Konstrukt handelt, gilt es zunächst, ein besseres Verständnis der damit einhergehenden Vielschichtigkeit zu entwickeln. Hierzu greifen wir auf verschiedene Dimensionen nach Becker und Hauser<sup>11</sup> zurück. Gemeinsamer Ausgangspunkt ist die Vorstellung, dass es sich bei sozialer Gerechtigkeit um die Verteilung bzw. den Ausgleich von zu definierenden materiellen Ressourcen handelt.

Hierbei kann zwischen der Chancen-, Leistungs-, Bedarfs- und Generationengerechtigkeit unterschieden werden. Während Letztere auf einen Ausgleich zwischen gesellschaftlichen Alterskohorten mit einem diffusen Zeithorizont abzielt und im Folgenden nicht gesondert in den Blick genommen wird, fokussieren die anderen

7 Kilian Lüders und Wolfgang Schroeder: Die Legitimität des Sozialstaats, in: Sascha Kneip, Wolfgang Merkel, Bernhard Weßels (Hg.): Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, 2020, S. 354.

8 Antonio Brettschneider und Ute Klammer: Vorbeugende Sozialpolitik: Grundlinien eines sozialpolitischen Forschungsprogramms, in: Antonio Brettschneider und Ute Klammer (Hg.): Vorbeugende Sozialpolitik: Ergebnisse und Impulse. Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2021, S. 12–97.

9 Lüders/Schroeder: Legitimität, S. 345.

10 Wolfgang Schroeder: Vom notwendigen Wandel deutscher Sozialstaatlichkeit. Warum ein vorsorgender Sozialstaat mit starker Infrastruktur wichtig ist, in: Klaus Hurrelmann, Heribert Karch, Christian Traxler (Hg.): Jugend, Vorsorge, Finanzen. Wird das Vertrauen einer Generation verspielt? Weinheim: Beltz Juventa, 2019, S. 93–99; Wolfgang Schroeder, Sascha Kristin Futh und Bastian Jantz: Change through Convergence? Reform Measures of European Welfare States in Comparison. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2015.

11 Irene Becker und Richard Hauser: Soziale Gerechtigkeit – ein magisches Viereck. Zeitdimensionen, Politikanalysen und empirische Befunde. Berlin: Edition sigma, 2009.

drei Gerechtigkeitsdimensionen auf die Ebene des Individuums im Gegenwartsbezug. Der gerechte Ausgleich zwischen Männern und Frauen durchzieht alle Gerechtigkeitsdimensionen und ist daher als Querschnittsaufgabe zu verstehen.

## Chancengerechtigkeit

Bei der *Chancengerechtigkeit* steht die Frage im Vordergrund, inwieweit die Chancen einer selbstbestimmten Lebensgestaltung zwischen Personen (un-)gleich verteilt sind.<sup>12</sup> Zentraler Faktor zur bestmöglichen Entfaltung individueller Lebensperspektiven ist der größtmögliche Bildungserfolg, weil sich darüber der Zugang zum Berufs- und Ausbildungssystem ergibt. Der Bildungserfolg hängt in Deutschland allerdings sehr stark mit der sozialen Herkunft – und damit dem sozioökonomischen Status des Elternhauses – zusammen.

So zeigt sich, dass Kinder von Eltern mit Abitur oder Hochschulabschluss deutlich häufiger ebenfalls einen dieser Abschlüsse erwerben als Kinder von Eltern mit niedrigeren Schulabschlüssen.<sup>13</sup> Im Jahr 2019 nahmen 79 Prozent der Kinder aus Akademikerfamilien, aber nur 27 Prozent der Kinder aus Arbeiterfamilien ein Studium auf.<sup>14</sup> Eine besondere Herausforderung stellt das für Kinder mit Migrationserfahrung dar, weil sie neben der strukturellen Diskriminierung aufgrund ihrer ethnischen Herkunft auch überproportional häufig in sozioökonomisch schwach aufgestellten Haushalten aufwachsen. Sie partizipieren daher im Vergleich zu Kindern ohne Migrationserfahrung deutlich seltener an höheren Bildungsgängen (bspw. Abitur).<sup>15</sup>

Diese Schieflage bei der Verteilung von Startchancen hat dazu geführt, dass die soziale Mobilität in Deutschland im internationalen Vergleich sehr gering ist. So kommt eine OECD-Studie zu dem Ergebnis, dass es in Deutschland durchschnittlich sechs Generationen dauert, bis eine Person aus den unteren in die mittleren Einkommensschichten aufsteigt. In den skandinavischen Staaten hingegen gelinge dies bereits in durchschnittlich zwei bis drei Generationen.<sup>16</sup> Auch zwischen den Geschlechtern sind Chancen zur freien und individuellen Lebensgestaltung nach wie vor ungleich verteilt. Besonders deutlich wird das mit Blick auf den Arbeitsmarkt. Zwar ist die Frauenerwerbstätigkeit in den letzten Jahrzehnten massiv angestiegen und lag 2021 bei 75,9 Prozent,<sup>17</sup> doch arbeiten Frauen sehr häufig in Teilzeit,

12 Ebd., S. 27–31.

13 Soziale Situation in Deutschland. Schüler nach Schulabschluss der Eltern, Bundeszentrale für politische Bildung, 05.06.2022, unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/183038/schulbesuch-nach-schulabschluss-der-eltern/>.

14 Barbara Gillmann: Akademikerkinder haben dreimal so große Chancen auf einen Bachelorabschluss, Handelsblatt, 19.10.2021, unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bildungschancen-akademikerkinder-haben-dreimal-so-grosse-chance-auf-einen-bachelorabschluss/27715184.html>.

15 Jörg Dollmann und Cornelia Kristen: Ethnische Bildungsungleichheiten, Bundeszentrale für politische Bildung, 01.03.2021, unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/211879/ethnische-bildungsungleichheiten/>.

16 OECD: A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility. Paris, 2018, S. 27.

17 Eurostat: Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit, eingesehen am 02.11.2022, unter: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/LFSA\\_ERGAN\\_custom\\_107085/bookmark/table?lang=de&bookmarkId=eb11a019-2016-46bc-b9ef-0f958228f70e](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/LFSA_ERGAN_custom_107085/bookmark/table?lang=de&bookmarkId=eb11a019-2016-46bc-b9ef-0f958228f70e).

während Männer überwiegend Vollzeit arbeiten. Dass sich diese Unterschiede negativ auf die Karrierechancen von Frauen auswirken, zeigt ein Blick auf die Quote von Frauen in Führungspositionen. Lediglich 29,4 Prozent der Führungspositionen waren in Deutschland 2019 mit Frauen besetzt. Damit liegt Deutschland deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 34,4 Prozent.<sup>18</sup>

Eine große Bedeutung für die Chancengleichheit kommt darüber hinaus der Vermögensverteilung zu. Denn Vermögen bietet unabhängig vom laufenden Einkommen materielle Sicherheit und bessere Zugänge zu Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Zudem verspricht es auch im Falle (temporärer) Arbeitslosigkeit einen längerfristigen Stuserhalt. In Deutschland sind die Vermögen allerdings sehr ungleich verteilt. Deutlich wird das am zentralen internationalen Ungleichheitsmaß des Gini-Koeffizienten. Der Wert dieser Maßzahl kann zwischen 0 (völlige Gleichheit) und 1 (völlige Ungleichheit) liegen. In Deutschland betrug er 2018 bei der Vermögensverteilung 0,783.<sup>19</sup> Auch hier zeigen sich deutliche Differenzen zwischen Ost und West. Das durchschnittliche individuelle Nettovermögen ist in Westdeutschland im Vergleich zum Osten mehr als doppelt so hoch.<sup>20</sup>

Besonders seit den 2000er-Jahren sind einige Maßnahmen eingeführt worden – wie etwa der Ausbau frühkindlicher Betreuung oder die Einführung des Elterngeldes –, um die individuellen Fähigkeiten, Kompetenzen und Potenziale vor allem für benachteiligte Gruppen möglichst frühzeitig zu fördern. Doch angesichts historisch verfestigter Strukturen ist nicht zu erwarten, dass zeitnah der Idealzustand von gleichen Bedingungen für alle Menschen (Chancengleichheit) zur erfolgreichen Gestaltung des Lebenslaufs erreicht wird. Dass im Hinblick auf das Ziel der Chancengerechtigkeit strategisch und strukturell ausgerichtete Weichenstellungen mit einer größeren Reichweite notwendig sind, zeigt auch die Bewertung des Leistungssystems durch die Bevölkerung. Weniger als die Hälfte der Deutschen betrachtet etwa die Kinderbetreuung (39,8 %) und die Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung (40,9 %) als ausreichend.<sup>21</sup>

## Leistungsgerechtigkeit

Während die Chancengerechtigkeit auf einen möglichst weitgehenden Ausgleich von (Start-)Chancen zielt, werden aus der Perspektive der *Leistungsgerechtigkeit* Ungleichheiten durchaus als sozial gerecht empfunden, wenn sie Ausdruck unterschiedlicher Leistungen sind.<sup>22</sup> Diese Gerechtigkeitsperspektive ist auch Grundlage für das stark an der Erwerbsleistung orientierte System der Sozialversicherungen.

18 Statistisches Bundesamt: Frauen in Führungspositionen in der EU, eingesehen am 02.11.2022, unter: [https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Arbeitsmarkt/Qualitaetder-Arbeit/dimension-1/08\\_frauen-fuehrungspositionen.html](https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Arbeitsmarkt/Qualitaetder-Arbeit/dimension-1/08_frauen-fuehrungspositionen.html).

19 Aline Zucco und Anil Özerdogan: Vermögenskonzentration – und wie die Parteien ihr entgegengetreten wollen, WSI, 10.09.2021, unter: <https://www.wsi.de/de/blog-17857-vermoegenskonzentration-und-wie-die-parteien-ihr-entgegengetreten-wollen-35328.htm>.

20 Markus Grabka und Christoph Halbmeier: Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch, DIW Wochenbericht 40/2019, S. 735–745.

21 Lüders/Schroeder: Legitimität, S. 341–363.

22 Becker/Hausser: Soziale Gerechtigkeit, S. 31 ff.

Die Debatten um die Leistungsgerechtigkeit drehen sich in Deutschland daher vor allem um die Frage der Primär- bzw. Lohnverteilung, die – mit leichten Schwankungen – seit der Wiedervereinigung an Ungleichheit zugenommen hat. Dies zeigt der Gini-Koeffizient für die Einkommensverteilung. Lag dieser direkt nach der Wiedervereinigung 1991 noch bei 0,259, betrug er vor der Coronapandemie 2018 bereits 0,291.<sup>23</sup> Bis heute existiert zudem eine deutliche Differenz bei den durchschnittlichen Bruttolöhnen pro Beschäftigten zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Diese ist in den letzten Jahren zwar kontinuierlich gesunken, betrug 2020 aber immer noch 14 Prozent.<sup>24</sup> Dass die Unterschiede bei den Einkommen darüber hinaus nicht bloßer Ausdruck unterschiedlicher Leistungserbringung, sondern häufig Ergebnis strukturell verfestigter Diskriminierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen sind, wird exemplarisch am Beispiel der bereinigten Gender-Pay-Gap sichtbar. Demnach erhielten Frauen im Vergleich zu Männern trotz vergleichbarer Qualifikation, Tätigkeit und Erwerbsbiografie 6 Prozent weniger Gehalt.<sup>25</sup>

Während der Coronapandemie entfachte sich in Deutschland zudem eine breite Debatte über die Aufwertung sogenannter systemrelevanter Berufsgruppen. Hierzu zählt vor allem das Sozial- und Gesundheitswesen. Aber auch andere im unteren Leistungsspektrum verortete Berufsgruppen, etwa aus den Bereichen Logistik, Altenpflege, Reinigungsdienste oder Handel, gerieten im Diskurs um die Leistungsgerechtigkeit in den Fokus der Aufmerksamkeit. Im Zusammenhang mit den Infektionsschutzmaßnahmen und den Lockdown-Phasen erfuhren diese Berufe aufgrund ihrer Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des gesellschaftlichen Gesamtsystems und dem gleichzeitig erhöhten Infektionsrisiko der dort Beschäftigten ein hohes Maß an gesellschaftlicher Anerkennung und Wertschätzung. Damit ist das Leistungsverständnis für viele dieser Berufe gesellschaftlich neu definiert worden.<sup>26</sup> Zu einer unmittelbaren Verbesserung der Einkommen als zentralem Gradmesser der Leistungsgerechtigkeit führte diese Debatte jedoch zunächst nicht. Für viele der in diesen Sektoren Beschäftigten brachte erst die durch die Bundesregierung initiierte Erhöhung des Mindestlohns im Oktober 2022 auf 12 Euro pro Stunde eine spürbare Verbesserung.

Ein zentraler Grund für die insgesamt steigende Lohnungleichheit und die unterschiedliche entgeltliche Anerkennung von Leistungen zwischen verschiedenen wirtschaftlichen Sektoren und Berufsgruppen liegt in der seit vielen Jahren zurückgehenden Tarifbindung, die aus der Mitgliederschwäche der Gewerkschaften sowie der Tarifflucht der Arbeitgeber und der damit in diesem Zusammenhang abnehmenden

23 Verteilungsbericht 2021. Gini-Koeffizient, WSI, eingesehen am 22.07.2022, unter: <https://www.wsi.de/de/verteilungsbericht-2021-30037-gini-koeffizient-30069.htm>.

24 Marek Frei, Silke Kriwoluzky und Monika Putzing: Betriebspanel Ostdeutschland. Ergebnisse der 25. Befragungswelle 2020, Juni 2022, S. 86, unter: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/iab-arbeitgeberbefragung-2020-lang.html>.

25 Statistisches Bundesamt: Bereinigter Gender Pay Gap: Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in Deutschland von 2006 bis 2018, eingesehen am 18.07.2022, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1220561/umfrage/bereinigter-gender-pay-gap-in-deutschland/>.

26 Malte Lübker und Aline Zucco: Was ist wichtig? Die Corona-Pandemie als Impuls zur Neubewertung systemrelevanter Sektoren, WSI-Mitteilungen 6/2022, S. 482.



Handlungs- und Verpflichtungsfähigkeit der Sozialpartner resultiert.<sup>27</sup> Allein in den letzten rund 20 Jahren ist der Anteil von Beschäftigten in Betrieben mit Branchentarifvertrag von 62 auf 43 Prozent gesunken.<sup>28</sup> Besonders gering ist die Tarifbindung in den neuen Bundesländern, wo dieser Anteil 2021 bei nur noch 34 Prozent lag.<sup>29</sup>

Im Zusammenhang mit der hohen Inflation von 2022 gewinnt die Frage nach gerechten Löhnen weiter an Bedeutung. Denn insbesondere für Beschäftigte im Niedriglohnssektor wird es im Zuge stark steigender Preise für Güter des täglichen Bedarfs – allen voran der Energiekosten – schwer, ihren Lebensstandard zu halten.<sup>30</sup> Da es für immer größere Teile der Beschäftigten immer schwieriger wird, ihren gewohnten Lebensstandard aufrechtzuerhalten, stellt sich die Frage nach einer Neubewertung von Leistung und dem damit verbundenen Gerechtigkeitsverständnis: Wie ist Leistung zu definieren, wenn der Ertrag in Form von Lohn für viele nicht mehr ausreicht, um das alltägliche Leben zu finanzieren, und der Staat mit milliardenschweren Entlastungspaketen Menschen unterstützen muss, die einer Erwerbsarbeit nachgehen?

## Bedarfsgerechtigkeit

Die dritte Gerechtigkeitsdimension, die *Bedarfsgerechtigkeit*, zielt schließlich darauf ab, für alle Menschen der Gesellschaft ein ausreichendes Angebot an Gütern zur Verfügung zu stellen, die die menschlichen Grundbedürfnisse decken.<sup>31</sup> Dabei ist zwischen öffentlichen und privaten Gütern zu unterscheiden. Während private Güter der allgemeinen Lebensführung dienen und auch privat finanziert werden, handelt es sich bei öffentlichen Gütern um kollektiv erbrachte Versicherungsleistungen oder staatlich finanzierte Unterstützungsleistungen. Entsprechend dem Prinzip der Bedürftigkeit sind diese staatlichen Sozialleistungen in der Regel den Menschen vorbehalten, deren soziokulturelles Existenzminimum nicht gesichert ist. Bei diesen Personen geht es darum, die Grundbedürfnisse zu gewähren. Damit setzt die Bedarfs- der Leistungsgerechtigkeit ihre Grenzen.

Dass die Bereitstellung von öffentlichen Unterstützungsleistungen in Deutschland in Zeiten steigender Preise durch die Pandemie und die Auswirkungen des russischen Krieges gegen die Ukraine von zentraler Bedeutung ist, zeigt ein Blick auf die Armutsquote. Diese lag laut Paritätischem Wohlfahrtsverband 2021 auf dem Rekordniveau von 16,6 Prozent der Bevölkerung. Insgesamt 13,8 Millionen Menschen haben damit weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens

27 Anke Hassel und Wolfgang Schroeder: Gewerkschaftliche Mitgliederpolitik: Schlüssel für eine starke Sozialpartnerschaft, WSI-Mitteilungen 6/2018, S. 485; Wolfgang Schroeder und Silvia J. Stephen: Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, in: Wolfgang Schroeder (Hg.): Handbuch Gewerkschaften in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 337.

28 Susanne Kohaut: Entwicklung der Tarifbindung, IAB-Stellungnahme 3/2021, S. 6.

29 Peter Ellguth und Susanne Kohaut: Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2021, WSI-Mitteilungen 4/2022, S. 329.

30 Stefan Bach und Jakob Knautz: Hohe Energiepreise: Ärmere Haushalte werden trotz Entlastungspaketen stärker belastet als reichere Haushalte, DIW Wochenbericht 17/2022, S. 245.

31 Becker/Hauser: Soziale Gerechtigkeit, S. 35–40.

zur Verfügung. Besonders von Armut betroffen sind Alleinerziehende (41,6 %), Familien mit drei oder mehr Kindern (31,6 %), Menschen mit Migrationshintergrund (28,1 %) ohne deutsche Staatsangehörigkeit (35,3 %) sowie Kinder und Jugendliche insgesamt (20,8 %).<sup>32</sup> Die Diskussionen, die in diesem Zusammenhang geführt werden, beziehen sich vor allem auf die Frage, ob die Regelsätze der Grundsicherung ausreichen, um das soziokulturelle Existenzminimum sicherzustellen. Der Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung greift diese Entwicklungen auf und beabsichtigt mit der Einführung eines Bürgergeldes, soziale Härten besser abzufedern, indem etwa die Regelsätze der Grundsicherung und die Höhe der Schonvermögen angehoben werden. Auch im Bereich der Kinderarmut avisiert die Bundesregierung mit der Einführung einer Kindergrundsicherung, die materielle Situation von Kindern und Jugendlichen zu verbessern und ihren Bedarfen gerecht zu werden. Ein Ausbau staatlicher Unterstützungsleistungen für Kinder stößt in der deutschen Bevölkerung dabei auf große Akzeptanz. Mehr als drei Viertel der Menschen (76,6 %) befürworten höhere Ausgaben für diese Zielgruppe.<sup>33</sup>

Unabhängig von der Pandemie und der Inflation gewinnt hingegen seit einigen Jahren die Debatte um ausreichenden Wohnraum an Bedeutung, wenn es um die Frage der Bedarfsgerechtigkeit geht. Einerseits wird dieses Thema hinsichtlich öffentlich subventionierter Wohnungen geführt, deren Bestand in Deutschland von über 7 Millionen auf knapp 1 Million im Jahr 2020 kontinuierlich abgenommen hat. Damit ist der Anteil sozial geförderter Wohnungen auf unter 5 Prozent gesunken. Zum Vergleich: In den Niederlanden liegt dieser Anteil bei über 30 Prozent, in Dänemark und Österreich deutlich über 20 Prozent.<sup>34</sup> Andererseits ist Wohnraum in Deutschland vor allem in den Ballungsgebieten insgesamt zu knapp. Laut einer Studie des Pestel-Instituts liegt der Bedarf an neuen Wohnungen in Deutschland bei etwa 400.000 pro Jahr.<sup>35</sup> Die aktuelle Bundesregierung strebt den jährlichen Neubau von Wohnungen in genau dieser Größenordnung an. Dieses ambitionierte Ziel scheint aufgrund verschiedener Schwierigkeiten, wie etwa steigenden Preisen, Fachkräftemangel bei Handwerkern etc., jedoch kaum realisierbar. Das ist aus Perspektive der sozialen (Bedarfs-)Gerechtigkeit deshalb ein Problem, weil die existierende Mietpreisbremse nur bedingt wirkt und sich derweil das Grundbedürfnis Wohnen weiter verteuert, was zu Verdrängungseffekten vor allem von materiell schwächeren Gruppen, wie etwa Geringverdienenden oder Familien, führen kann. Wieder stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage nach der Leistungsgerechtigkeit: Welches Leistungsverständnis liegt zugrunde, wenn Teile der Beschäftigten trotz Erwerbsarbeit mit ihrem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegen und ihre Grundbedarfe nur mit großer Anstrengung oder sogar gar nicht bezahlen können?

32 Der Paritätische Gesamtverband: Zwischen Pandemie und Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2022. Berlin 2022.

33 Lüders/Schroeder: Legitimität, S. 355.

34 Walter Seibel: Die Wohnungsfrage, WSI-Mitteilungen 3/2022, S. 183.

35 Matthias Günther: Bezahlbarer Wohnraum 2022. Neubau – Umbau – Klimaschutz. Hannover: Verbändebündnis Soziales Wohnen, 2022, S. 25.

## **Für ein sozial gerechtes Deutschland bleibt viel zu tun**

An den ausgeführten Befunden und Diskursen entlang verschiedener Dimensionen wird deutlich, dass der deutsche Sozialstaat bezüglich der sozialen Gerechtigkeit vor großen Herausforderungen steht. Erstens haben sich soziale Risiken ausdifferenziert. Diese bedürfen anderer sozialpolitischer Antworten als solche, die der Sozialversicherungsstaat bisher hinsichtlich der klassischen sozialen Risiken gegeben hat. In einigen Bereichen – wie etwa der Kinderbetreuung – hat es in den letzten Jahren bereits Antworten gegeben. In anderen Bereichen – beispielsweise der Lohn-, Grundsicherungs- und Armutspolitik – sind erste Schritte vollzogen. Teilweise – vor allem im Bereich des (sozialen) Wohnungsbaus – stehen die Bestrebungen, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, noch am Anfang. Zweitens bestehen strukturell verfestigte Ungleichheiten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen fort. Vor allem Frauen, Familien und Menschen mit Migrationshintergrund sind auch heute häufig benachteiligt. Die Politik ist hier herausgefordert, bessere Mechanismen zu entwickeln, um systemische Diskriminierung abzubauen und für gleiche (Start-) Chancen sowie wirkliche Leistungsgerechtigkeit zu sorgen. Drittens ist der Sozialstaat herausgefordert, die an Dynamik gewinnende digitale und ökologische Transformation sozial ausgewogen zu flankieren, um eine Polarisierung zwischen Modernisierungsgewinnern und -verlierern sowie eine Zunahme sozialer Ungleichheiten und strukturell verfestigter Benachteiligungen bestimmter Gruppen zu vermeiden.



# Armut als Stigma und der limitierte Sozialstaat

Lucie Trlifajová

**Ein internationaler Vergleich zeigt: Das Armutsrisiko in Tschechien ist gering und die Arbeitslosenquote eine der niedrigsten in der EU. Die Armut liegt also auf dem Niveau skandinavischer Staaten, oftmals sogar niedriger. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren sogar niedriger gewesen als in Deutschland. „Es geht uns doch so viel besser als im Sozialismus! Warum beschweren sich die Leute denn?“, hört man aus den Reihen der Liberalen in den wirtschaftlichen Zentren.**

Die gute Platzierung im internationalen Vergleich hängt mit der Definition der herangezogenen Indikatoren zusammen, und unter dem Strich sind der Grad der Ungleichheit und der Arbeitslosenanteil zentral, aber über die tatsächliche Kaufkraft ist damit noch nichts ausgesagt. Solche Statistiken führen dazu, dass die Folgen einer auf niedrigen Löhnen und hoher Beschäftigung basierenden Ökonomie in der politischen Debatte verschleiert werden. Es ergeben sich zwar keine massiven Einkommensunterschiede, aber für weite Teile der Bevölkerung besteht eine langfristige materielle Unsicherheit. Aufgrund der Tatsache, dass sich die Armutsrisikogrenze vom durchschnittlichen Haushaltseinkommen des jeweiligen Landes ableitet,<sup>1</sup> befinden sich Haushalte, die in anderen EU-Staaten als arm bezeichnet würden, in Tschechien noch oberhalb der Armutsgrenze.

Wir waren gewöhnt an den Leitsatz „Wer eine Arbeit hat, hat kein Problem.“ Armut war verknüpft mit dem Bild von Menschen am gesellschaftlichen Rand, arbeitslosen Sozialleistungsempfänger\*innen, mit Rom\*nja, die in sozial

1

Konkret sind es 60 % vom Median des Netto-Äquivalenzeinkommens im jeweiligen Land.

problembehafteten Stadtteilen leben. Erst seit ein paar Jahren kommen wir langsam, unter dem Einfluss einer immer sichtbaren gesellschaftlichen Polarisierung und beunruhigender politischer Präferenzen, zu der Feststellung, dass in unserer Gesellschaft nicht alle gut dastehen. Und es zeigt sich, dass die Mechanismen, die wir haben, um Menschen zu schützen und abzusichern, äußerst schwach sind.

## Stigmatisierung der Armut als ethnisches Problem

Begriffe wie Erwerbsarmut oder Prekariat waren in der öffentlichen Debatte Tschechiens und sogar in der Sozialpolitik lange weitgehend unbekannt. Das Framing orientierte sich eher am Neoliberalismus und an der Vorstellung, dass wirtschaftliches Wachstum und der Zugang zum Arbeitsmarkt nach und nach Wohlstand für alle bringen, Sozialleistungen dagegen die Arbeitsmoral unterlaufen würden.

Dieser Logik wurde auch das Sozialsystem unterworfen. Die Veränderungen der letzten Jahrzehnte, die in der sogenannten Sozialreform der Jahre 2011/12 gipfelten, führten dazu, dass Sozialleistungen eingeschränkt wurden und in ihrem realen Wert sanken, zudem wurden neue Kontroll- und Repressionsmechanismen eingeführt. Bei fast allen Leistungen kam es zu einer realen Entwertung, und zwar deshalb, weil der automatische Ausgleich abgeschafft wurde. Einige der Leistungen (wie Unterhaltszuschüsse und Kinderzulagen) wurden enger an das Arbeitsverhältnis geknüpft, andere wurden komplett abgeschafft (wie der Sozialzuschlag für Familien mit geringem Einkommen und einem Mitglied mit Behinderung). Laut Internetauftritt des Ministeriums für Arbeit und Soziales muss „eine Person, die arbeitet, besser dastehen [...] als eine Person, die nicht arbeitet und sich möglicherweise arbeitsvermeidend verhält“.<sup>2</sup>

Auf diese Weise werden Menschen, die arm sind und Leistungen beziehen, als passiv und arbeitsunwillig stigmatisiert. Das negative Bild wird noch verstärkt, wenn die Gruppe der Sozialleistungsempfänger\*innen mit den Rom\*nja enggeführt wird, wie es durch einige Politiker\*innen in der Öffentlichkeit sowohl auf der tschechischen als auch auf der europäischen Ebene geschieht. Dabei geht es vor allem um die soziale Eingliederung, die auf EU-Ebene im sozialen Bereich präsenter ist als der breitere Begriff der sozialen Sicherung.<sup>3</sup> Mitte der 2000er-Jahre gab es eine Kampagne der Nichtregierungsorganisation (NGO) *Člověk v tísni* (Mensch in Not) gegen „Roma-Ghettos“, die auf das wachsende Problem der Konzentration von Rom\*nja in tschechischen Städten aufmerksam machen wollte. Kurz darauf erfolgte eine erste Bestandsaufnahme der sogenannten sozial ausgegrenzten Lokalitäten der Rom\*nja, die unter anderem für eine EU-Förderung benötigt wurde. Im Jahr 2008 wurde die Agentur für soziale Inklusion (Agentura pro sociální začleňování), ursprünglich mit dem Anhang „in den Roma-Lokalitäten“, gegründet. In ihren Anfangsjahren war diese Agentur die einzige öffentlich-rechtliche

2 Ministerstvo práce a sociální věcí (Ministerium für Arbeit und Soziales): Pomoc v hmotné nouzi, unter: <https://www.mpsv.cz/pomoc-v-hmotne-nouzi>.

3 Nikos Kourachanis: Citizenship and social policy: From post-war development to permanent crisis. Palgrave Macmillan 2020.

4 Člověk v tísni: Likvidují, unter: <http://ceskaghetta.cz>.

Organisation, die proaktiv in die Armutsdebatte in Tschechien eingriff, indem sie den Abbau von sozialer Sicherung kritisierte. Allerdings wurde die Organisation nicht als Interessenvertreterin aller schlechtergestellten Gruppen wahrgenommen, sondern als Vertreterin der Rom\*nja.

Ein ungewollter Nebeneffekt in der öffentlichen Debatte war die Verknüpfung von sozialer Ausgrenzung mit Armut sowie die von historisch romafeindlichen Stereotypen mit Vorstellungen von arbeitslosen Leistungsempfänger\*innen.<sup>5</sup> Dadurch wird das ohnehin schon äußerst begrenzte soziale Sicherungssystem zusätzlich delegitimiert: Es gilt dann als ein Instrument, das Rom\*nja unterstützt (die es „nicht verdient haben“), und verstärkt die Stigmatisierung von Menschen, die Unterstützung beantragen, als „Problembürger\*innen“ zweiter Klasse.

## Die unsichtbare Armut

Von Armut und finanzieller Unsicherheit sind jedoch ziemlich viele Tschech\*innen betroffen. Schon vor der derzeitigen Inflation und den steigenden Energiepreisen war ein Fünftel der tschechischen Haushalte nicht in der Lage, unerwartete Ausgaben in der Größenordnung einer neuen Waschmaschine oder eines neuen Külschranks spontan zu bezahlen, 2016 war es mehr als ein Drittel, 2008 fast die Hälfte. Eine ähnlich große Gruppe von Menschen konnte sich in den betreffenden Jahren keinen Urlaub leisten.<sup>6</sup>

Der Tschechische Rundfunk gab 2019 eine Studie in Auftrag, die die soziale Situation 30 Jahre nach dem Ende des Sozialismus untersuchen sollte. Dies ist bis heute eine der wenigen breiteren statistischen Erfassungen, die das Thema Armut nuancierter beleuchtet. Demnach verfügten im Jahr 2019 ca. 40 Prozent aller Haushalte über ein niedriges Einkommen und waren von finanzieller Unsicherheit betroffen.<sup>7</sup> Dies bestätigt eine Berechnung zum menschenwürdigen Mindestlohn aus demselben Jahr,<sup>8</sup> aus der hervorgeht, dass die Hälfte der Beschäftigten mit ihrem Lohn kaum die Ausgaben des täglichen Lebens decken kann. Sowohl absolut als auch relativ ist der tschechische Mindestlohn dauerhaft fast der niedrigste in Europa. Auch die Kaufkraft der Angestellten mit einem durchschnittlichen mittleren Einkommen ist im EU-Vergleich niedrig. Trotzdem dominierte in der öffentlichen Debatte lange die Vorstellung, dass ein niedriges Einkommen in der Verantwortung der\*des Einzelnen liege und kein gesamtgesellschaftliches Problem darstelle.

Besonders stark betroffen sind Frauen, insbesondere wenn sie Kinder haben. In Tschechien sind die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern mit die größten in ganz Europa. Niedrige Löhne in Kombination mit einem

5            Detaillierter vgl. Lucie Trlifajová: O ekonomických periferiích a omezení sociálního státu v Česku, in: Filip Outrata et al.: Demokracie – jak dál?: Rizika a výzvy pro Česko a svět. Prag: Vyšehrad, 2021.

6            Český statistický úřad: Příjmy a životní podmínky domácností, unter: <https://www.czso.cz/csu/czso/prijmy-a-zivotni-podminky-domacnosti-r4hlvpcwox>.

7            Daniel Prokop, Paulína Tabery et al.: Rozdělení svobodou: Česká společnost po 30 letech. Prag: Český rozhlas, 2019, unter: <https://www.irozhlaz.cz/sites/default/files/documents/4cb643625998e931d-8f0a9aa34bbb254.pdf>.

8            Minimální důstojná mzda, unter: <https://www.dustojnamzda.cz>.

geringen Elterngeld und nur schwer zugänglicher Betreuung für Kleinkinder führen dazu, dass einerseits alleinerziehende Frauen mit Kindern besonders von Armut bedroht sind (das Armutsrisiko ist für diese Gruppe dreimal so hoch wie für andere Haushalte), andererseits sind es Seniorinnen.<sup>9</sup> Bis zur Coronapandemie wurden diese Gruppen in der öffentlichen Debatte fast komplett ignoriert.

Wirtschaftliche Unsicherheit betrifft also einen großen Teil der Bevölkerung. Doch nur wenige von ihnen beantragen soziale Unterstützung. Leistungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen werden nur von wenigen Einwohner\*innen in Anspruch genommen (2018 bezogen nur knapp 2 Prozent der Haushalte Sozialleistungen; Wohngeld gute 4 Prozent<sup>10</sup>), einem Bruchteil der ca. 30 bis 40 Prozent, die von ihrem Einkommen nur schwer leben können. Fast ein Zehntel der Erwachsenen hat bereits Erfahrungen mit Schulden. Im Jahr 2022 waren fast 700.000 Personen von Zwangsvollstreckungen<sup>11</sup> und knapp 115.000 von Privatinsolvenzen betroffen.<sup>12</sup> Beide Gruppen haben einen stark verringerten Schutz auf dem Arbeitsmarkt (sie erreichen z. B. oft nicht den Mindestlohn) sowie einen begrenzten Zugang zu Sozialleistungen (der Anspruch berechnet sich nach dem Einkommen vor Abzügen). So wie in vielen anderen Ländern mit extrem limitierten Sozialleistungen sind Darlehen für Tschech\*innen nicht nur ein Ausgleich für die niedrigen Löhne, sondern sie ersetzen oft auch das dysfunktionale Sozialsystem. Das riesige Überschuldungsproblem in Tschechien wurde jedoch dadurch verschärft, dass es lange Zeit keine Regulierungsmechanismen gab für Kredite, die außerhalb von Banken aufgenommen werden. Das private Inkassosystem lässt aus kleinen Beträgen oft unbezahlbare Schulden werden.<sup>13</sup> Obwohl dieses Problem, das ein Zehntel der Bevölkerung betrifft, schon seit Jahrzehnten besteht, ist es erst in den letzten Jahren ins gesellschaftliche Bewusstsein gelangt und bekommt eine größere politische Aufmerksamkeit. Extreme Exzesse sind heute durch rechtliche Maßnahmen eingeschränkt, doch es gibt immer noch Menschen, die mit riesigen Schuldenbergen und der zusätzlichen Stigmatisierung zu kämpfen haben.

## Das Sozialsystem als Instrument zur Kontrolle der Rom\*nja

Ein großer Teil der tschechischen Industrie ist auf den unteren Stufen der globalen Produktionskette angesiedelt, was sich negativ auf die Höhe der Löhne, die Qualität der Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen auswirkt. In den ehemaligen Industriezentren zeigt sich dies besonders deutlich, obwohl einige von ihnen (insbesondere die

9 Jiří Pekárek: Nejohroženější zůstávají nezaměstnaní a senioři, Statistika a my, 06/2021, unter: <https://www.statistikaamy.cz/2021/06/17/nejohrozenejsi-zustavaji-nezamestnani-a-seniori>.

10 Lucie Trlifajová, Tomáš Hořený Samec, Filip Pospíšil: Znamená práce ekonomickou jistotou? Prag: Centrum pro společenské otázky SPOT, 2019, unter: <https://www.pracevobci.cz/upload/studies/11/factsheet-03.pdf>.

11 Základní statistické údaje, Exekutorská komora České republiky, unter: <https://statistiky.ekcr.info/statistiky>.

12 Institut prevence a řešení předlužení: Mapa bankrotů, unter: <http://www.mapabankrotu.cz>.

13 Radek Hábl, Lucie Trlifajová et al.: Proč je u nás 5 milionů exekucí? 20 let historie dluhových pastí. Prag: Centrum pro společenské otázky – SPOT, 2021, unter: <https://www.pracevobci.cz/upload/studies/24/jak-rostly-dluhy-FINAL.pdf>.



Kohlereviere im Norden von Böhmen und Mähren) noch in den 1980er-Jahren eine wirtschaftliche Blüte erlebten. Hier ist der Anteil der Menschen, die sich trotz Arbeitsverhältnisse in einer wirtschaftlich instabilen Lage befinden, noch höher, es gibt mehr Menschen, die lange Anfahrtswege haben,<sup>14</sup> und mehr Schichtarbeit. So arbeiten etwa im Bezirk Ústí beinahe 40 Prozent der Arbeitnehmer\*innen im Schichtsystem.<sup>15</sup>

Obwohl hier besonders viele Menschen unter unsicheren Arbeitsbedingungen arbeiten und wenig verdienen, sind paradoxerweise gerade in diesen Regionen die Forderungen nach Limitierung der sozialen Sicherung am lautesten. Das hängt mit dem Vorurteil zusammen, dass die (angeblich nicht arbeitenden) Rom\*nja unberechtigterweise Unterstützungsleistungen und Aufmerksamkeit von den Institutionen bekämen. Manche Menschen haben hier offenbar den Eindruck, dass der Staat diejenigen nicht unterstützt, die dies verdient hätten, gerade Menschen in Erwerbsarmut.

Dieses „Paradox“ hat noch eine weitere Ebene. Die Anzahl der Rom\*nja ist in diesen Regionen seit den 1990er-Jahren gestiegen und sie sind als Gruppe sichtbarer geworden, auch aufgrund der Abwanderung besser ausgebildeter, reicherer Schichten. In den meisten Städten lebten schon vor 1989 Rom\*nja, doch durch die Privatisierung des Wohnungsbestands und die steigenden Wohnkosten in den wirtschaftlichen Zentren wurden es noch einmal mehr.<sup>16</sup> Aus den Städten, in denen es nach dem Wechsel des politischen Regimes bergauf ging, wurde ein Teil der ärmeren Bevölkerung in strukturschwächere und ärmere Regionen verdrängt, vor allem in die postindustriellen Städte, wo es zu massivem Wohnungsleerstand kam.

Die rapide Verschlechterung der sozialen Situation der Rom\*nja, ihrer Wohnqualität und der nachbarschaftlichen Beziehungen ist jedoch auch oft durch eine segregierende Politik vor Ort, einen Mangel an sozialen Diensten und häufig durch institutionellen Rassismus bedingt. Die private Unterbringung von materiell schlecht gestellten Rom\*nja in heruntergekommenen Wohnungen ist inzwischen sogar ein lukratives Geschäft. Dort, in den neu entstandenen postindustriellen Peripherien, wird die sichtbare Präsenz der Rom\*nja dann zum Symbol des allgemein empfundenen Verfalls und der Verschlechterung des sozialen Status. Der Ruf nach Kontrolle drückt somit auch das Bedürfnis aus, Antworten zu finden auf strukturelle Probleme, die die Akteur\*innen vor Ort kaum beeinflussen können.

Diese Gemengelage hatte in den letzten zehn Jahren einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die Ausgestaltung des tschechischen Sozialleistungssystems. Der Anspruch, Rom\*nja mehr in den Arbeitsmarkt einzugliedern, tritt in den Hintergrund. Zugleich gibt es neue Maßnahmen zur Begrenzung der Gelder für Unterkünfte (mit dem Ziel, bei einer Untermietung an Leistungsempfänger\*innen den Gewinn zu verringern), zur stärkeren kommunalen Kontrolle über Auszahlungen (um zu ermöglichen, dass der Aufenthalt unerwünschter Leistungsempfänger\*innen auf dem Gebiet der Gemeinde begrenzt werden kann), eine stärkere Verhaltenskontrolle der Betroffenen (um Eingriffe vonseiten der Kommunen zu ermöglichen, die das „friedliche Miteinander“ im Umkreis

14           Jakub Novák, Martin Ouředníček: Dojíždka do zaměstnání, in: Martin Ouředníček, Jana Temelová, Jana Pospíšilová (Hg.): Atlas sociálně prostorové diferenciacie České republiky. Prag: Karolinum, 2011, S. 55–65.

15           Marta Petráňová: Na směny se nejvíce pracuje v Ústeckém kraji, Statistika a my, unter: <https://www.statistikaamy.cz/2017/12/12/na-smeny-se-nejvice-pracuje-v-usteckem-kraji/>.

16           Marek Mikulec, Štěpán Ripka, Jan Snopek: Bezdomovectví a vyloučení z bydlení v České republice, in: Eliška Lindovská (Hg.): Způsoby řešení bezdomovectví a vyloučení z bydlení: analýza a komparace situací ve Francii, Velké Británii a v České republice. Ostrava: Ostravská univerzita, 2016.

der „ausgeschlossenen Lokalitäten“ sicherstellen sollen). All diese Maßnahmen führen jedoch dazu, dass das Sozialsystem weniger trägt und schützt – dies wurde in den letzten Jahren, verstärkt durch den Ausbruch der Coronapandemie, besonders deutlich.

## Die Parallelsysteme der Pandemiezeit

Die Pandemie traf Tschechien zur Zeit eines nie dagewesenen wirtschaftlichen Wachstums. Nicht nur sank die Arbeitslosigkeit auf ein historisches Tief, auch die Reallöhne stiegen. Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung hatten in Tschechien – wie in anderen Ländern – recht asymmetrische Folgen; während sich die wirtschaftliche Situation für manche Menschen verbesserte und ihre Rücklagen wuchsen, wurde die Situation für Menschen, die in stärker betroffenen Branchen und in prekären Positionen arbeiteten (vor allem als Selbstständige oder in Kurzzeitverträgen), sehr schnell äußerst schlecht.

In Bezug auf den Schutz vor Einkommensverlust fokussierten die staatlichen Maßnahmen vor allem Menschen in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen. Für prekär Beschäftigte entstanden nach und nach, mit zum Teil mehrmonatiger Verspätung, Ad-hoc-Unterstützungen. Alle waren vorübergehend, und die Rahmenbedingungen änderten sich mehrmals. Oft waren gerade diejenigen von den Unterstützungsmaßnahmen ausgeschlossen, die am stärksten bedroht waren: Menschen, denen Zwangsvollstreckungen oder Insolvenzen drohten, Menschen mit mehreren unterschiedlichen Einkommensquellen, Alleinerziehende und Senior\*innen, die zu den geringen Renten und dem niedrigen Elterngeld etwas dazuverdienten.<sup>17</sup> Diese Gruppen konnten über das System für Menschen in materieller Not Hilfen beantragen, hier gab es ein spezielles Programm von Einmalzahlungen. Im Unterschied zu anderen Leistungen wurde hier vor einer Auszahlung die Situation des gesamten Haushalts überprüft, also nicht nur die Einkommen, sondern das gesamte Vermögen. In der Praxis griffen viele Personen in Notsituationen lieber auf Hilfen von privaten Stiftungen oder Lebensmittelbanken zurück, die in der Pandemie ein rasantes Anwachsen von Unterstützungsempfänger\*innen verzeichneten. Und wie zuvor dienten oft auch Darlehen dazu, die notwendigen Ausgaben zu decken. So stieg auch die Anzahl der neu eingeleiteten Zwangsvollstreckungen im Jahr 2021 an.

Trotz des offensichtlichen Einflusses der Pandemie auf die soziale Situation eines großen Teils der Bevölkerung stieg die Zahl der Sozialleistungsempfänger\*innen nicht an, in manchen Bereichen sank sie sogar. Die Daten von 2020 und 2021 zeigen, dass Wohngeld von weniger als einem Drittel der Anspruchsberechtigten bezogen wird, bei den Senior\*innen ist es sogar nur ein Zehntel.<sup>18</sup> (Das gilt ebenso für Bewohner\*innen von „sozial ausgeschlossenen Lokalitäten“.<sup>19</sup>)

17 Andrea Svobodová, Lucie Trlifajová: Balancování na hraně a nejjistě vyhlídky. Příběhy prekarizovaných pracovníků a pracovnic během prvního roku pandemie covid-19. Prag: Centrum pro společenské otázky – SPOT, 2021, unter: <https://www.pracevobci.cz/upload/studies/26/dopady-covid-pribehy.pdf>.

18 Jan Klusáček: Kdo (ne)čerpá příspěvky na bydlení, Statistika a my, 6/2021, unter: <https://www.statistikaamy.cz/2021/06/21/kdo-necerpa-prispevky-na-bydleni>.

19 Miroslava Federičová et al.: Chudoba a sociální dávky v sociálně vyloučených lokalitách. Prag: Národohospodářský ústav AV ČR v. v. i., 2022, unter: <https://idea.cerge-ei.cz/studies/chudoba-a-socialni-davky-v-socialne-vyloucenych-lokalitach>.

Während der ersten beiden Pandemiejahre zeigte sich, wie weit das tschechische Sozialsystem davon entfernt ist, Menschen mit niedrigen Einkommen eine Absicherung zu bieten. Es zeigte sich aber auch, dass die Menschen es im Prinzip auch gar nicht erwarten. In der Debatte über das Sozialsystem dominierten weiterhin populistische Narrative zur Kontrolle der Rom\*nja. In dieser Hinsicht war die Pandemie eine verpasste Chance, den Diskurs zum Sozialsystem zu verschieben und seine Funktion der sozialen Sicherung zu betonen. Vonseiten der Regierung behandelte man die Pandemie als eine außergewöhnliche und vorübergehende Situation, die sich nicht mehr wiederholen würde. Die Unterstützungsprogramme, die entstanden sind, verschwanden dann auch überwiegend wieder.

Demgegenüber blieben die steuerlichen Maßnahmen, von denen vor allem die einkommensstarken Gruppen profitierten, in Kraft. Der Rückgang der Steuereinnahmen wird in den nächsten Jahren in die Milliarden gehen, im Jahr 2022 belaufen sich die Einbußen Schätzungen zufolge auf umgerechnet 5 Milliarden Euro.<sup>20</sup> Die Abschaffung der Grunderwerbssteuer hat wohl dazu beigetragen, dass die Immobilienpreise in Tschechien im Jahr 2022 im EU-Vergleich am rasantesten gestiegen sind.<sup>21</sup> Dabei gehört die Vermögenssteuer hierzulande ohnehin schon zu den niedrigsten von allen OECD-Ländern. Auch wenn die Einkommensunterschiede allgemein nicht groß sind, zeigen Statistiken eine starke Vermögenskonzentration bei der sehr kleinen Gruppe der reichsten Bürger\*innen.<sup>22</sup> Die stark steigenden Preise für Mieten und Wohnen lassen zudem die Schere zwischen Wohnungseigentümer\*innen und Mieter\*innen immer weiter auseinandergehen.

## Soziale Absicherung in turbulenten Zeiten?

In den letzten Jahren gab es mehrere außergewöhnliche Ereignisse, die tiefgreifende Folgen für die soziale Situation großer Teile der Gesellschaft haben. Rasant ansteigende Energiepreise, potenziert durch den Krieg in der Ukraine, und eine Rekordinflation, die im Sommer 2022 bei Lebensmitteln eine Rate von fast 20 Prozent erreichte.<sup>23</sup> All diese Prozesse warfen ein Licht auf das Problem der niedrigen Löhne und auf die Verletzlichkeit der Menschen, die sich eigentlich als Mittelklasse gesehen hatten. Gleichzeitig werden die Mieten für Wohnungen immer teurer und teurer. Sie sind in Tschechien im Verhältnis zur Höhe der Löhne fast die höchsten in der ganzen EU. Zugleich herrscht der Traum vom Wohneigentum vor, dieses wird vom Staat seit langer Zeit unterstützt.<sup>24</sup> Nur knapp ein Fünftel

20 Klára Kalíšková, Lucie Zapletalová: Kompenzace ztráty příjmů v pandemii covid-19: vítězové a poražení. Prag Národohospodářský ústav AV ČR v. v. i., 2022, unter: [https://idea.cerge-ei.cz/files/Kompenzace\\_ztraty\\_přijmů\\_v\\_pandemii.pdf](https://idea.cerge-ei.cz/files/Kompenzace_ztraty_přijmů_v_pandemii.pdf).

21 Karolína Zábajnková: Růst cen bydlení zrychluje v celé EU, Statistika a my, 3/2022, unter: <https://www.statistikaamy.cz/2022/03/17/rust-cen-bydleni-zrychluje-v-cele-eu>.

22 Jakub Komárek: Majetkové nerovnosti. Prag: PAQ Research, 2021, unter: <https://www.paqresearch.cz/post/majetkova-nerovnost>.

23 Indexy spotřebitelských cen – inflace – červenec 2022, Český statistický úřad, 10.08.2022, unter: <https://www.czso.cz/csu/czso/cri/indexy-spotrebitelskych-cen-inflace-cervenec-2022>.

24 Petr Kubala, Tomáš Hoření Samec: The pace of „the good life“: Connecting past, present, and future in the context of a housing affordability crisis, in: Time & Society 30/2, 2021.

der Einwohner\*innen wohnt zur Miete (in Prag rund ein Drittel),<sup>25</sup> der Mieterschutz ist schwach ausgeprägt, der Bestand an kommunalen Wohnungen klein, und es existiert noch immer keine Gesetzgebung den sozialen Wohnungsbau. Die Frage des bezahlbaren Wohnraums ist für die ärmsten Teile der Bevölkerung besonders drängend. Die soziale Ungleichheit in Bezug auf den Zugang zum Wohnungsmarkt wächst vor allem bei jüngeren Leuten immer weiter an (und wird von ihnen besonders stark wahrgenommen).<sup>26</sup>

Die Regierungspolitik der letzten Monate lässt eine zaghafte Bereitschaft deutlich werden, die Sicherungsfunktion des Sozialsystems auf eine breitere Basis zu stellen. Doch die Maßnahmen, durch die Sozialleistungen zugänglicher werden sollten, sind begrenzt und unvollständig. Die Mittelsteigerungen bleiben hinter den Preissteigerungen zurück, die schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhne in den Arbeitsämtern sind nach wie vor miserabel – und somit auch die Unterstützung für Antragsteller\*innen. Zwar wächst das Bewusstsein für die Bedeutung der sozialen Sicherung, doch ihr Umfang wird immer noch der Logik des Sparens und der Kontrolle der Leistungsempfänger\*innen unterworfen. Die meiste Energie und die meisten finanziellen Mittel fließen (während der Entstehung dieses Textes) wieder in parallele, kurzfristige Maßnahmen – etwa einen einmaligen Zuschuss für Kinder unter 18 Jahren und eine vorübergehende Senkung (bzw. Subventionierung) der Energiekosten.

Studien<sup>27</sup> zeigen, dass die Zahl der von Armut bedrohten Menschen stetig steigt. Gleichzeitig deuten die Daten über Haushalte, die Leistungen beziehen, darauf hin, dass die Strukturen, die eigentlich dazu da sind, diese Menschen zu schützen, fast nie in Anspruch genommen werden. Derzeit – im Sommer 2022 – muss man das Gesamtbild leider so interpretieren, dass der Staat nicht in der Lage ist, die am meisten von Armut bedrohten Gruppen zu schützen, sodass diese weiterhin darauf angewiesen sind, private Quellen zu nutzen, mit all den damit verbundenen Gefahren: Anhäufung von Schulden – dadurch eine sehr verletzbare Position auf dem Arbeitsmarkt und in partnerschaftlichen Beziehungen; Folgen für die psychische und physische Gesundheit und für die schulischen Leistungen der Kinder.

Schwer vorhersehbare Ereignisse können uns in Zukunft immer wieder treffen. Die verbreitete Skepsis gegenüber der grünen Transformation ist bei Menschen mit niedrigerem Einkommen und in niedriger qualifizierten Arbeitsverhältnissen stärker ausgeprägt. Das Misstrauen, dass sie bei diesem Prozess leer ausgehen könnten, spiegelt eine über eine lange Zeit geprägte Erfahrung mancher Bevölkerungsgruppen wider, dass ihre Probleme nicht gehört werden. Wir stehen vor der Herausforderung, in der breiten Bevölkerung dieses Vertrauen wiederherzustellen. Die sozialen Transferleistungen bieten in ihrer jetzigen, abgespeckten Version nicht einmal für die Ärmsten einen ausreichenden Schutz. Es sollte mehr in die systematische Unterstützung investiert werden, durch die wir als Gesellschaft

25 Karolína Zábajková: Nájemní bydlení je rozšířeno mezi chudšími domácnostmi, *Statistiky a my*, 4/2019, unter:

<https://www.statistikaamy.cz/2019/04/25/najemni-bydleni-je-rozsireno-mezichudsimi-domacnostmi/>.

26 Petr Gibas et al.: Bydlení mladých v době krize. Prag: Sociologický ústav AV ČR, 2022, unter: <https://www.soc.cas.cz/publikace/bydleni-mladych-v-dobe-krize>.

27 Český rozhlas/PAQ Research: Česko 2022: Život k nezaplacení, unter: <https://data.irozhlas.cz/zivot/projekt/>.

auch resilienter werden können gegenüber wirtschaftlichen Ausnahmesituationen. Dabei müssen Fragen der Besteuerung, der Umverteilung, der Regulierung und der kollektiven Verantwortung diskutiert werden. Diese Themen sind derzeit in der öffentlichen Debatte in Tschechien immer noch weitgehend tabuisiert.

Vor allem aber wäre es wichtig, auch diejenigen in die Debatte über das Sozialsystem einzubinden, die selbst Erfahrungen mit niedrigen Löhnen und Armut gemacht haben. Es müsste ein Raum geschaffen werden, in dem sie sich befugt fühlen, ihre Forderungen zu formulieren – statt weiterhin unter dem Stigma der Armut als individuellem Scheitern zu leiden. Darin unterscheidet sich Tschechien nicht unbedingt von den „westlichen“ europäischen Ländern, die ihre sozialen Sicherungssysteme ebenfalls der neoliberalen Logik unterworfen haben. Um den Zusammenhalt aufrechtzuerhalten, brauchen wir nicht nur eine „effektivere“ soziale Absicherung. Genauso wichtig ist es, dass arme Menschen ihre Würde wahren können und dass ihnen eine Stimme in der öffentlichen Debatte gegeben wird.



# Gendergerechtigkeit





# **Vom „Wickelvolontariat“ zu geteilter Care-Arbeit**

Simone Schmollack

**Der 24. Juni 2022 ist ein denkwürdiger Tag. Kurz vor 11 Uhr beschließt der Deutsche Bundestag, den Paragraphen 219a, das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche, aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes in Berlin bricht Jubel aus. Mit dabei: Kristina Hänel.**

Der Ärztin aus Gießen ist es maßgeblich zu verdanken, dass die Ampelkoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP umgesetzt hat, was Gynäkolog\*innen, Frauen-, Familien-, Gesundheitsverbände und Frauenberatungsstellen jahrelang gefordert und die Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart hatten: Ärzt\*innen sollen auf ihren Websites über einen Schwangerschaftsabbruch informieren können, ohne Anzeigen, Strafzahlungen und Gefängnishaft zu riskieren – so wie es bis dahin der Fall war. Die grüne Familienministerin Lisa Paus spricht von einem „Triumph“: „Heute ist ein guter Tag für die Ärztinnen und Ärzte in Deutschland – und erst recht für die Frauen in unserem Land.“

Wenige Tage zuvor, am 19. Juni, verschafften sich Männer zu einem anderen emanzipatorischen Thema Gehör. Gleichstellungsorientierte Männer- und Vätervereine veröffentlichten einen offenen Brief an Lisa Paus. Darin forderten sie die Familienministerin auf, sich für eine bezahlte Auszeit für Männer unmittelbar nach der Geburt ihres Kindes einzusetzen. Auch das ist im Koalitionsvertrag vereinbart. Und so fordert es die Richtlinie 2010/18/EU des Europaparlaments, die Deutschland umsetzen muss. Die sogenannte Vaterschaftsfreistellung gibt es bereits in zahlreichen Ländern weltweit: etwa in Frankreich, Belgien, Estland und Bulgarien. Auch in Israel und Ungarn ist das der Fall. Häufig gilt die Vaterschaftsfreistellung parallel zu Elternzeit und Elterngeld.

Diese beiden – thematisch nicht miteinander verbundenen – „Genderfragen“ zeigen, wie es um die Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland bestellt ist: Es ist viel passiert in den vergangenen Jahren, aber es gibt noch viel zu tun. Würde die Gleichstellung in die Schule gehen, bekäme sie für ihre Leistungen eine Drei.

## Perspektive auf Frauen und Männer im Ringen um Geschlechtergerechtigkeit

„Väter brauchen Zeit, um ihre Vaterschaft aktiv leben zu können“, heißt es in dem offenen Brief an die grüne Ministerin: „Wir sind davon überzeugt: Partnerschaftliche Elternschaft gelingt am besten, wenn Väter frühzeitig eine Beziehung zu ihren Kindern aufbauen und Betreuungsverantwortung übernehmen können – so wie sich das viele Väter heute wünschen.“ Dass sich Männer aktiv in Familien-, Kinder- und Care-Arbeit einbringen und mehr Gleichstellung leben wollen, ist relativ neu in Deutschland. Bis vor wenigen Jahren wurden die Sorgearbeiten vorrangig Frauen zugeschrieben, während Männer für das „harte Leben“ und dessen praktische und finanzielle Sicherung zuständig waren.

Das ändert sich seit einigen Jahren. Jetzt gilt: Männer können sich ebenso gut um die Familie kümmern – praktisch, emotional, umsorgend – und Frauen können Karriere machen und Konzerne oder Parteien leiten. Die Perspektive auf beide Geschlechter stellt eine neue Qualität im Ringen um Gendergerechtigkeit dar. Der Egalitätsanspruch von Frauen und Männern ist hierbei sowohl Ziel als auch Grundlage: Männer müssen für eine echte Gleichstellung mitgedacht und einbezogen werden, aber sie müssen sich auch aktiv einbringen. Die Forderung der Männerverbände nach einer Vaterschaftsfreistellung ist dafür ein explizites Beispiel.

Bis zu Beginn der 2000er-Jahre standen vor allem Frauen und Mädchen im Mittelpunkt der bundesdeutschen Gleichstellungspolitik. Dabei ging es um berufliche Akzeptanz, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, finanzielle Unabhängigkeit von Frauen und eine die Existenz sichernde Rente. Mehr Frauen sollten in Führungs- und Entscheidungspositionen und mehr Frauen in die Politik. Zudem wurden körperliche Selbstbestimmung, sexuelle und häusliche Gewalt und sexueller Kindesmissbrauch diskutiert. Themen also, die vielfach bis heute virulent sind. Mit dem Unterschied, dass der Fokus nicht mehr auf Frauen beengt ist, sondern gleichermaßen Männer und Jungen einschließt.

Maßgeblich angestoßen hatte diese Debatten die CDU-Politikerin Ursula von der Leyen. 2007 führte die damalige Familienministerin die Vätermonate und ein 14-monatiges einkommensabhängiges Elterngeld ein. Väter konnten zwar vorher schon ihre (kleinen) Kinder betreuen, allerdings ohne dass es einen expliziten politischen und gesellschaftlichen Rückhalt gegeben hätte. Früher wurden Männer, die Elternzeit beanspruchten, häufig als verweicht verhöhnt. Der CSU-Politiker Peter Ramsauer nannte die Vätermonate abschätzig „Wickelvolontariat“.

Nicht ganz zu unrecht. Bald nachdem die Vätermonate eingeführt worden waren, beantragte dem Familienministerium zufolge fast jeder fünfte Mann in Deutschland Elternzeit – aber nur für zwei Monate. Also genau die beiden (Väter-) Monate, die auf die bis dahin geltenden zwölf Monate Erziehungszeit – in der Regel von Müttern genommen – obendrauf kamen. Das hat sich in den vergangenen Jahren geändert. Heute nimmt jeder vierte Vater Elternzeit, wenngleich immer noch für durchschnittlich nur vier Monate.

82 Prozent der Menschen in Deutschland befürworten eine aktive Vaterschaft. Es gibt aber auch Männer, die gern Elternzeit genommen hätten, es aber nicht taten, weil sie Einkommens- und Karriereverluste befürchteten. Trotzdem ist die gewandelte Rolle des Mannes – weg vom traditionellen Familienernährer, der sagt, wo es langgeht, hin zum Partner, der die Frau als Gleichberechtigte

betrachtet – einer der größten geschlechterpolitischen Erfolge der vergangenen Jahre in Deutschland. Das darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass es die Frauen sind, die nach wie vor den größten Anteil der Care-Arbeit leisten und für Familie und Haushalt ihre Karriere zurückstellen. Im Jahr 2020 arbeiteten dem Statistischen Bundesamt zufolge zwei Drittel aller Mütter in Teilzeit. Bei den Vätern waren es nur gut 7 Prozent.<sup>1</sup>

## Zwischen Anspruch und Realität klafft eine Lücke

An dieser Stelle zeigt sich deutlich, dass zwischen Anspruch und Realität eine enorme Lücke klafft: Der Egalitätswille von Frauen und Männern wird durch ihren Alltag gebrochen. Dieser ist stärker denn je durch äußere Umstände bestimmt: das Glück, einen der begehrten Kita-Plätze<sup>2</sup> ergattert zu haben,<sup>3</sup> Kita-Öffnungszeiten, Gleitzeiten im Job, Entfernung zwischen Arbeitsplatz und Wohnort. Mit der Anzahl der Kinder steigen Gefahr und „Verlockung“, in traditionelle Rollenmuster zurückzufallen.

Das ist insbesondere bei jungen Paaren, die mit einem feministischem emanzipatorischen Anspruch groß geworden sind, zu beobachten. So lange sie kinderlos sind, leben sie weitgehend gleichberechtigt. Beide Partner\*innen haben ähnliche Präferenzen für Karriere und Work-Life-Balance, sie teilen sich gleichermaßen Hausarbeit und Organisation der Freizeit. Diese jungen Paare bezeichnen sich selbst als modern und „auf Augenhöhe miteinander“, sie glauben nicht daran, dass sich das ändern könnte. Doch sobald das erste Kind da ist, fallen sie allmählich in alte Zeiten zurück: Kinderbetreuung, Haushalt, Einkaufen, Pflege älterer Angehöriger bleiben weiterhin vorrangig den Frauen überlassen. So bezogen 2021 laut dem Statistikportal Statista Mütter durchschnittlich 14,6 Monate Elterngeld, bei den Männern waren es nicht einmal 4 Monate.<sup>4</sup> Die dafür am häufigsten genannten Gründe: bei Frauen: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei Männern: Furcht vor Bedeutungs- und Statusverlust.

In der Coronapandemie mit Lockdowns, Homeoffice und Homeschooling wurde die Diskrepanz zwischen den Geschlechtern wie durch ein Brennglas deutlich sichtbar. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen<sup>5</sup> in dieser Zeit legen offen,

1 Statistisches Bundesamt: 66 % der erwerbstätigen Mütter arbeiten Teilzeit, aber nur 7 % der Väter, 07.03.2022, unter: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/03/PD22\\_N012\\_N012\\_12.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/03/PD22_N012_N012_12.html).

2 Bertelsmann Stiftung: Mehr Plätze im Westen, mehr Qualität im Osten: Bessere Kita-Bedingungen sind möglich, 24.08.2021, unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/august/mehr-plaetze-im-westen-mehr-qualitaet-im-osten-bessere-kita-bedingungen-sind-moeglich>.

3 Der Besuch der Krippe oder Kita ist für Kinder von 0 bis 6 Jahren möglich. Ab dem 1. Lebensjahr hat jedes Kind einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz.

4 Statista: Durchschnittliche (voraussichtliche) Bezugsdauer von Elterngeld im Jahr 2021 in Deutschland nach Geschlecht, 06.04.2022, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/310248/umfrage/elterngeld-bezugsdauer-nach-geschlecht-der-eltern-und-erwerbsstatus-vor-der-geburt/>.

5 BMSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Eltern in der Corona-Krise, 17.05.2021, unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/eltern-in-der-corona-krise-179422>; Bujard, Martin et al.: Eltern während der Corona-Krise: Zur Improvisation gezwungen. Wiesbaden: Bundesministerium für Bevölkerungsforschung, 2020, unter: <https://www.bib.bund.de/Publikation/2020/Eltern-waehrend-der-Corona-Krise.html?nn=1219558>; Hans-Böckler-Stiftung: Erwerbstätige Mütter tragen Hauptlast zusätzlicher

was in Deutschland nach wie vor schief läuft: Frauen waschen häufiger als Männer die Wäsche, sie kümmern sich intensiver um die Kinder, sie kaufen öfter ein, kochen mehr und putzen häufiger das Klo. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung leisten Frauen täglich drei Stunden Haus- und Care-Arbeit, Männer zwei.<sup>6</sup>

Nun litten und leiden in der Pandemie die meisten Menschen unter einer stärkeren Alltagsbelastung als vorher, insbesondere Eltern. Sie klagen häufiger und schärfer über Ermüdung und Überarbeitung als sonst, teilweise führt dies zur totalen Erschöpfung. Trotzdem gibt es Familien, die durch und in der Pandemie die Care-Arbeit gerechter aufteilen. Laut genannter Studie der Hans-Böckler-Stiftung verdoppelte sich während der Pandemie die Zahl der Männer, die den Hauptanteil der familiären Sorgearbeit tragen, von 6 auf 12 Prozent. Die Soziologin Anja Steinbach von der Universität Duisburg-Essen kommt nach einer Datenauswertung des Familienpanels „Pairfam“ zu der Erkenntnis, dass Corona „keinen extremen Traditionalisierungsschub gebracht“ hat.<sup>7</sup>

## Nach wie vor arbeiten hauptsächlich Frauen in Care-Berufen

Auf den ersten Blick mag es aussehen wie die nächste Stufe auf der Leiter zur Geschlechtergerechtigkeit. Der zweite Blick jedoch offenbart eine tiefe Geschlechterungerechtigkeit. Denn ein Grund für das plötzliche Care-Engagement der Männer sind die sogenannten Frauenberufe. Diese vor allem im medizinischen und Dienstleistungssektor angesiedelten Berufe waren in der Coronakrise mit einem Schlag systemrelevant, sie wurden mehr denn je gebraucht. Es waren und sind hauptsächlich Frauen, die das öffentliche Leben und die medizinische Versorgung gewährleisteten, während Männer einer Studie des Instituts für Arbeits- und Berufsforschung zufolge ihre Jobs vor allem in Logistik- und Verkehrsunternehmen verloren haben. Während die Frauen auf den Coronastationen, in den Pflegeheimen, an der Supermarktkasse, in Kitas während der Notbetreuung schufteten, müssen die Männer zu Hause kochen, putzen, mit den Kindern den Schulstoff durchgehen. Die Care-Frauen (und wenigen Männer) wurden zu Beginn der Pandemie von den Balkonen, auf den Straßen, in den Medien für ihr aufopferungsvolles Tun laut beklatscht. Sie wurden als Held\*innen der Pandemie bezeichnet, denn sie hielten das Leben im Land aufrecht. Und doch dauerte es bis zum September 2022, dass sie besser bezahlt wurden. Die Ampelregierung kam nicht umhin, die Forderungen nach mehr Lohn für anstrengende Pflege- und Versorgungsberufe alsbald zu erfüllen – hatten doch vor allem SPD und Grüne jahrelang mehr Geld für Knochenjobs in Care-Berufen gefordert.

Sorgearbeit in Corona-Zeiten – Forscherinnen warnen vor langfristigen Nachteilen, 14.05.2020, unter: <https://www.boeckler.de/de/context.htm?page=wsi/pressemitteilungen-2675-23628.htm>.

6 Hans-Böckler-Stiftung: Corona und Gleichstellung: Neue Studie beleuchtet Wirkung auf Gender Pay Gap, Arbeitszeiten und Aufteilung von Sorgearbeit, 01.03.2021, unter: <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-corona-und-gleichstellung-31078.htm>. Hans Böckler Stiftung: Rückschritt durch Corona, 8/2020, unter: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-ruckschritt-durch-corona-23586.htm>.

7 Philipp Krohn: Retraditionalisierung? Care-Arbeit und Geschlechterverhältnisse in der Corona-Krise. Bundeszentrale für politische Bildung, 30.10.2020, unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/care-arbeit-2020/317845/retrადitionalisierung>.

Aber reicht es aus, wenn Pflegekräfte jetzt mehr verdienen als früher? Ute Klammer, Soziologin an der Universität Duisburg, sagt: „Eine faire Bezahlung für eine Pflegekraft mit einer abgeschlossenen Ausbildung wäre ungefähr eine Bezahlung, wie sie heute ein Ingenieur bei uns erhält.“ Davon ist die Pflegebranche weit entfernt – möglicherweise weil es sich dabei nach wie vor um eine Frauendomäne handelt.

Sogenannte Frauenberufe wie Friseurin, Kita-Erzieherin, Unterstufenlehrerin, Kosmetikerin, Bürokauffrau, Verkäuferin sind grundsätzlich schlechter bezahlt als vermeintliche Männerberufe wie Mechatroniker, Fachinformatiker, Elektroniker.<sup>8</sup> Selbst in zahlreichen Branchen, die für Frauen und Männer gleichermaßen interessant sind, klafft in Deutschland eine Lohnlücke von rund 18 Prozent.<sup>9</sup> Beim sogenannten bereinigten Gender-Pay-Gap, bei dem Alter, Berufsgruppe, Qualifikation und Arbeitserfahrung einbezogen und aus der oben genannten Lohnlücke herausgerechnet werden, beträgt der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern immer noch etwa 6 Prozent. Diesen „letzten Rest“ erklären Genderfinanzexpert\*innen mit dem Geschlecht – also der Diskriminierung von Frauen.

## **Geringere weibliche Kaufkraft, geringerer Verdienst, geringere Rente**

Die Folge ist nicht nur eine geringere weibliche Kaufkraft während des Arbeitslebens, sondern auch eine erhebliche Rentenlücke zwischen Frauen und Männern.<sup>10</sup> Wie groß sie in Deutschland wirklich ist, ist nicht ganz klar. Die Ökonomin Alexandra Niessen-Ruenzi, Professorin an der Universität Mannheim, spricht von 26 Prozent weniger Rente für Frauen im Vergleich zu Männern, wenn sie mit 67 Jahren in den Ruhestand gehen.<sup>11</sup> Das Statistikportal Statista gibt 39 Prozent an, Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, hat eine Kluft in Höhe von 31,5 Prozent errechnet. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) weist für Deutschland gar eine Lücke von 46 Prozent aus – so viel wie in keinem anderen OECD-Land. Eindeutig indes sind die konkreten Zahlen der Deutschen Rentenversicherung. Danach bekommen Männer eine durchschnittliche Rente von 1.148 Euro, bei den Frauen sind es lediglich 711 Euro.

Die Rentenlücke ist seit Jahrzehnten bekannt. Um sie zu mildern, wird Frauen dazu geraten, neben der gesetzlichen Rentenversicherung zusätzlich in eine private Altersvorsorge zu investieren. Doch das können viele Frauen gar nicht, weil ihr geringes Gehalt das nicht zulässt. Dennoch verabschieden sich die meisten

8 Hans-Böckler-Stiftung: Warum Frauenarbeit schlechter bezahlt ist, 7/2015, unter: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-warum-frauenarbeit-schlechter-bezahlt-ist-7773.htm>.

9 Statistisches Bundesamt: Gender Pay Gap 2020: Frauen verdienten 18 % weniger als Männer, 09.03.2021, unter: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21\\_106\\_621.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21_106_621.html).

10 Christina Klenner, Peter Sopp, Alexandra Wagner: Große Rentenlücke zwischen Männern und Frauen. Düsseldorf: WSI-Report Nr. 29, 2/2016, unter: [https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-006304](https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-006304).

11 Zeit Online: Frauen erhalten bis zu einem Viertel weniger Rente als Männer, 17.09.2019, unter: [https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-09/alterssicherung-frauen-weniger-rente-maenner?sort=desc&page=9&utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-09/alterssicherung-frauen-weniger-rente-maenner?sort=desc&page=9&utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F).

Eurostat, unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/de/>.

Frauen laut dem Rentenatlas 2020<sup>12</sup> im Alter von durchschnittlich 64,5 Jahren in den Ruhestand. Die Folge: Viele Frauen landen in der Altersarmut – und das, obwohl die Renten im Juli 2022 so stark angehoben wurden wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Doch das im Westen um 5,35 Prozent und im Osten um 6,12 Prozent gestiegene Altersgeld fängt die hohe Inflation infolge der Coronapandemie und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine nicht auf.

In ihrer Not suchen sich betroffene Frauen Hilfs- oder Minijobs in Sozialprojekten, in der Pflege, in Dienstleistungsunternehmen. Manche bitten ihre alten Arbeitgeber um kleinere Aufträge – auch mit dem Ziel, soziale Kontakte aufrechtzuerhalten. Denn Altersarmut kann einsam machen. Wenn das Geld für Kino, Restaurant, Ausflüge fehlt und eine Frau Verabredungen außerhalb der eigenen vier Wände immer wieder absagen muss, bleiben die Freundinnen irgendwann weg.

Die Frage weiblicher wirtschaftlicher Macht und Eigenständigkeit ist ein Indikator für den Global Gender Gap, die weltweite Genderlücke, die das Weltwirtschaftsforum jedes Jahr neu berechnet. 2021 landete Deutschland auf Platz 11 von 156 Ländern.<sup>13</sup> Das ist eine Position im oberen Bereich – erreicht unter anderem durch emanzipatorische Errungenschaften wie ein höherer Anteil von Frauen in Führungspositionen sowie in Politik und Wirtschaft. Doch nach wie vor sind in der Politik weniger Frauen als Männer zu finden. Und es gibt einen „verstärkten Handlungsbedarf im Bereich „Wirtschaftliche Teilhabe“ von Frauen, wie es das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Gleichstellungsreport 2022 formuliert.<sup>14</sup> Oder anders ausgedrückt: Weil Frauen in Deutschland finanziell benachteiligt sind, fehlt der entscheidende Schritt nach vorn.

Um es wieder mit einer pädagogischen Beurteilung auszudrücken: Die Gendergerechtigkeit in Deutschland gibt sich Mühe, aber sie muss sich noch mehr anstrengen. Was sollte sie dafür als Nächstes tun? Hier ein paar Vorschläge: mehr Kita-Plätze schaffen und Familien mit Kindern besser unterstützen, damit mehr Frauen in Vollzeit arbeiten können; die Lohnlücke eindampfen und Care-Berufe besser bezahlen; den Willen junger Väter nach mehr Eigeninitiative politisch aufwerten.

12 Deutsche Rentenversicherung: Rentenatlas 2020, Berlin.

13 World Economic Forum: Global Gender Gap Report 2021. Genf 2021, unter: <https://www.weforum.org/reports/global-gender-gap-report-2021>; World Economic Forum, Global Gender Gap Report 2022. Genf 2022, unter: <https://www.weforum.org/reports/global-gender-gap-report-2022/>.

14 ifo-institut: Gleichstellung von Frauen in der deutschen Wirtschaft tritt auf der Stelle, 07.03.2022, unter: <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2022-03-07/gleichstellung-von-frauen-der-deutschen-wirtschaft-tritt-auf-der-stelle>.

# „Sausage Party“ der tschechischen Art

Johanna Nejedlová

**Im Mai 2022, ein halbes Jahr vor den Parlamentswahlen, startete die liberale Koalition aus Piratenpartei und der Gruppe Bürgermeister und Unabhängige (Starostové a nezávislí, STAN) eine Wahlkampagne unter dem Kürzel PirSTAN. Die Wahlprognosen sagten ihnen zu dieser Zeit schon einen Wahlsieg und mehr als 65 von 200 Sitzen im Abgeordnetenhaus voraus.<sup>1</sup>**

Als die Kampagne eröffnet wurde, standen auf der Bühne an der Moldau 13 regionale Spitzenkandidaten und nur eine einzige Spitzenkandidatin, die Abgeordnete Olga Richterová. Noch vor zehn Jahren hätte sich darüber niemand groß gewundert, nur eine Handvoll tschechische Feministinnen hätte es überhaupt kommentiert. Diesmal jedoch bekam die Koalition dafür in den sozialen Netzwerken die Quittung. Konservative Wähler\*innen würden diese männlich dominierte Präsentation vielleicht akzeptieren, die liberaleren aber erwarteten von der progressivsten Liste mit realer Chance auf einen Wahlsieg aber durchaus, die Existenz von Frauen nicht zu übergehen. Und bald zeigte sich, dass dieses Problem nicht nur auf der Ebene der Spitzenkandidat\*innen existiert, sondern dass in vielen Regionen auf den ersten fünf Plätzen – den Plätzen mit Aussicht, gewählt zu werden – keine Frauen zu finden sind.

„Unsere Listen stehen allen gleichermaßen offen. Die endgültige Besetzung wird durch eine demokratische Wahl festgelegt, an der sich alle weiblichen und männlichen Mitglieder der Partei gleichberechtigt beteiligen können. Das Verhältnis ist aber leider in der Endrunde nicht ausgeglichen, und das liegt auch daran, dass sich weniger Frauen auf die oberen Listenplätze bewerben. Das ist etwas, das wir langfristig ändern wollen“, erläuterte der Vorsitzende der Koalition, Ivan Bartoš, die Situation.<sup>2</sup> Im Grunde beschrieb er damit die Lage, in der sich alle parlamentarischen Parteien befinden.

1 Das tschechische Parlament besteht aus dem Abgeordnetenhaus und dem Senat.

2 „Předseda Pirátů Ivan Bartoš se vyjádřil ke ...“ Deník N, eingesehen am 03.09.2022, unter: <https://denikn.cz/minuta/629316?ref=inc>.

Es mag auf den ersten Blick so scheinen, als hindere nichts und niemand die Frauen daran, in die Politik zu gehen. Es gibt durchaus Frauen in der Politik, vor allem in den niedrigeren Positionen. So liegt der Anteil der Bürgermeisterinnen kleinerer Städte bei ca. 28 Prozent. Deutlich weniger sind es jedoch in Städten mit mehr als 100.000 Einwohner\*innen, nämlich nur 8 Prozent. In der Spitzenpolitik, zum Beispiel im Senat, liegt der Frauenanteil nur bei 14 Prozent.<sup>3</sup> Vereinfacht kann man sagen: Je mehr Macht und Geld mit einem Amt verbunden sind, desto wahrscheinlicher sind hier überwiegend Männer zu finden. Im Global Gender Gap Index 2021<sup>4</sup> steht Tschechien in Bezug auf die politische Partizipation auf Platz 71. Zum Vergleich: Deutschland belegt hier den 11. Platz. Der Stand der Gleichberechtigung von Männern und Frauen hängt eng damit zusammen, wie Frauen politisch repräsentiert sind. Die Gleichstellungspolitik hat in Tschechien seit mehr als 30 Jahren keinerlei Priorität mehr.

Als Frauenrechtsaktivistin konnte auch ich nicht untätig bleiben, als ich auf eine Bürgerinitiative stieß, die dazu aufrief, dem erschreckend niedrigen Frauenanteil in der Spitzenpolitik wenigstens mithilfe des Wahlrechts etwas entgegenzusetzen. Unser Wahlsystem sieht bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus nämlich die Option vor, bis zu vier Präferenzstimmen zu vergeben. Durch diese Stimmen können Kandidat\*innen auf der Parteienliste entsprechend einige Plätze nach oben springen und dadurch ins Abgeordnetenhaus kommen. So wurde ich Mitgründerin des Vereins *Zakroužkuj ženu* (Verein für Präferenzstimmen für Frauen). Wir starteten eine Kampagne, deren Ziel es war, Wähler\*innen zu motivieren, mit ihren Präferenzstimmen Frauen in politische Spitzenpositionen zu bringen.

Die Erfahrungen anderer Länder zeigen: Die erfolgreichste Methode, um mehr Frauen in die Politik zu bekommen, sind Quoten.<sup>5</sup> Alle 16 EU-Staaten, die 2015 einen Frauenanteil von mindestens 30 Prozent in den Parlamenten hatten, verfügten über irgendeine Art von Quote. In sechs dieser Staaten ist sie sogar gesetzlich verankert. Dieser Weg ist bei uns bislang nicht gangbar. Die meisten Tschech\*innen halten solche Instrumente für Social Engineering oder sehen darin eine unfaire Bevorteilung, die sie mit dem vorherigen politischen System in Verbindung bringen. Wir haben deshalb entschieden, die Wähler\*innen zu ermutigen, ihre Präferenzstimmen den Frauen auf den jeweiligen Parteienlisten zu geben, die ihnen politisch nahestehen. Trotzdem bekamen wir Argumente wie das folgende zu hören: „Ich will danach entscheiden, wer am besten ist, und nicht danach, wer was zwischen den Beinen hat!“ Als würden die Betroffenen davon ausgehen, dass ihre präferierten politischen Gruppierungen nicht in der Lage sind, in jedem Bezirk 30 qualifizierte Kandidat\*innen aufzustellen, und dass diejenigen auf den hinteren Plätzen nur „Lückenfüller\*innen“ sind.

Als wir dann in öffentlichen Diskussionen über die Beteiligung von Frauen in der Politik sprachen, bestätigte sich der Eindruck, dass sich die meisten Tschech\*innen mehr Frauen in der Politik wünschen. Dies wird jedoch in der politischen Repräsentation bislang ignoriert, und zwar von ebenjenen Gremien,

3 Senat des Parlaments der Tschechischen Republik: Zastoupení žen v Senátu ČR, eingesehen am 03.09.2022, unter: <https://padesatprocent.cz/cz/statistiky/zastoupeni-zen-a-muzu-v-politice/senat-cr>.

4 World Economic Forum: Global Gender Gap Report 2021, eingesehen am 03.09.2022, unter: <https://www.weforum.org/reports/global-gender-gap-report-2021>.

5 Veronika Šprincová und Markéta Mottlová: Kvóty a další opatření pro vyšší zastoupení žen v politice. Forum 50 % o.p.s., Prag 2015.



die vor allem aus Männern bestehen. Bei einer Umfrage aus dem Jahr 2017<sup>6</sup> sagten 65 Prozent der befragten Frauen aus, dass es bislang keine ausgeglichene politische Vertretung von Frauen gebe. Ich wage zu behaupten, dass der Anteil heute noch höher wäre. Die Frauen, mit denen wir während der Kampagne gesprochen haben, sahen das Problem vor allem im Bereich der Pflege und der Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben. „Männer entscheiden darüber, dass ich das Kind nicht in den Kindergarten bringen kann, bevor es drei Jahre alt ist, weil ein Kind ihrer Meinung nach bei der Mutter sein soll. Sollen sie das doch selbst mal probieren.“ So oder ähnlich klagten tschechische Frauen besonders oft in Bezug auf eine Debatte im Jahr 2018 darüber, ob staatliche Kindergärten dazu verpflichtet werden sollten, auch zweijährige Kinder aufzunehmen.

## Die Kindergärten fehlen

Das Parlament entschied gegen eine solche Verpflichtung, und bis heute ist es in manchen Regionen sogar mit einem dreijährigen Kind schwierig, einen Kindergartenplatz zu finden. In ganz Tschechien gibt es nur 46 kommunale Kindertagesstätten, in denen überhaupt Kleinkinder aufgenommen werden, die unter drei Jahre alt sind. Elternzeit kann in Tschechien für bis zu vier Jahre genommen werden. Das mag wie ein tolles Privileg erscheinen, das andere Staaten nicht bieten, doch tatsächlich ist die Regelung problematisch. Denn das Elterngeld ist relativ niedrig: Umgerechnet ca. 12.500 Euro kann sich ein Elternteil in einem bestimmten Zeitraum auszahlen lassen. Verglichen mit dem früheren Festbetrag von umgerechnet etwas mehr als 100 Euro pro Monat für insgesamt drei Jahre ist das zwar ein Fortschritt. Der Betrag ist aber immer noch so niedrig, dass in Tschechien überwiegend Frauen in Elternzeit gehen, da sie durchschnittlich 16,4 Prozent weniger verdienen als Männer.<sup>7</sup>

Die logische wirtschaftliche Entscheidung einer Familie ist, dass die Person zu Hause beim Kind bleibt, die weniger verdient. Wenn es aber nicht genügend Einrichtungen gibt, in die Frauen ihre Kinder zur Betreuung geben können, dann müssen sie mindestens drei Jahre zu Hause bleiben – bis sie einen Platz im Kindergarten bekommen. Eine dreijährige, oft auch noch längere Pause in der beruflichen Laufbahn führt dann dazu, dass mehr Frauen in niedrigeren und schlechter bezahlten Positionen hängenbleiben als Männer, die ihren Beruf nicht für so eine lange Zeit unterbrechen müssen.

Bezüglich der Debatte um die Abschaffung der Kindertagesstätten und die Einführung einer langen Elternzeit lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit. Ab 1948 versuchte der Staat zunächst, Frauen möglichst in die Arbeitswelt zu integrieren. Dies hatte ideologische Gründe: Die Emanzipation aller Menschen war ja kommunistische Doktrin, hinzu kamen wirtschaftliche Überlegungen, denn damit der Staat und das System funktionierten, war es nötig, dass möglichst alle Menschen arbeiten gingen. Zudem rief die Propaganda die Frauen zur Arbeit in allen

6 Data.europa.eu, eingesehen am 03.09.2022, unter: [https://data.europa.eu/data/datasets/s2154\\_87\\_4\\_465\\_eng?locale=en](https://data.europa.eu/data/datasets/s2154_87_4_465_eng?locale=en).

7 Eurostat Data Browser: Gender pay gap in unadjusted form, eingesehen am 19.12.2022, unter: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg\\_05\\_20/](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg_05_20/).

möglichen Branchen auf und präsentierte Traktoristinnen, Handwerkerinnen, aber auch Wissenschaftlerinnen als Vorbilder. Im Jahr 1968 wurde ein Mutterschaftsurlaub von 26 Wochen eingeführt. Damit die Frauen arbeiten konnten, mussten also Kindergärten und Kindertagesstätten eingerichtet werden. So gab es um 1970 in Tschechien 1.601 Kindertagesstätten. Das war jedoch auch nicht die Traumlösung, denn die lohnabhängig beschäftigten Frauen mussten zu Hause noch eine weitere Schicht absolvieren, nämlich die familiäre Sorgearbeit, an der sich Männer meist nicht beteiligten. Trotzdem hatten Frauen verglichen mit ihren Geschlechtsgenossinnen im Westen ein relativ hohes Maß an Freiheit und finanzieller Unabhängigkeit. Nach der Samtenen Revolution 1989 setzte die Politik nach und nach die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs und die verstärkte Rückkehr der Frauen an den heimischen Herd durch. Gleichstellungsexpertinnen aus dem Ausland wiesen darauf hin, dass das nicht klug sei und sich langfristig negativ auf die Gleichstellung der Frauen in Tschechien auswirken würde. Die Antwort darauf lautete, es sei notwendig, dass die Frauen zu Hause blieben, um die Armut und den Mangel an Arbeitsplätzen nach der wirtschaftlichen Transformation zu bekämpfen. Der Mutterschaftsurlaub wurde also verlängert, die Kindertagesstätten wurden geschlossen. Bis heute haben die Frauen in Tschechien mit den Auswirkungen dieser Entscheidung zu kämpfen.

## Im Lockdown mit einem Gewalttäter?

Nicht jede Frau hat die Möglichkeit und das Bedürfnis, Karriere zu machen. Zudem macht das niedrige Elterngeld Frauen wirtschaftlich abhängig von ihren Partnern und damit verletzlich. Das wird umso mehr zum Problem, wenn eine Frau in eine Gewaltbeziehung gerät. In den Debatten über die Notwendigkeit, Frauen in die Politik zu bringen, haben Frauen oft angemerkt, dass eine Strategie fehle, gegen die Gewalt gegenüber Frauen vorzugehen. „In der Pandemie berichteten die Zeitungen viel über häusliche Gewalt und darüber, welche Maßnahmen es in anderen Ländern gab. Ich war erstaunt, dass bei uns fast nichts unternommen wurde“, so eine Befragte, die angab, bei der Wahl ihre Präferenzstimme einer Frau zu geben. Sie sei überzeugt, dass Frauen das Thema ernster nähmen als Männer.

Die Regierung hatte indes mit ihren vermässelten Maßnahmen gegen COVID-19 alle Hände voll zu tun und widmete dem Thema Gewalt wenig Aufmerksamkeit – im Gegensatz zu Politiker\*innen in anderen Ländern, die immer wieder daran erinnerten, dass man zwar im Lockdown so weit wie möglich zu Hause bleiben sollte, es jedoch für Opfer häuslicher Gewalt die Möglichkeit geben müsse, sich vor einem Aggressor in Sicherheit zu bringen. In Tschechien dagegen wurden immer wieder die wirtschaftlichen Verluste aufgezählt und die unbesetzten Stellen in Krankenhäusern. Um die Gewaltopfer kümmerten sich Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die jedoch ohne staatliche Unterstützung an ihre Kapazitätsgrenzen stießen.

Laut der Organisation *Rosa* erleben in der Tschechischen Republik 30 Prozent der Frauen und 12 Prozent der Männer häusliche Gewalt,<sup>8</sup> jedes Jahr werden 7.500 Fälle registriert, in denen Aggressoren der gemeinsamen Wohnung

8 Výzkum: Každý pátý člověk se stal obětí domácího násilí, Právní prostor, eingesehen am 03.09.2022, unter: <https://www.pravniprostor.cz/aktuality/vyzkum-kozydy-paty-clovek-se-stal-obeti-domaciho-nasilii>.

verwiesen werden.<sup>9</sup> Bis zu 150.000 Frauen pro Jahr nehmen deswegen ärztliche Hilfe in Anspruch,<sup>10</sup> und es gibt jährlich bis zu 2.500 erwiesene Fälle von häuslicher Gewalt in Haushalten mit Kindern.<sup>11</sup> Dutzende Frauen sterben an den Folgen von häuslicher Gewalt. Und trotzdem passiert in der Gesetzgebung sowie bei der Unterstützung der Opfer erschreckend wenig. Es fehlt an geschulten Polizeieinheiten, die in der Lage wären, Fälle von häuslicher und sexualisierter Gewalt mit dem nötigen Feingefühl zu behandeln. Richter\*innen, die Urteile in solchen Fällen sprechen, sind nicht verpflichtet, sich zu diesem Thema fortzubilden. Das führt dazu, dass sie nicht frei von den typischen Mythen und Vorurteilen sind, ihnen fehlt etwa das Wissen darüber, wie sich ein Gewaltopfer verhält. Als wir britischen Expert\*innen für genderbezogene Gewalt erzählten, dass in solchen Fällen Richter\*innen ohne spezifische Schulung tätig sind, waren sie geradezu entsetzt. In Großbritannien wäre das undenkbar.

Besorgniserregend ist auch der Mangel an Unterkünften für Opfer von häuslicher Gewalt. Laut Europarat müssten in Tschechien hierfür 1.000 Betten zur Verfügung gestellt werden. Tatsächlich gibt es in der ganzen Tschechischen Republik nur 90 Betten in zwei Städten. Wer Opfer von häuslicher Gewalt wird, hat also extrem eingeschränkte Möglichkeiten, vom Partner wegzukommen. Die häufigsten Opfer sind Frauen in Elternzeit oder Frauen mit Kindern im schulpflichtigen Alter – also diejenigen, für die es besonders schwierig ist, den Partner zu verlassen. Dennoch lassen sich auch Fortschritte verzeichnen. So verkürzte sich die Zeit, die Frauen durchschnittlich in Gewaltbeziehungen leben, von zehn auf zweieinhalb Jahre.<sup>12</sup> Dies ist unter anderem das Verdienst der intensiven Arbeit von NGOs und gemeinnützigen Vereinen.

Sexualisierte Gewalt war auch in den politischen Debatten und in der Gesetzgebung lange ein marginalisiertes Thema. Im Jahr 2021 wurde die Definition von Vergewaltigung ausgeweitet, sodass sie auch männliche Opfer betreffen kann. Seitdem ist nicht viel passiert. Laut Europarat soll es in jedem Bezirk ein Zentrum für Opfer von Vergewaltigungen geben, bisher gibt es jedoch kein einziges. Eine erste Einrichtung dieser Art wird demnächst entstehen, und zwar dank der NGO *proFem*. Die Hälfte der Vergewaltiger kommt in Tschechien mit einer Bewährungsstrafe davon. Leider begannen sich politische Repräsentant\*innen erst dann für das Thema sexualisierte Gewalt zu interessieren, als die Umfragen vor den Wahlen zeigten, dass es für die junge Wählerschaft das zweitwichtigste Thema ist. So wurde die Änderung der Definition von Vergewaltigung ins Wahlprogramm der Koalition PirSTAN aufgenommen. Nach den Wahlen wurde im Abgeordnetenhaus ein Unterausschuss eingerichtet, der sich mit häuslicher und sexualisierter Gewalt beschäftigen soll.

9 Polizei der Tschechischen Republik: Domácí násilí a institut vykázání, eingesehen am 05.09.2022, unter: <https://www.policie.cz/clanek/domaci-nasili-a-institut-vykazani.aspx>.

10 Referat für die Gleichstellung von Frauen und Männern: Úmluva Rady Evropy o prevenci a potírání násilí vůči ženám a domácím násilí – mýty a fakta. Regierungsamts der Tschechischen Republik 9/2018.

11 Regierungsamts der Tschechischen Republik: TZ: Zúřivec v českých věznicích. Domácí násilí může zastavit i práce s těmi, kteří se ho dopouští, eingesehen am 05.09.2022, unter: <https://www.vlada.cz/cz/ppov/rovne-prilezitosti-zen-a-muzu/aktuality/tz-zurivec-v-ceskych-veznicich--domaci-nasili-muze-zastavit-i-prace-s-temi--kteri-se-ho-dopousti--190732/>.

12 Konferenz „Společně bez násilí: konference na téma potírání násilí na ženách a domácího násilí“ – 25.11.2019, veranstaltet von Česká ženská lobby (Tschechische Frauenlobby), laut Aussage von Ludmila Čírtková, forensische Psychologin und gerichtliche Sachverständige, BKB.

Der Europarat erstellte 2010 ein Instrumentarium, mithilfe dessen das Problem der häuslichen, sexualisierten und genderbezogenen Gewalt bekämpft werden soll. Es handelt sich um die sogenannte Istanbul-Konvention, die 2011 in Istanbul unterzeichnet wurde, als die Türkei noch anstrebte, in die EU aufgenommen zu werden, und zur Erstunterzeichnerin der Konvention wurde (2021 zog sie im Rahmen der konservativen Wende ihre Unterschrift zurück). Bis dato unterzeichneten 45 europäische Staaten den Vertrag, und 35 Staaten ratifizierten ihn. Die Tschechische Republik unterschrieb 2016, doch die politisch Verantwortlichen konnten sich seitdem nicht zur Ratifizierung durchringen. Wie in einigen weiteren Ländern des ehemaligen Ostblocks wurde auch in Tschechien eine Desinformationskampagne gestartet, die auf die Istanbul-Konvention abzielt. Während des Wahlkampfs 2022 konnten weder wir noch andere NGOs auch nur eine\*n einzige\*n Politiker\*in ausfindig machen, der\*die bereit gewesen wäre, sich öffentlich für die Ratifizierung der Istanbul-Konvention auszusprechen. Die laute Mehrheit der Gegner\*innen hat es geschafft, die öffentliche Debatte deutlich hin zu einer Ablehnung der Istanbul-Konvention zu verschieben.

„Eure Familien werden zerrissen und zerstört werden. Dazu genügt es dann schon, wenn ihr euren Kindern sagt, dass ein Mann und eine Frau nicht Dasselbe sind. Dann nehmen sie euch die Kinder weg und verraten nicht, wohin man sie gebracht, an wen man sie verkauft, wo man sie eingesperrt hat“, sagte Monsignore Petr Piřha, einer der bedeutendsten Vertreter der katholischen Kirche, während der Predigt am Nationalfeiertag im Veitsdom. Er drohte damit, was passieren würde, wenn die Istanbul-Konvention ratifiziert würde. Seine Rede enthielt zudem zahlreiche homophobe Entgleisungen.

Es war den Gegner\*innen der Konvention nämlich gelungen, die tschechische Öffentlichkeit mithilfe von (häufig russischen) Desinformationsseiten im Internet mit Nachrichten über die sogenannte Genderideologie, die durch die Ratifizierung der Konvention angeblich installiert würde, stark zu verunsichern. Der Situation war nicht gerade zuträglich, dass die Kenntnisse darüber, was Gender eigentlich ist, nicht besonders weit verbreitet sind, und dass es einen generellen Widerstand gegen den Feminismus gibt, insbesondere bei den über 40-Jährigen. Den Desinformationen zufolge führe die in den Vertrag geschmuggelte „Genderideologie“ zu einer Gender-Indoktrinierung, die Familien zerreiße, Homosexuelle übervorteile und tschechische Traditionen bedrohe, etwa die tschechische „Osterrute“ (pomlázka). Bei diesem Osterbrauch verprügeln Männer, meist betrunken, Frauen mit geflochtenen Weidenruten, in extremen Fällen auch mit aus Schläuchen gedrehten Ruten. Laut Umfragen werden zwei Fünfteln der Frauen bei diesem Brauch Schmerzen zugefügt, ein Zehntel muss dabei weinen. Deshalb ist fraglich, ob diese Tradition wirklich in irgendeiner Weise schützenswert ist.

Selbstverständlich verfolgt die Konvention nicht die Absicht, die „Osterrute“ zu verbieten. Ein weiteres Argument gegen die Istanbul-Konvention, das insbesondere während der sogenannten Flüchtlingskrise auftauchte, war die Behauptung von transphoben Personen, Tschechien würde dann gezwungen, Geflüchteten Asyl zu gewähren – sowohl einer Unmenge an Frauen, die dann verkündeten, sie hätten Gewalt erfahren,<sup>13</sup> als auch Männern, „die sich für Frauen halten und deren Staat

13 So z. B. der Abgeordnete Marek Benda, Aussage einsehbar in der Mitschrift der 13. Sitzung des Petitionsausschusses, die am 6. November 2018 stattfand, unter: <https://www.psp.cz/sqw/text/orig2.sqw?idd=150982&pdf=1>.

keine Transsexuellen unterstützt“.<sup>14</sup> Unterstützung für die Gegner\*innen der Konvention gab es in allen parlamentarischen Parteien. Rationale Argumente, die das Problem der Gewalt gegen Frauen in den Vordergrund rücken, brachten vor allem Frauenrechtsorganisationen, Expert\*innen für geschlechtsspezifische Gewalt und das Referat für die Gleichstellung von Frauen und Männern (Odbor rovnosti žen a mužů, eingesetzt von der Regierung) auf die Agenda.

## Mehr Frauen in die Politik

Viele Frauen, mit denen wir vor den Wahlen sprachen, thematisierten weitere Bereiche, die ihrer Meinung nach durch den männlich dominierten Entscheidungsprozess vernachlässigt werden. Da ist zum Beispiel die Geburtshilfe, die in Tschechien noch sehr rückständig ist und die Wünsche der gebärenden Frau oft nicht respektiert. Kaum überraschend, dass Frauen sehr gut verstehen, warum Politikerinnen einen erschwerten Zugang zu den höheren politischen Ebenen haben. Die Sorgearbeit für Kinder, Haushalt und ältere Menschen schultern traditionell eher die Frauen, und ihre Möglichkeiten der politischen (und anderweitigen) Partizipation sind dadurch begrenzt. In Tschechien kümmern sich 85 Prozent der Frauen im arbeitsfähigen Alter um Kinder, bei den Männern sind es 55 Prozent. Bei der Hausarbeit fallen die Männer noch weiter zurück, nur 16 Prozent widmen sich ihr regelmäßig.<sup>15</sup> Die viel Zeit in Anspruch nehmende Arbeit als Abgeordnete mit der Erziehung von Kindern und anderer unbezahlter Arbeit zu vereinbaren, ist nicht einfach, vor allem, wenn man in einem weniger dicht besiedelten Gebiet lebt. Männer dagegen sind oft der Ansicht, dass ja niemand die Frauen daran hindere, in die Politik zu gehen: „Wenn sie da nicht sind, dann wollen sie wahrscheinlich einfach nicht.“ Das sagte ein Mann, der hinzufügte, dass wir uns lieber mit etwas „Ordentlichem“ beschäftigen sollten.

Die Kampagne „*Zakroužkuj ženu*“ zielte darauf ab, Erfahrungen von Frauen auf die höchsten politischen Ebenen zu bringen. Es ist klar, dass sich nicht alle Frauen in der Politik mit sozialen oder frauenrechtlichen Themen befassen. Es gibt leider auch diejenigen, die aktiv gegen diese Rechte eintreten. Doch die spezifischen Erfahrungen von Frauen dürfen in der Politik auf gar keinen Fall fehlen.

14 Zdeněk Koudelka: *Istanbulská Úmluva a Naše Právo*, Česká justice, 18.10.2019, unter: <https://www.ceska-justice.cz/blog/istanbulska-umluva-nase-pravo/>.

15 Tschechisches Statistikamt: *Childcare and Housework, The life of women and men in Europe*, eingesehen am 05.09.2022, unter: [https://www.czso.cz/staticke/cz/app\\_estat/zeny\\_muzi/CZ\\_CS\\_womenmen\\_core\\_v1.0/bloc-3d.html?lang=cs](https://www.czso.cz/staticke/cz/app_estat/zeny_muzi/CZ_CS_womenmen_core_v1.0/bloc-3d.html?lang=cs).

Am Ende konnten wir jedoch einen Erfolg verbuchen: Die Anzahl der Frauen, die Präferenzstimmen erhielten, verdoppelte sich gegenüber der letzten Wahl – es waren 1.200.000. Es kamen 50 Frauen ins Abgeordnetenhaus, von denen 13 ohne die Präferenzstimmen gar nicht gewählt worden wären. Dies erleichtert es, allmählich auch Themen ins Abgeordnetenhaus einzubringen, die Gewalt gegen Frauen betreffen. Wenn sich der Frauenanteil weiter erhöht und die Öffentlichkeit noch deutlicher einfordert, dass die Politik die Gleichstellung von Männern und Frauen prioritär behandeln muss, werden wir noch deutlichere Veränderungen spüren. Dazu brauchen wir auch starke NGOs, die über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um die Öffentlichkeit über diese Themen zu informieren und sie zum Handeln zu motivieren. Aktuell sind Frauenrechtsorganisationen in Tschechien leider schlecht finanziert, sodass ihre Kapazitäten begrenzt sind.







# Arbeit



# **Das „Modell Deutschland“ in Transformation – Zunahme der Spaltung am Arbeitsmarkt**

Irene Dingeldey

**In der Nachkriegszeit wurde in Bezug auf die Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland vielfach vom „Modell Deutschland“ gesprochen. Damit gemeint war eine international wettbewerbsfähige Qualitätsgüterproduktion bei gleichzeitig hohem Schutz für die Arbeitnehmer\*innen.**

Dafür waren verschiedene Schlüsselemente zentral: Das duale Ausbildungssystem basierte auf einer Kombination aus zertifizierter schulischer und berufspraktischer Ausbildung im Betrieb. Die Sozialpartnerschaft (das Zusammenwirken von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften) stand für kooperative Arbeitsbeziehungen. Mitgliederstarke Industriegewerkschaften verhandelten steigende Löhne und Schutzstandards mit den Arbeitgebern. Essenzielle individuelle Rechte wie etwa der Kündigungsschutz, aber auch Mitbestimmungsrechte von Gewerkschaften und Betriebsräten in den Unternehmen wurden gesetzlich garantiert. Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis (Vollzeit und unbefristet, mit vollem sozialem Schutz und durch Tarifvertrag gedeckt) nahm vor allem auf die überwiegend männlichen industriellen Facharbeiter Bezug und prägte – in Verbindung mit der „Norm“ der Hausfrauenehe – als eine Art Idealbild die Ausgestaltung der Leistungen beim Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Grundlage des Modells waren nicht zuletzt das stetige Wirtschaftswachstum und eine steigende Produktivitätsentwicklung, die von der Öffentlichkeit als selbstverständlich wahrgenommen wurden.

Seit Einsetzen der ersten großen Wirtschaftskrise in den 1970er-Jahren befinden sich jedoch die Arbeitsmärkte in Transformation. Die weltweit zu beobachtenden Megatrends wirken auch in Deutschland: Die Digitalisierung verändert nicht nur die Arbeitsorganisation, sondern beschleunigt auch die Internationalisierung von Produktion, Handel und Finanzwesen. Die Arbeitsteilung in internationalen Produktionsketten trägt zum Abbau der Industriebeschäftigung bei. Als Bestandteil

der Globalisierung hat jedoch auch der internationale Wettbewerb um Arbeitskräfte – und damit die Arbeitsmigration nach Deutschland – zugenommen. Mit der deutschen Wiedervereinigung wurde das etablierte Produktionsmodell auf die neuen Bundesländer übertragen – allerdings ergaben sich durch den Abbau der dortigen Industrieproduktion große strukturelle Probleme, die bis heute mit einer Ungleichverteilung sozialer Risiken einhergehen. All dies schwächte die Gewerkschaften und trägt zum Rückgang der Tarifbindung bei.

## **Die Beschäftigten: immer mehr in Dienstleistungen, immer flexibler, immer prekärer**

In Deutschland nimmt die Zahl der Erwerbstätigen seit den 1970er-Jahren ständig zu – sie ist mittlerweile auf mehr als 45 Millionen gestiegen. Die Erwerbstätigenquote (der 20- bis 64-Jährigen) ist 2020 bei Frauen – trotz massivem Anstieg – mit etwa 77 Prozent noch immer deutlich niedriger als bei Männern mit 83 Prozent.<sup>1</sup> Trotz der COVID-19-Pandemie ist die Arbeitslosigkeit weiterhin vergleichsweise gering, sie beträgt aktuell 4,9 Prozent (Mai 2022). In den ostdeutschen Bundesländern ist sie mit 6,3 Prozent deutlich höher als im Westen (4,6 %).<sup>2</sup>

Die positive Beschäftigungsentwicklung ging jedoch mit massiven Veränderungen am Arbeitsmarkt einher: Nur noch jeder Vierte arbeitet in der Industrie, knapp 75 Prozent aller Erwerbstätigen sind im Dienstleistungssektor beschäftigt. Neben der großen Nachfrage nach Hochqualifizierten in der IT-Branche expandiert vor allem die Beschäftigung in sozialen und personenbezogenen Dienstleistungen.<sup>3</sup>

Gleichzeitig hat die neoliberal ausgerichtete Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik seit den 1980er-Jahren eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bewirkt. Zentral waren dabei die sogenannten Hartz-Reformen zu Beginn der 2000er-Jahre. Mit dem Argument, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des „Standorts Deutschland“ zu sichern, wurde – unter anderem auf Betreiben der Arbeitgeber – die Senkung der Arbeitskosten durch die Ermöglichung atypischer Arbeitsformen vorangetrieben und die Tarifdeckung abgebaut. Auch der Umbau des Wohlfahrtsstaates zielte auf Kostenreduzierung.

2019 arbeiteten etwa 20 Prozent aller Erwerbstätigen in „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen: Knapp fünf Millionen Menschen waren mit maximal 20 Wochenstunden in Teilzeit beschäftigt (bei anderen Erhebungsverfahren sind es insgesamt 12 Millionen). Mehr als zwei Millionen Arbeitnehmer\*innen waren ausschließlich geringfügig beschäftigt (hier wurde das Einkommen von bis zu 450 Euro, aktuell bis zu 520 Euro, pauschal versteuert, ohne Ansprüche in den Sozialversicherungen zu erwerben). Frauen sind hier klar überrepräsentiert,

1 Statista: Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen nach Geschlecht von 2009 bis 2022, eingesehen am 14.07.2022, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/198921/umfrage/erwerbstaetigenquote-in-deutschland-und-eu-nach-geschlecht/>.

2 Bundesagentur für Arbeit: Blickpunkt Arbeitsmarkt. Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Nürnberg 2022.

3 Statistisches Bundesamt: Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2021, S. 150, unter: [https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021.pdf?__blob=publicationFile).

da die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch immer überwiegend von Müttern über Teilzeitformen gesucht wird. Zudem haben über 2,3 Millionen Menschen – überwiegend jüngere – befristete Arbeitsverträge und knapp eine Million sind bei Zeitarbeitsfirmen beschäftigt, entweder projektbezogen oder um Produktionsspitzen zu begegnen.<sup>4</sup>

Die sozialen Risiken atypischer Beschäftigung entstehen aus der Unbeständigkeit solcher Jobs und dem reduzierten Einkommen, etwa bei Befristungen und Teilzeit. Vor allem (geringfügige) Teilzeitarbeit, aber auch Leiharbeit sind häufig mit Niedriglohn verbunden (siehe unten). Müssen die Betroffenen allein für ihren Lebensunterhalt aufkommen oder als Alleinerziehende gar noch Kinder versorgen, sind sie häufig von Armut bedroht. Hinzu kommt, dass die auf Niedriglohnbasis Beschäftigten selbst in Vollzeit über die Beitragsfinanzierung oftmals keine armuts-sichernden Renten oder Arbeitslosenleistungen erreichen.

Um die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsmarkt zu fördern, wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Maßnahmen umgesetzt: Zu nennen sind das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (2021), das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen (2017) oder auch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns (2015), der ab Oktober 2022 auf 12 Euro erhöht werden soll. Infolgedessen hat sich unter anderem der Gender-Pay-Gap (Verdienstunterschied von Männern und Frauen) seit Mitte der 2000er-Jahre verringert. Ein wesentliches Element der geschlechterspezifischen Ungleichheit bleibt jedoch aufgrund der überwiegend weiblichen Teilzeitarbeit bestehen. Auch bei den Führungspositionen nimmt der Frauenanteil nur langsam zu.

## **Einfluss der Sozialpartner und der Tarifpolitik sinkt**

Das deutsche Modell wird als duales System der Arbeitsbeziehungen bezeichnet, da es – gestützt durch die Gesetzgebung – zwischen der Tarifpolitik und der betrieblichen Interessenvertretung klar trennt. In den Tarifverträgen werden Lohnsteigerungen und Arbeitszeitvolumen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden (traditionell für eine Branche) ausgehandelt. Die Gewerkschaften können ihren Tarifforderungen durch Arbeitskampf, also Streik, Nachdruck verleihen. In der Metall- und Elektroindustrie gibt es seit einigen Jahren verschiedene kollektive Geld-Zeit-Optionen, die individuelle Wahlmöglichkeiten zwischen Entgelt oder Arbeitszeitverkürzung für Beschäftigte vorsehen. In Krisen können entsprechende Optionen kollektiv von den Betrieben auch zur Arbeitsplatzsicherung genutzt werden. Innovativ ist auch der Tarifvertrag „Gesundheitsfachberufe Charité“, wo jüngst eine fest definierte Mindestpersonalbemessung für alle bettenführenden Stationen sowie einzelne Funktionsbereiche zur Entlastung der Beschäftigten verhandelt wurde.

Auf Unternehmensebene vertreten Betriebsrät\*innen (im öffentlichen Sektor sind es Personalrät\*innen) die Interessen der Belegschaft gegenüber dem Management. Diese können in Betrieben mit mindestens fünf Beschäftigten von der Belegschaft gewählt werden. Die Unternehmen müssen ihre Arbeit dann unterstützen.

Nicht zuletzt aufgrund der veränderten Beschäftigungsstrukturen sind in Deutschland mittlerweile nur noch knapp 12 Prozent der abhängig Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert.<sup>5</sup> Frauen sind dabei sowohl im Industriesektor als auch im privaten Dienstleistungssektor unterrepräsentiert. Auch Migrant\*innen und atypisch Beschäftigte treten vergleichsweise selten einer Gewerkschaft bei. Gründe sind die oft klein- und mittelständische Struktur von „typischen Frauenbranchen“ im Dienstleistungssektor. Darüber hinaus sind aber auch die berufliche Sozialisation, die Bleibeperspektive oder der angenommene „Nutzen“ Hindernisse für den Gewerkschaftsbeitritt. Die verbleibende Organisationsmacht der Gewerkschaften ist ungleich verteilt. Während sie im öffentlichen Dienst sowie in den „alten“ Industriebranchen Metall und Chemie weiterhin vergleichsweise stark ist, gilt dies nicht für den Handel, Gaststätten und Hotels oder auch die IT-Branche.

Viele Arbeitgeber sind aus den Arbeitgeberverbänden ausgetreten, in denen die Mitgliedschaft mit der Pflicht, den verhandelten Tariflohn zu zahlen, einhergeht. Neu gegründete Unternehmen treten oft gar nicht erst ein. Dies wird vielfach mit der fehlenden Flexibilität der Tarifverträge etwa hinsichtlich der Arbeitszeitgestaltung oder der Anpassung an die spezifische Situation der einzelnen Unternehmen begründet. Um den sinkenden Mitgliederzahlen zu begegnen, haben viele Arbeitgeberverbände eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung eingeführt, sodass ihre Mitglieder die Dienstleistungsangebote im „Tausch“ für die Beiträge in Anspruch nehmen, ohne verpflichtet zu sein, den Tariflohn zu zahlen. Dies hat zur Erosion der Tarifbindung geführt, sodass mittlerweile nur noch etwa ein Viertel der Betriebe tarifgebunden sind. Diese repräsentieren allerdings immer noch etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten.<sup>6</sup>

Diese Entwicklung hat massive Auswirkungen auf die Lohnstruktur. 2018 lagen die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne von Arbeitnehmer\*innen in tarifgebundenen Unternehmen bei 22,40 Euro, während nicht tarifgebundene Arbeitgeber\*innen lediglich 16,66 Euro zahlten.<sup>7</sup> Der Anteil Niedriglohnbeschäftigter betrug im Jahr 2021 etwa 21 Prozent, d. h. in 7,8 Millionen Jobs wurde weniger als 12,27 Euro (brutto) pro Stunde bezahlt. (Dies entspricht weniger als zwei Dritteln des mittleren Verdienstes (Median) in Deutschland.<sup>8</sup>) Dabei bestehen massive Unterschiede nach Region, Geschlecht und Branchen: In 2020 war der Niedriglohnanteil bei Vollzeitbeschäftigten in Ostdeutschland (29,1 %) fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland (16,1 %); der von Frauen (25,4 %) war bundesweit deutlich höher als derjenige von Männern (15,4 %). Branchen mit über 50 Prozent Niedriglohnanteil sind Landwirtschaft, Leiharbeit und Gastgewerbe.<sup>9</sup> Überdurchschnittlich häufig betroffen sind auch junge Vollzeitbeschäftigte mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Personen ohne Berufsabschluss.

5 Ebd., S. 384.

6 IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit: Tarifbindung in Deutschland bleibt stabil, 17.05.2022, unter: <https://idw-online.de/de/news793878>.

7 Gerhard Bosch: Arbeitspolitik in der Transformation: Soziale Härten vermeiden, Online-Studie 7/2022, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e. V.

8 Statistisches Bundesamt: 7,8 Millionen Niedriglohnjobs im April 2021, 20.12.2021, unter: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/12/PD21\\_586\\_62.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/12/PD21_586_62.html).

9 Eric Seils und Helge Emmler: Der untere Entgeltbereich, Policy Brief WSI Nr. 65, 1/2022, Düsseldorf.

## Ausbildung und Qualifikation weiterhin zentral

Bereits Ende der 1960er-Jahre setzte in der Bundesrepublik eine massive Ausweitung der Bildungsteilnahme ein, unter anderem um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Davon profitierten sowohl Mädchen als auch sogenannte Arbeiterkinder. 2018 erreichte etwa ein Drittel aller Schulabgänger\*innen die Hochschulreife. Die Zahl der Studierenden an Hochschulen steigt ständig (2018: knapp 500.000) und liegt mittlerweile etwas über derjenigen von Auszubildenden im dualen System – bleibt aber im europäischen Vergleich niedrig. Das duale Ausbildungssystem als spezifisches Element des deutschen Produktionsmodells behält eine hohe Relevanz. Mit der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors nehmen allerdings auch vollzeitschulische Ausbildungen zu, da diese traditionell in den Sozialberufen dominieren.

Nicht zuletzt verstärkt durch die steigende Bildungs- und Arbeitsmarktteilnahme von Frauen – bedingt durch Individualisierung und Emanzipationsbewegung – setzte spätestens in den 1970er-Jahren ein Wandel des Familienbildes ein. Eine explizite Politik der Aktivierung und Integration von Müttern in den Arbeitsmarkt fand in Westdeutschland allerdings erst im Anschluss an die deutsche Wiedervereinigung statt, indem ein massiver Ausbau sozialer Dienstleistungen und insbesondere der ganztägigen Kinderbetreuung für mittlerweile alle Altersstufen erfolgte. Dabei kann der bestehende Bedarf aber noch immer nicht voll gedeckt werden, sodass es keine 100-prozentige Betreuungsquote gibt.

## Migration als zentrales Element der Erwerbsgesellschaft

Aktuell haben 27 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen einen Migrationshintergrund (eigene Migrationserfahrung oder ein Elternteil migriert; unabhängig von Staatsangehörigkeit). Mehr als die Hälfte ist erwerbstätig, etwas mehr als ein Fünftel ist bereits in Rente. Etwa ein Drittel ist jünger als 20 Jahre. Darüber hinaus sind auch Studierende oder Pflegende (Kinderbetreuung) nicht als Erwerbstätige registriert. Darunter sind insgesamt 11,4 Millionen Personen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Von dieser Gruppe kommen nur etwa 43 Prozent aus einem der 26 anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.<sup>10</sup> Nach Ländern ist die Gruppe der türkischen Staatsbürger\*innen am größten, gefolgt von den polnischen Staatsangehörigen. Der Anteil der Tschech\*innen macht mit knapp 62.000 Menschen nur 0,5 Prozent der Bürger\*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit aus. Unter ihnen ist der Anteil im erwerbsfähigen Alter groß (das Durchschnittsalter beträgt 38 Jahre) und der Aufenthalt ist eher langfristig (Durchschnittsdauer des Aufenthalts: knapp 12 Jahre).<sup>11</sup>

10 Statistisches Bundesamt: Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit, eingesehen am 14.07.2022, unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61631/auslaendische-bevoelkerung-nach-staatsangehoerigkeit/>.

11 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2021, Wiesbaden 2022, S. 65.

Nicht berücksichtigt sind dabei die von Arbeitgebern aus den Mitgliedsländern der EU im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit nach Deutschland entsendeten Arbeitnehmer\*innen, um einzelne Aufträge zu bearbeiten. Jenseits verschiedener Mindeststandards gelten für diese meist die Arbeitsbedingungen der Heimatländer. Hier kommt es häufig zu Missbrauch, vor allem in Verbindung mit der Unterbringung. Dies wurde am Beispiel der Fleischindustrie im Zuge der Coronakrise durch die Medien erneut skandalisiert. Das Arbeitsschutzkontrollgesetz von 2021 soll der Missbrauchspraxis von Werkverträgen entgegenwirken. Arbeitnehmer\*innen müssen seitdem bei den Fleischproduzenten direkt angestellt sein. Zur Bekämpfung von Fällen schwerer Arbeitsausbeutung wurden Hilfsorganisationen gegründet, die teilweise von Gewerkschaften mitgetragen werden.

## **Gerechte Lösungen für die Arbeitswelt im Wandel gesucht**

Alles in allem ist das „Modell Deutschland“ tiefgreifenden Veränderungen ausgesetzt. Sowohl die angestrebte sozial-ökologische Transformation als auch internationale Entwicklungen wie der Krieg in der Ukraine oder die in der COVID-19-Krise sichtbar gewordenen Abhängigkeiten von Lieferketten dürften zu einem weiteren Umbau der Produktionsstrukturen führen. Gleichzeitig verändert sich der Dienstleistungssektor. Sowohl unternehmensbezogene Tätigkeiten wie IT-Dienstleistungen, aber auch personenbezogene Dienstleistungen, zum Beispiel in der Pflege, werden weiter ausgebaut. Inwiefern sich dabei bestehende Lohndifferenzen und soziale Risiken über unsichere Beschäftigungsverhältnisse weiter verschärfen, hängt in hohem Maße von der politischen Gestaltung sowohl der Tarifpolitik als auch der Arbeitsregulierung und der Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme ab. Bisherige Initiativen haben nur bedingt dazu beigetragen, die verschiedenen Spaltungen am deutschen Arbeitsmarkt einzudämmen und das früher umfassende Tarif- und Sozialsystem als wesentliches Element des „Modells Deutschland“ zu schützen bzw. an neue Herausforderungen im Zuge der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformation anzupassen.

Dazu bedarf es einer erneuten Stärkung der Tarifpolitik sowie der Anpassung der Mindestsicherungssysteme, um allen Bürger\*innen ein armutssicheres Leben zu gewährleisten. Gegebenenfalls sind dazu neue Finanzierungsmodelle, etwa über Kapital- oder Gewinnsteuern, heranzuziehen. Eine Angleichung der Arbeitszeiten von Eltern sowie die Einschränkung atypischer Arbeitsverhältnisse würde zu einer weiteren Verbesserung der Gleichstellung von Frauen bzw. Müttern beitragen. Zudem gilt es, auch Kindern aus bildungsfernen Familien sowie Migrant\*innen über eine umfassende Bildungsteilhabe eine qualifizierte Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen – nicht nur, um dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel zu begegnen, sondern auch, um das Ziel sozialer Gerechtigkeit zukünftig zu verwirklichen.



# **Der tschechische Arbeitsmarkt: Sind wir immer noch das „Montagewerk Europas“?**

Šárka Homfray

**Der Charakter des tschechischen Arbeitsmarktes entspricht im Prinzip der geografischen Lage des Landes: Er ist abhängig vom Export in andere Staaten, und in den Grenzgebieten gibt es neben Investitionen auch eine große Mobilität der Arbeitskräfte über die Grenzen hinweg. Die Tschechische Republik gehört zum sogenannten postsozialistischen Raum – an den arbeitsrechtlichen Regulierungen und dem Ziel einer möglichst hohen Beschäftigungsquote lässt sich das Erbe des vorherigen politischen Systems erkennen.**

Die geografische Nähe Tschechiens zu Deutschland – eine der größten Volkswirtschaften Europas – bestimmt den tschechischen Markt in vielerlei Hinsicht. Im Zentrum stehen hier die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Abnehmern und Zulieferern bzw. Subunternehmen, da die deutsche Nachfrage die tschechische Produktion in starkem Maße bestimmt – auch die Anzahl der benötigten Arbeitskräfte. Dies gilt besonders für die tschechische Automobilindustrie, die zu 80 Prozent für den Export produziert, ein Drittel davon geht nach Deutschland. Sie macht in Tschechien etwa ein Zehntel des Bruttoinlandsprodukts aus, darum kann jeder

Ausfall und jede Krise in diesem Bereich die ganze tschechische Wirtschaft empfindlich treffen, so wie im Fall der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020, die ihr einen ordentlichen Dämpfer verpasste.<sup>1</sup>

Die Pendler\*innen, die von Tschechien regelmäßig in den benachbarten Staat zur Arbeit fahren, sind eine Art Symbol für die Beziehungen auf dem Arbeitsmarkt. Vor allem in Sachsen und Bayern arbeiten Zehntausende tschechische Arbeitnehmer\*innen. Die Bedeutung der bilateralen Beziehungen wurde in Pandemiezeiten deutlich, etwa durch die Einführung von Ausnahmeregelungen für Pendler\*innen, damit sie weiter arbeiten gehen konnten. Einige Segmente, zum Beispiel das Gesundheitswesen, sind schlichtweg auf diese Arbeitskräfte angewiesen.<sup>2</sup>

Auch deutsche Unternehmen, die Tochterfirmen oder Filialen in der Tschechischen Republik betreiben, üben einen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen und das Lohnniveau aus. Nicht zuletzt anhand der Debatten über Arbeitszeit, Einkommensniveau oder die Zukunft der Arbeit bzw. Industrie 4.0 lässt sich der diskursive Einfluss Deutschlands in diesen Fragen feststellen.

Ein Schlüsselfaktor war in den letzten Jahren die niedrige Arbeitslosigkeit in der Tschechischen Republik. Sie sinkt seit 2013; 2019 erreichte sie einen Tiefststand von 2 Prozent, seitdem liegt sie kontinuierlich unter 3 Prozent, und weder die COVID-19-Pandemie noch der Krieg in der Ukraine machten sich hier in besonderem Maße bemerkbar. Der tschechische Arbeitsmarkt zeichnet sich also durch eine hohe Beschäftigung und eine hohe wirtschaftliche Aktivität aus und besteht aus etwa 5.300.000 Personen.<sup>3</sup>

Aus Arbeitgeberperspektive sehen tschechische und deutsche Unternehmen ähnliche Probleme und Mängel. So konstatiert die Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer, tschechische Arbeitskräfte seien zeitlich, geografisch und in Bezug auf ihre Qualifizierung zu wenig flexibel, es mangle an Arbeitskräften aus Drittstaaten und an Absolvent\*innen handwerklicher und qualifizierter technischer Fachrichtungen. In diesem Sinne wird eine Reform der Berufsausbildung und die Einführung der dualen Ausbildung nach deutschem Vorbild gefordert.<sup>4</sup> Auch die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und der Verkehrsinfrastruktur seien unzureichend.<sup>5</sup>

1 Adam Jareš: Automobilový průmysl v Německu padá. Dotkne se to i českých dodavatelů, Businessinfo.cz, 29.10.2020, unter: <https://www.businessinfo.cz/clanky/automobilovy-prumysl-v-nemecku-pada-dotkne-se-to-i-ceskych-dodavatelu/>.

2 ČTK: Do Německa mohou dojíždět jen zdravotníci, do Saska i zemědělci a do Bavorska nezbytné profese, E15.cz, 13.02.2021, unter: <https://www.e15.cz/zahranicni/do-nemecka-mohou-dojizdet-jen-zdravotnici-do-saska-i-zemedelci-a-do-bavorska-nezbytno-profese-1377923>.

3 Český statistický úřad: Základní charakteristiky ekonomického postavení obyvatelstva ve věku 15 a více let, vdb.czso.cz, 03.07.2022, unter: [https://vdb.czso.cz/vdbvo2/faces/cs/index.jsf?page=vystup-objekt&pvo-ZAM01-B&skupId=426&katalog=30853&pvo=ZAM01-B&str=v467&u=v413\\_VUZEMI\\_97\\_19](https://vdb.czso.cz/vdbvo2/faces/cs/index.jsf?page=vystup-objekt&pvo-ZAM01-B&skupId=426&katalog=30853&pvo=ZAM01-B&str=v467&u=v413_VUZEMI_97_19).

4 ČNOPK: Bleskový průzkum ČNOPK: „Hlavní úkoly nastupující vlády“. Místo dotací podniky požadují strukturální reformy, nejvyšší prioritou má odborné vzdělávání, Pressemitteilung, 10.11.2021, unter: [https://tschechien.ahk.de/filehub/deliverFile/f84f3f67-af4e-4f90-88eb-6de8c6e51642/1340180/TZ\\_Pruzkom-vladni\\_ukoly\\_CZ\\_GE\\_1340180.pdf](https://tschechien.ahk.de/filehub/deliverFile/f84f3f67-af4e-4f90-88eb-6de8c6e51642/1340180/TZ_Pruzkom-vladni_ukoly_CZ_GE_1340180.pdf).

5 ČNOPK: Konjunkturální průzkum 2021. Trend potvrzen: Digitální Estonsko je pro investory ve střední a východní Evropě atraktivnější než průmyslové Česko, Tisková zpráva, 05.05.2021, unter: [https://tschechien.ahk.de/filehub/deliverFile/c1f265e1-1253-4f04-ae09-085c8cb01c9a/1188318/05\\_05\\_%C4%8CNOPK\\_TZ\\_KU-2021\\_CZ\\_1188318.pdf](https://tschechien.ahk.de/filehub/deliverFile/c1f265e1-1253-4f04-ae09-085c8cb01c9a/1188318/05_05_%C4%8CNOPK_TZ_KU-2021_CZ_1188318.pdf).

Dies sind keine spezifisch tschechischen Phänomene – der deutsche Arbeitsmarkt steht vor ganz ähnlichen Problemen. Aus Sicht der tschechischen Arbeitnehmer\*innen gibt es jedoch große Unterschiede zwischen dem tschechischen und dem deutschen Markt, und sie sehen auf dem tschechischen Markt andere Missstände und Probleme als die Arbeitgeber\*innen. Welche sind das?

## Arbeitsmarktsegmente haben unterschiedliche Probleme

Die Probleme der tschechischen Arbeitnehmer\*innen lassen sich auf einige zentrale Themen verdichten. Da ist zunächst das niedrige Einkommensniveau. Die Tschechische Republik gehört weiterhin zu den Ländern mit den niedrigsten Einkommen in der EU, einschließlich aller Aufwendungen – die Lohnkomponente der durchschnittlichen Arbeitskosten beträgt in Tschechien um die 12 Euro pro Stunde (zum Vergleich: in Deutschland sind es um die 29 Euro pro Stunde).<sup>6</sup> Niedrig ist auch der tschechische Mindestlohn (monatlicher Verdienst mit einem Vollzeitjob: circa 655 Euro gegenüber 1.744 Euro in Deutschland).<sup>7</sup> Als Erklärung dafür, warum es in Tschechien keine „westlichen“ Löhne gibt, wird die niedrige Produktivität angeführt. Diese lässt sich zurückführen auf den großen Anteil, häufig in der Zulieferung, ohne großen Einfluss auf Gewinnmargen und ohne gute Investitionsmöglichkeiten. Gleichzeitig arbeitet man in Tschechien mit am fleißigsten. Die Arbeitszeit ist im europäischen Vergleich hoch, und die tschechischen Gewerkschaften nennen oft Deutschland als Beispiel für ein Land, in dem weniger gearbeitet wird.<sup>8</sup> Abgesehen von der Elternzeit ist es in Tschechien außerdem unüblich, längere Auszeiten von der wirtschaftlichen Tätigkeit zu nehmen, etwa Sabbaticals oder Pflegezeit.

Über diese Indikatoren hinaus ist es jedoch eher schwierig, den tschechischen Arbeitsmarkt allgemein zu charakterisieren, denn dieser setzt sich aus in vielerlei Hinsicht sehr unterschiedlichen Bereichen zusammen. In der Zeit der COVID-19-Pandemie zeigte sich ganz besonders, dass die verschiedenen Arbeitsmarktsegmente mit ganz unterschiedlichen Problemen zu kämpfen haben, und es wurde deutlich, welche Maßnahmen jeweils erforderlich wären.

Tschechien gilt als das „Montagewerk Europas“, ein pejorativer Begriff für den Zulieferercharakter der tschechischen Wirtschaft. Unqualifizierte oder niedrig qualifizierte Positionen bilden einen Großteil der Arbeitsplätze, auf dem Niveau des Mindestlohns oder nur leicht darüber. Da es sich oft um Export- und Zuliefererbetriebe handelt, lassen sie sich nur schwer modernisieren – die Produktion hängt fast ausschließlich am Bedarf der jeweiligen Abnehmer\*innen. So hängt die Konkurrenzfähigkeit im europäischen Kontext maßgeblich von der Politik der billigen Arbeitskraft ab.

6 Eurostat: Estimated hourly labour costs, 2021 (EUR), ec.europa.eu, 28.03.2022, unter: [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Estimated\\_hourly\\_labour\\_costs\\_2021\(EUR\).png](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Estimated_hourly_labour_costs_2021(EUR).png).

7 Eurostat: Monthly minimum wages – bi-annual data, ec.europa.eu, 28.01.2022, unter: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/earn\\_mw\\_cur/default/bar?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/earn_mw_cur/default/bar?lang=en).

8 Eurostat: Hours of work – annual statistics, ec.europa.eu, 5/2022, unter: [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Hours\\_of\\_work\\_-\\_annual\\_statistics#Patterns\\_in\\_average\\_working\\_week:\\_full-time\\_and\\_part-time\\_workers](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Hours_of_work_-_annual_statistics#Patterns_in_average_working_week:_full-time_and_part-time_workers).

In dieser Hinsicht ähnelt die Situation derjenigen in der Slowakei oder Ungarn – auch dort ist der Anteil der Automobilindustrie hoch und Deutschland ist bedeutendes Abnehmerland. Die Automobilindustrie sowie einige weitere Industrien mit anspruchsvollen Arbeitsbedingungen – insbesondere das Bauwesen – sind auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen, vor allem aus Ländern außerhalb der EU. Kurz nach dem Beginn des Kriegs in der Ukraine kam es infolge der dortigen Mobilmachung von Männern zwischen 18 und 60 Jahren zu einem signifikanten Wegfall von Arbeitskräften, was für bestimmte Zweige bedrohlich werden kann.

Im ebenfalls bedeutenden Dienstleistungssektor ist die Situation ganz anders. Während der COVID-19-Pandemie war er sehr stark von den Maßnahmen zur Eindämmung des Virus im öffentlichen Raum betroffen. Vor allem im Gaststättengewerbe gibt es auch nach dem Abklingen der Pandemie nicht mehr genügend Arbeitskräfte, viele derjenigen, die während der Pandemie in einem anderen Sektor zu arbeiten begonnen haben, sind nicht wieder zurückgekehrt. Ein Grund dafür ist vermutlich auch, dass die Gastronomie schon zuvor einen schlechten Ruf bezüglich Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten hatte. So entschieden sich wahrscheinlich viele Menschen für eine neue Beschäftigung mit besseren Bedingungen.<sup>9</sup>

Bei den hoch qualifizierten und gut bezahlten Berufen wurde während der Pandemie in den größeren Städten in hohem Maße auf Homeoffice gesetzt. Das Arbeiten von zu Hause war ein bereits lang gehegter Wunsch vieler Arbeitnehmer\*innen, während die Arbeitgeber\*innen dem eher skeptisch gegenüberstanden. Während der Pandemie stieg der Anteil der Arbeit, die zu Hause verrichtet wurde, um ein Vielfaches an, und es eröffnete sich die Möglichkeit einer differenzierteren Debatte darüber, dass dies nicht nur für die Angestellten Vorteile aufweisen kann. Die problematischen Aspekte des Homeoffice, etwa Fragen der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes, der Arbeitszeiteinteilung und der nicht ganz triviale Aspekt der Vergütung der Arbeit zu Hause sind vonseiten der Legislative bislang noch nicht adäquat behandelt worden.

Ein weiterer problematischer Aspekt des tschechischen Arbeitsmarktes ist sein konservativer gesetzlicher Rahmen. Das tschechische Arbeitsrecht kann oft nicht angemessen und schnell genug auf neue Trends in der Arbeitswelt reagieren. Das betrifft zum Beispiel das Homeoffice oder kurzzeitige Freistellungen aus gesundheitlichen Gründen – in der Praxis der Personalführung werden hier oft eher Wege außerhalb der rechtlichen Bestimmungen gesucht, bisweilen sogar im Widerspruch zu diesen. Die sogenannten *sick days* – eine bestimmte Anzahl von Tagen pro Jahr, die der\*die Angestellte aus gesundheitlichen Gründen freinehmen kann, ohne eine ärztliche Krankschreibung vorlegen zu müssen – sind nicht dasselbe wie eine Arbeitsunfähigkeit, da es sich nur um eine kurzzeitige gesundheitliche Einschränkung handelt. Beim Homeoffice wird die Pflicht des Arbeitgebers, den Angestellten die entsprechenden Aufwendungen zu erstatten, oft in beiderseitigem Wissen übergangen, obwohl dies rechtlich betrachtet nicht verweigert werden darf.

Dies sind jedoch geringfügige Probleme, die bei den Arbeitnehmer\*innen keinen sehr großen Schaden verursachen. Etwas komplexer ist das Problem der Scheinselbstständigkeit und die Zunahme von Plattformökonomien. Neue

9 Vladimír Dlouhý: Nejsme novodobí otrokáři. Ale mzdy teď plošně růst nesmí, Interview mit Markéta Bidrmanová, Seznam Zprávy, 24.09.2021, unter: <https://www.seznamzpravy.cz/clanek/dlouhy-nejsme-novodobi-otrokari-ale-mzdy-ted-plosne-rust-nesmi-175312>.

Formen von Arbeit lassen sich oft nicht eindeutig als abhängige Beschäftigung oder als Unternehmertum klassifizieren, und einen „dritten Weg“, wie er etwa in der britischen Gesetzgebung bekannt ist, gibt es in Tschechien nicht. Sowohl digitale Plattformen als auch „klassische“ Arbeitgeber neigen darum häufig dazu, bestimmte Formen von Scheinselbstständigkeit zu unterstützen, in denen Arbeitnehmer\*innen benachteiligt werden und oft prekär beschäftigt sind; zudem werden hier weniger Abgaben an die öffentliche Hand abgeführt.

Ganz eigene Probleme sind in der öffentlichen Verwaltung und im öffentlichen Dienst festzustellen. Dazu gehören außer den staatlichen Behörden und den kommunalen Verwaltungen auch die Verteidigungs- und Sicherheitsorgane, ein Großteil des Schulwesens, weite Teile des Gesundheitswesens, soziale Dienste, technische Dienste usw. Die Pandemie hat hier einige seit Langem schwelende Probleme zutage gefördert – insbesondere den Personalmangel im Gesundheitswesen, die schleppende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und die teils drastischen Einkommensunterschiede.

Bezüglich der aktuellen Entwicklung muss man leider feststellen, dass besonders die Regierung unter Premierminister Petr Fiala eine Rückkehr zur Austeritätspolitik aus der Zeit nach der weltweiten Finanzkrise vollzogen hat, von der die meisten europäischen Staaten heute abgerückt sind. Die aus dem öffentlichen Haushalt abgedeckten Gehälter stellen in der Wahrnehmung der politischen Repräsentation und auch bei großen Teilen der Öffentlichkeit nichts als einen überflüssigen Kostenfaktor dar, der im Staatshaushalt zu Buche schlägt, während die Kosten aber so weit wie möglich gesenkt werden sollten.<sup>10</sup>

## **Genderfrage und tschechischer Arbeitsmarkt: Mehr als ein Pay-Gap**

Der tschechische Arbeitsmarkt weist ein hohes Maß an geschlechtlicher Segregation auf, und das sowohl horizontal (Aufteilung in „Männer-“ und „Frauenberufe“) als auch vertikal (niedriger Frauenanteil in höheren Positionen). In Hinblick auf die Repräsentation von Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen (nicht nur in der Wirtschaft) befindet sich Tschechien laut dem europäischen Gleichstellungsindex der EIGE auf einem der untersten Plätze.<sup>11</sup> Gründe sind etwa eine geschlechtlich stark segregierte Ausbildung (Schulen für Gesundheitsberufe haben einen hohen Frauenanteil, technische Schulen einen hohen Männeranteil) oder auch die extrem lange Mutterschutz- und Elternzeit. Dadurch scheiden Frauen in der Regel für mehrere Jahre aus dem Berufsleben aus.

Formal gibt es die Möglichkeit, eine kürzere Elternzeit zu nehmen, doch aufgrund des niedrigen Lohnniveaus und weil die Plätze in Betreuungseinrichtungen für die kleinsten Kinder zu teuer bzw. nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, können viele Mütter nicht ins Berufsleben zurückkehren, bevor ihr jüngstes

10 Oldřich Danda; Pekarová: Nemůžeme už žít nad poměry a nezdravě zvyšovat platy, Interview mit Markéta Pekarová Adamová, Novinky.cz, 13.04.2022, unter: <https://www.novinky.cz/domaci/clanek/pekarova-nemuzeme-uz-zit-nad-pomery-a-nezdrave-zvysovat-platy-40393766>.

11 EIGE: Gender Equality Index, eige.europa.eu, 28.10.2022, unter: <https://eige.europa.eu/gender-equality-index/2021/CZ>.

Kind das Alter von drei Jahren erreicht hat.<sup>12</sup> Diese Tatsache benachteiligt Frauen auch schon bevor sie Kinder haben, insbesondere bezüglich ihrer Vergütung (Gender-Pay-Gap), und dies können sie bis zum Ende ihrer wirtschaftlich aktiven Zeit meist nicht mehr ausgleichen.

Vor dem Ruhestand kommt für die sogenannte Sandwich-Generation dann noch die Betreuung alternder Angehöriger hinzu. Da hier die rechtliche Verankerung von Unterstützungsleistungen fehlt und nicht ausreichend soziale Dienstleister vorhanden sind, führt dies meist ebenfalls zur Prekarisierung, oft zu Arbeitslosigkeit und zum früheren Renteneintritt. Auf den Gender-Pay-Gap folgt also der Gender-Renten-Gap, und es ist kaum verwunderlich, dass Seniorinnen eine der am meisten von Armut bedrohten Gruppen in Tschechien sind.

Die geschlechtliche Segregation des tschechischen Arbeitsmarkts und ihre negativen Folgen werden durch gesellschaftliche Stereotype von „angemessener“ Bezahlung sowie von essentialistisch verstandenen weiblichen und männlichen Kompetenzen und Prioritäten weiter vertieft. Diese Stereotype und die anhaltende horizontale Segregation des Arbeitsmarkts werden teilweise sogar als eine Art und Weise interpretiert, sich vom „Staatsfeminismus“ und der von oben gelenkten Emanzipation des vorherigen politischen Regimes abzugrenzen. Das Klischee von der Aufbauerin des sozialistischen Systems – der Kranführerin oder Traktoristin – taucht in Tschechien in fast jeder Debatte darüber als ein Argument auf, das zur Delegitimierung des Kampfes gegen eine stereotype Einstellungspolitik dienen soll.

Damit werden außerdem die Hindernisse kleingeredet, mit denen Frauen und andere marginalisierte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sind, etwa die direkte und indirekte Diskriminierung. Obwohl Meinungsumfragen auf einen allmählichen gesellschaftlichen Wandel hinweisen,<sup>13</sup> ist der politische Umgang damit weiterhin äußerst konservativ, was die Einführung von wirksamen Maßnahmen erschwert. Viele Arbeitgeber\*innen unternehmen große Anstrengungen zur Förderung der Diversität am Arbeitsplatz, teilweise auch auf Bestreben ihrer ausländischen Muttergesellschaften. Doch dies betrifft nur einen kleinen Ausschnitt des Arbeitsmarkts. Von punktuellen Verbesserungen und einem Gegensteuern gegen geschlechtlich bedingte Benachteiligungen profitiert somit nur ein kleiner Teil der Frauen, üblicherweise höher qualifizierte und besser bezahlte – der restliche Arbeitsmarkt wird davon nur minimal beeinflusst.

## **Der sozialpartnerschaftliche Dialog und seine Grenzen**

Die Arbeits- und Gewerkschaftsbewegung in Tschechien hat eine lange Tradition, sie war von Anfang an eng mit derjenigen in Deutschland verbunden. Durch die historische Entwicklung, vor allem die Zeit des sozialistischen Regimes, veränderten sich jedoch

12 Siehe vertiefend das Kapitel zu Geschlechtergerechtigkeit und -gleichheit.

13 ppm factum research: Rovné odměňování žen a mužů ve zkušnostech a názorech české veřejnosti. Výzkum veřejného mínění, Tschechisches Ministerium für Arbeit und Soziale Angelegenheiten, 2019, unter: <http://rovnaodmena.cz/wp-content/uploads/2021/02/Rovne-domenovani-zen-a-muzu-ve-zkuznostech-a-nazorech-ceske-verejnosti.pdf>.

Rolle und Wahrnehmung der Gewerkschaften: Sie wurden gesellschaftlich abgewertet. Dennoch wird der sozialpartnerschaftliche Dialog weiterhin geführt, auch wenn er hierzulande eine ganz andere Form hat als in Deutschland.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer\*innen wird in Tschechien auf 500.000 (also etwa 10 % der arbeitenden Bevölkerung) geschätzt, von denen ca. 360.000 Mitglieder der Gewerkschaftsverbände der größten zentralen Gewerkschaftsorganisation sind, der Böhmisches-mährischen Gewerkschaftskonföderation (ČMKOS), und weitere 70.000 der Assoziation selbstständiger Gewerkschaften (ASO) angehören. Diese beiden zentralen Organisationen bilden auf höchster Ebene zusammen eine Partei innerhalb des Dreiergremiums (des Rats für Wirtschafts- und Sozialabkommen der Tschechischen Republik), dem außerdem Vertreter\*innen der Regierung sowie Arbeitgebervertreter\*innen (der Industrie- und Verkehrsverband der Tschechischen Republik und die Konföderation der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände der Tschechischen Republik) angehören.

Die Sitzungen dieses Dreiergremiums finden regelmäßig statt und konzentrieren sich auf grundlegende Fragen der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts, zum Beispiel die Höhe des Mindestlohns, legislative Veränderungen oder Parameter des Arbeitsmarktzugangs für ausländische Arbeitnehmer\*innen. Einige der Themen sind in Deutschland und anderen Staaten eher Gegenstand sektorspezifischer sozialpartnerschaftlicher Dialoge innerhalb eines Wirtschaftszweigs, etwa im Maschinenbau oder im Finanzwesen. Auf dieser Ebene werden in Tschechien jedoch derzeit keine nennenswerten Verhandlungserfolge erzielt. 2022 waren nur vier sektorspezifische Tarifverträge in Kraft – im Verkehrswesen, in der Landwirtschaft, im Glas- und Keramikgewerbe und im Textil-, Bekleidungs- und lederverarbeitenden Gewerbe. Dieser begrenzte Erfolg liegt nicht zuletzt an der geringen Bereitschaft der Arbeitgeber\*innen, sich an Verhandlungen auf dieser Ebene zu beteiligen.

Bei der gewerkschaftlichen Organisation innerhalb einzelner Betriebe lassen sich große Unterschiede zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor feststellen. Im privaten Sektor gehören Löhne und Lohnsteigerungen zu den wichtigsten Themen der Verhandlungen innerhalb einzelner Betriebe. In der öffentlichen Verwaltung, wo Entgelte nach einem detailliert geregelten System ausgezahlt werden und deren Höhe vom Staatshaushalt abhängt, wird die Höhe des tariflichen Gehalts durch Regierungsanordnung bestimmt. Die einzelnen gewerkschaftlichen Gruppen verhandeln hier nicht über Gehälter, sondern konzentrieren sich auf andere Themen des sozialpartnerschaftlichen Dialogs: Arbeitsbedingungen, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und individuelle Probleme.

Trotz einer immer noch reservierten Haltung der Öffentlichkeit gegenüber den Gewerkschaften als „Überbleibsel des Kommunismus“ und eines relativ niedrigen Organisationsgrads gelingt es diesen jedoch, auf höchster Ebene eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Diskussion über die Zukunft des Arbeitsmarkts aufrechtzuerhalten. Ein Ende des Niedriglohns, Arbeit 4.0, das „Montagewerk Europas“, die Arbeitszeit – das alles sind Themen, die vor allem von den Gewerkschaften angestoßen und anschließend von den Medien und den politischen Repräsentant\*innen aufgegriffen werden. Unter anderem in diesem Sinne ist die ČMKOS aktiv und eng mit der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung verbunden.

## Fazit

Auch der tschechische Arbeitsmarkt bleibt von den globalen Megatrends nicht verschont. Hervorzuheben ist die demografische Entwicklung: Immer weniger junge Leute treten in den Arbeitsmarkt ein. Zugleich muss man sich der Tatsache stellen, dass das derzeitige System der Betreuung und Pflege von Angehörigen auf lange Sicht nicht haltbar sein wird. Einen starken Einfluss hat außerdem der Wandel der Arbeit durch die sogenannte vierte industrielle Revolution, insbesondere die Digitalisierung und Automatisierung, die eine deutliche Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeit und der Arbeitsbedingungen verursacht. Angesichts der unflexiblen Struktur von Wirtschaft und Arbeitsmarkt und der lange eher konservativen Politik sind der tschechische Arbeitsmarkt und die entsprechende Gesetzgebung derzeit nicht in der Lage, angemessen auf diese Herausforderungen zu reagieren. So wächst das Risiko, dass Tschechien aufgrund mangelnder Innovation weiterhin nur durch seine billige Arbeitskraft global eine Rolle spielen kann und weiterhin die Position des „Montagewerks Europas“ einnehmen wird. Eine umfassende Restrukturalisierung des tschechischen Arbeitsmarkts ist sicherlich keine leichte Aufgabe, doch man sollte wenigstens versuchen, Verbesserungen zu erzielen. Ein effektiver sozialpartnerschaftlicher Dialog, mehr Innovationen sowie Reformen des lebenslangen Lernens sind Aspekte, über die diskutiert werden muss. Inspiration dafür lässt sich (nicht nur) in Deutschland holen, und das gilt auch für die Chancengleichheit von Frauen und Männern, auf dem Arbeitsmarkt und darüber hinaus.







# **Klima- und Energiepolitik**



# Klimaschutz in Deutschland: Wenn das System versagt

Nick Reimer

**Deutschland ist Weltmeister beim Klimaschutz. Und zwar: Ankündigungsweltmeister! Seit mehr als 30 Jahren erklärt eine Bundesregierung nach der anderen: Jetzt geht's los mit dem Einsparen von Treibhausgasen, der Kampf gegen die Erderhitzung, der wichtigste der Menschheit, ist eröffnet. Dummerweise folgten diesen Ankündigungen stets viel zu wenige Aktionen, wie der folgende Rückblick zeigt.**

Los ging es am 7. November 1990. Das Kabinett des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl (CDU) beschloss das erste deutsche Reduktionsziel. Demnach sollten die alten Bundesländer ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2005 um 25 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1987 senken.<sup>1</sup> Auch die neuen Bundesländer sollten – wie es im Regierungsbeschluss hieß – „ihren Beitrag leisten“, den Kohls Mannschaft aber nicht quantifizierte, weil sie glaubte, über keine verlässliche Datengrundlage für die DDR zu verfügen, fälschlicherweise, wie sich später zeigte. Intern wurde so gesamtdeutsch eine 30-prozentige Reduktion kalkuliert.<sup>2</sup>

Was fehlte, waren die politischen Instrumente, um dieses Ziel auch zu erreichen: Im Westen Deutschlands sanken die Emissionen nicht, im Gegenteil: Weil die Nachfrage aus Ostdeutschland die Wirtschaft im Westen ankurbelte, stieg dort der Energieverbrauch im Jahr 1991 um fast 10 Prozent.<sup>3</sup> Deshalb gab

1 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Pressemeldung Nr. 114/90, Archiv des Verfassers.

2 Eigene Recherche.

3 Daten verfügbar im Archiv der AG Energiebilanzen e. V. Vgl. Bilanzen 1990 bis 2020, [ag-energiebilanzen.de](https://ag-energiebilanzen.de), eingesehen am 11.11.2022, unter: [https://ag-energiebilanzen.de/daten-und-fakten/bilanzen-1990-bis-2020/?wpv-jahresbereich-bilanz=1990-2000&wpv\\_aux\\_current\\_post\\_id=45&wpv\\_aux\\_parent\\_post\\_id=45&wpv\\_view\\_count=2753-CATTRe4257049c177cf191052746afc46d0a3](https://ag-energiebilanzen.de/daten-und-fakten/bilanzen-1990-bis-2020/?wpv-jahresbereich-bilanz=1990-2000&wpv_aux_current_post_id=45&wpv_aux_parent_post_id=45&wpv_view_count=2753-CATTRe4257049c177cf191052746afc46d0a3).

der Bundeskanzler im April 1995 ein neues Klimaziel aus. Auf der ersten Weltklimakonferenz der UNO in Berlin erklärte Kanzler Kohl: „Deutschland hält an dem Ziel fest, bis zum Jahr 2005 seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß gegenüber 1990 um 25 Prozent zu senken.“ 1990 statt 1987: Mit dem neuen Basisjahr musste Westdeutschland plötzlich viel weniger einsparen, denn 1990 lag der Ausstoß in den alten Bundesländern 59 Millionen Tonnen über dem des Jahres 1987. Und plötzlich galten die „minus 25 Prozent“ für Gesamtdeutschland, statt wie zuvor für die westdeutschen Bundesländer.

Neues Ziel, altes Problem: Eine zielführende Klimaschutzpolitik ließ weiter auf sich warten. Zwar gelang es der damaligen Bundesumweltministerin Angela Merkel (CDU), ein Gesetz zu verabschieden, mit dem Windräder oder Solarkraftwerke ihre produzierte Energie auch ins Netz einspeisen dürfen, das den Stromkonzernen gehört. Auch brachte sie das *Sofortprogramm für mehr Klimaschutz* auf den Weg. In Westdeutschland sanken die Emissionen aber trotzdem nicht.

Das passierte erst nach dem Machtwechsel 1998: Die rot-grüne Bundesregierung von Kanzler Gerhard Schröder (SPD) setzte tatsächlich Impulse, etwa mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, der Ökologischen Steuerreform, dem Gesetz zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung oder dem Ausbau der ökologischen Landwirtschaft. Dennoch musste ausgerechnet Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen) einräumen, dass das Reduktionsziel eklatant verfehlt werde. 2005 war die Bundesrepublik für die Emission von 992 Millionen Tonnen Treibhausgas verantwortlich, 20,5 Prozent weniger als im Basisjahr. Den Löwenanteil zu dieser Reduktion steuerten die östlichen Bundesländer bei. Der wirtschaftliche Zusammenbruch der energieintensiven DDR-Wirtschaft führte dort in den 1990er-Jahren zu schweren gesellschaftlichen Verwerfungen.

Immerhin sanken die Emissionen. Im Jahr 2005 wurde die Naturwissenschaftlerin und Ostdeutsche Angela Merkel (CDU) Bundeskanzlerin. Berühmt wurde ein Foto aus dem Jahr 2007, das sie mit ihrem Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) in der Arktis auf Exkursion in Sachen Klimawandel zeigt. Mit roten Anoraks bekleidet stehen sie vor schmelzenden Gletschern, ihre Reise solle verdeutlichen, „welche Herausforderungen auf der Menschheit ruhen“. Und so beschloss ihr Kabinett ein neues deutsches Klimaziel: minus 40 Prozent Reduktion bis 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990.

## Die Energielobby schlägt zurück

2009 produzierte Deutschland 27,4 Prozent weniger Treibhausgase als 1990, jetzt schien man auf dem richtigen Weg. Die Umlage im Erneuerbare-Energien-Gesetz sorgte dafür, dass Investoren die Wirtschaftlichkeit ihres Projekts planen konnten: 20 Jahre lang bekommen sie für den eingespeisten Grünstrom einen festen Vergütungssatz (der freilich jährlich um einige Prozentpunkte sinkt). Überall in Deutschland wurden deshalb Windparks gebaut, Solarpaneele aufgestellt, Biomasse-Kraftwerke ans Netz geschaltet. Dank der sagenhaften Nachfrage stiegen die Stückzahlen der hergestellten Grünstromkraftwerke, es entstand ein Massenmarkt, der die Kosten für die Anlagen weiter senkte. Zudem erlebte die Technologie eine beispiellose Lernkurve, Photovoltaik-Anlagen kosten heute zum Beispiel nur noch zehn Prozent des Preises in den Nullerjahren. Die Energiewende im Stromsektor schien jetzt so richtig in Fahrt zu kommen.

Das rief die Lobby der Energiekonzerne auf den Plan, die ihre Pfründe schmelzen sah: Aufgrund des Einspeisevorrangs der Grünstromkraftwerke mussten Eon, RWE, Vattenfall und Co. ihre Kohlekraftwerke immer häufiger vom Netz nehmen. Stück für Stück verloren sie Marktanteile. Und sie verloren an Akzeptanz in der Bevölkerung: Immer mehr Deutsche wendeten sich von den Fossilkonzernen ab und wechselten zu einem Anbieter von Grünstrom.

Überraschenderweise fanden die Lobbyist\*innen trotzdem Gehör bei Merckels Regierungsmannschaft, vor allem bei der FDP: Unter dem Vorwand, die Kosten für den\*die Stromverbraucher\*in senken zu wollen, strich das Kabinett aus Union und FDP die Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zusammen, und zwar so drastisch, dass sich der Bau von Photovoltaik-Kraftwerken nicht mehr lohnte. Logischerweise brach die Nachfrage im Jahr 2013 zusammen, und zwar so rasant, dass die deutschen Solarschmieden reihenweise pleitegingen.<sup>4</sup> Überwiegend asiatische Konkurrenten interessierten sich für sie, allerdings nicht, um die Produktionsstätten zu übernehmen – sie wurden oft über Nacht geschlossen. Den Konkurrenten ging es um die Patente der deutschen Firmen, an denen sie sich bereicherten: Lag der Marktanteil von Solarzellen 2008 noch bei über 18,5 Prozent,<sup>5</sup> so sind heute weniger als 1 Prozent der weltweit gefertigten Sonnenkraftwerke „made in Germany“.<sup>6</sup> An Standorten wie Frankfurt/Oder oder Bitterfeld/Thalheim, wo früher 5.000 Menschen in den Photovoltaik-Schmieden arbeiteten, sind heute keine 200 Jobs mehr übrig.<sup>7</sup>

Absurderweise begründete die FDP ihre Politik damals mit „mehr Marktwirtschaft“. Sie erfand den „Solardeckel“: Künftig sollte der Staat bestimmen, dass nie mehr als 2.500 Megawatt (MW) solare Leistung pro Jahr neu aufgestellt werden. Zweitens führte FDP-Chef und Wirtschaftsminister Philipp Rösler die „Ausschreibung“ und damit die „Marktprämie“ ein: Wer beispielsweise einen Windpark bauen will, muss vorher kalkulieren, zu welchem Preis er Strom produzieren kann, und dafür „bieten“. Der günstigste Anbieter erhält dann den Zuschlag.

## Methoden wie einst in der DDR

Was jetzt folgte, hätte Gerhard Schürer mit seiner Staatlichen Plankommission in der DDR nicht besser hinbekommen: Im Auftrag der Regierung entwickelte die Bundesnetzagentur einen Plan zum Ausbau der Erneuerbaren und schreibt Kapazitäten für Wind- oder größere Solarparks aus, die ans Netz gebracht werden sollen – im Februar 2020 Windräder mit 900 MW Leistung, im März mit 300 MW, im Juni mit 825 MW.<sup>8</sup>

4 Internationales Wirtschaftsforum Regenerative Energien: Solarmarkt Deutschland bricht 2013 ein, IWR.de, 10.01.2014, unter: <https://www.iwr.de/news/solarmarkt-deutschland-bricht-2013-ein-news25364>.

5 Thiemo Heeg: Die deutsche Solarproduktion verliert an Boden, faz.de, 07.04.2010, unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/branche-im-wandel-die-deutsche-solarproduktion-verliert-an-boden-1613286.html>. Vgl. Nick Reimer: Neue Hoffnung für die deutsche Solarbranche, heise.de, 29.04.2021, unter: <https://www.heise.de/tp/features/Neue-Hoffnung-fuer-die-deutsche-Solarbranche-6031261.html>.

6 Ebd.

7 Eigene Recherche.

8 Bundesnetzagentur: Ausschreibungen für EE- und KWK-Anlagen, bundesnetzagentur.de, unter: [https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen\\_Institutionen/Ausschreibungen/Wind\\_Onshore/BeendeteAusschreibungen/BeendeteAusschreibungen\\_node.html](https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Ausschreibungen/Wind_Onshore/BeendeteAusschreibungen/BeendeteAusschreibungen_node.html).

Allerdings gab es praktisch nie genügend Angebote. So kamen im Februar 2020 lediglich 527 MW zusammen, im März 193 MW, im Juni 467 MW. Die Bundesnetzagentur muss, wie einst die Staatliche Plankommission der DDR, eingestehen, dass das Plansoll nicht zu erreichen ist.

Entsprechend marode ist heute die Branche der Erneuerbaren, nach der Solarwirtschaft geht es gerade der Windbranche an den Kragen. Branchenprimus Enercon musste gerade mit einer halben Milliarde Euro aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds der Bundesregierung gerettet werden, Konkurrent Vestas schloss sein Rotorblattwerk, ebenso Nordex. Es fehlt an Aufträgen, weil die Nachfrage fehlt: „Kleine Akteure werden durch die Ausschreibepaxis benachteiligt“, erklärt Volker Quaschnig, Professor für Regenerative Energiesysteme. Allein die Planung eines Windparks könne schnell einen sechsstelligen Betrag verschlingen. „Den kann weder ein Stadtwerk noch eine Bürgerenergiegenossenschaft als Vorschuss aufbringen“, urteilt er.<sup>9</sup> Zudem sei durch die Ausschreibung nicht garantiert, dass der geplante Windpark dann auch wirklich gebaut wird und sich so refinanziert. Quaschnig: „Damit wurden wichtige Treiber der Energiewende ausgeschlossen.“

Zudem konterkariert das Ausschreibeverfahren die Marktwirtschaft. „Die Preise in den letzten Ausschreibungsrunden waren so gering, dass sich etliche Projektierer trocken gehalten haben“, sagt Volker Will, Fachbereichsleiter Bürgerbeteiligung bei der Deutschen Kreditbank AG.<sup>10</sup> Bedeutet: Trotz eines fertigen Projekts gaben Projektierer kein Angebot ab, sondern spekulierten darauf, dass die Preise in den nächsten Runden wieder steigen. Die Bank finanzierte Kredite für Windkraftprojekte in Milliardenhöhe; auch Will bezeichnet die Ausschreibepaxis für kleine Bürgerenergiegenossenschaften oder Stadtwerke als „zu risikobehaftet“. Auch dadurch bleiben wichtige Akteure der Energiewende ausgeschlossen.

## Immer neue, immer mehr Klimaziele

Die Folgen dieser Politik sind in der deutschen Klimabilanz ablesbar: 2021 lagen die Treibhausgasemissionen 38,7 Prozent unter dem Niveau von 1990. Somit wurde wieder ein Klimaziel – minus 40 Prozent bis 2020 – deutlich gerissen. Und wieder reagierte die Politik und gelobte Besserung – diesmal mit gleich drei neuen Zielen: Die deutschen Emissionen sollten erstens bis zum Jahr 2030 „um mindestens 65 Prozent“ unter dem Niveau von 1990 liegen. Zweitens verpflichtete sich Deutschland, im internationalen Klimaschutz „bis 2045 [zur] Erreichung von Netto-Treibhausgasneutralität“, wie es im Amtsdeutsch heißt. Nach 2050 sollen dann negative Treibhausgasemissionen erzielt werden. Und drittens soll der deutsche Strombedarf bis zum Jahr 2030 zu 80 Prozent aus erneuerbaren Energien gewonnen werden.<sup>11</sup> Was jetzt folgt, lässt sich seit mehr als 30 Jahren studieren: Der ambitionierten Ankündigungspolitik folgt nicht annähernd das, was das Land dem Ziel auch näherbringen

9 Das Zitat stammt aus einem persönlichen Interview mit Volker Quaschnig.

10 Das Zitat stammt aus einem persönlichen Interview mit Volker Will.

11 Die Bundesregierung: Mehr Energie aus erneuerbaren Quellen, bundesregierung.de, eingesehen am 11.11.2022, unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/energiewende-beschleunigen-2040310>.



kann. Keine Spur von einer Agrar- oder Verkehrswende: Der Verkehr sorgt heute für mehr Treibhausgasemissionen als 1990. Nepal, Afghanistan, Somalia, Burundi oder Nordkorea – weltweit gibt es elf Staaten ohne Tempolimit; zehn, weil es dort keine Straßen gibt, die hohe Geschwindigkeiten erlauben – und Deutschland. Würde bei uns Tempo 100 gelten, würden die Deutschen nach Berechnungen des Umweltbundesamts jährlich 5,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente einsparen.<sup>12</sup> Das ist mehr, als die 11,5 Millionen Einwohner\*innen Burundis in ihrem gesamten Leben verursachen. Noch nicht einmal die *low hanging fruits* werden von SPD, Bündnisgrünen und FDP angegangen: Bleifuß auf der Autobahn und Klimaschutz, das geht eben nicht gemeinsam. Elektroautos von Tesla und Co. sind nichts anderes als alte Mobilität mit neuem Antrieb. Und solange sie mit dem Strom aus der Steckdose betankt werden, sind sie ebenso klimaschädlich wie ein normaler Verbrenner.

Womit sich der Verdacht aufdrängt, dass Klimaschutz so, wie er seit 30 Jahren hierzulande praktiziert wird, gar nicht funktionieren kann. Schmierstoff unseres schönen Lebens ist fossile Energie, weshalb Deutschland zwar einerseits Klimaschutz propagiert, andererseits aber jetzt eiligst schwimmende Häfen für Flüssigerdgas aufbaut, um trotz des Krieges in der Ukraine auch im nächsten Winter bitterschön 22 Grad Raumtemperatur genießen zu können. Antrieb des Kapitalismus sind Kohle, Erdöl und Erdgas, die Gewinne von RWE, Shell oder BP sprudeln nach der coronabedingten Pause der Weltwirtschaft gerade auf neue Rekordmarken. Dabei verursachte das Verbrennen der Fossilen das Problem des anthropogenen Treibhauseffekts doch erst. Kann Klimaschutz im Kapitalismus überhaupt funktionieren?

In den internationalen Klimaverhandlungen gilt Deutschland immer noch als Vorreiter. Die vielen im Land aufgestellten Windräder und Solardächer täuschen aber darüber hinweg, dass die Bundesregierung wegen gerissener Klimaziele zuletzt einige Strafzahlungen leisten musste, etwa im Bausektor oder in der Landwirtschaft. Zu den Weltklimakonferenzen der UNO brachten die deutschen Umweltministerinnen oder Entwicklungsminister gern mal 50 oder 60 Millionen US-Dollar oder noch ein bisschen mehr für den globalen Süden mit und ließen sich dafür feiern – obwohl die Summen lächerlich gering sind beispielsweise im Vergleich zum Budget der Berliner Stadtreinigung BSR.

Tatsächlich weigert sich die Bundesregierung seit Jahren, einen „fairen“ Anteil jener Summe zu zahlen, die den globalen Süden – etwa über den Green Climate Fund – in die Lage versetzen könnte, sich an ein Problem anzupassen, das vom Norden verursacht wurde: steigende Meeresspiegel, zunehmende Dürren, heftigere Extremwetter. Sabine Minninger von Brot für die Welt sagt: „Angesichts der deutschen Klimaschuld und unseres Reichtums wären 8 Milliarden [Euro] angemessen.“<sup>13</sup> Die Bundesrepublik zahlt gerade einmal die Hälfte davon.<sup>14</sup> Zwar hatte schon Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zugesagt, den deutschen

12 Vgl. Umweltbundesamt: Tempolimit auf Autobahnen mindert CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich, umweltbundesamt.de, Nr. 9/2020, eingesehen am 11.11.2020, unter: <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/tempolimit-auf-autobahnen-mindert-co2-emissionen>.

13 Nick Reimer: „Zu wenig,“ taz.de, 03.11.2022, eingesehen am 11.11.2022, unter: <https://taz.de/Weltweite-Klimaschutzbemuehungen/!5889123/>.

14 Heinrich-Böll-Stiftung: Einführung in die Klimafinanzierung, eingesehen am 11.11.2022, unter: <https://www.deutschemklimafinanzierung.de/einfuehrung-klimafinanzierung-aus-deutschland/>.

Beitrag für die internationale Klimafinanzierung bis 2025 von 4 auf 6 Milliarden Euro aufzustocken. Die Ampel hatte dies zu Beginn ihrer Regierungszeit ebenfalls bekräftigt. Im aktuellen Haushaltsgesetz für das Jahr 2023 sind aber lediglich 4,17 Milliarden Euro vorgesehen und in der mittelfristigen Haushaltsplanung ist keine Aufstockung geplant.

## Ein tschechischer Milliardär macht in Deutschland „in Kohle“

Aber das fehlende Geld ist nur die eine Seite des internationalen Versagens. Die andere Seite ist der deutsche Kohleausstieg, der im westdeutschen Kohlerevier erst im Jahr 2030 kommen soll<sup>15</sup> – was die aktuelle Regierung feiert. Denn ursprünglich hatte sich die Vorgängerregierung mit ihrer Kohlekommission bis 2038 Zeit für die Dekarbonisierung gegeben,<sup>16</sup> in den ostdeutschen Kohlerevieren gilt das Datum immer noch.

Mal abgesehen von der Frage, wie die Bundesrepublik ihr neues Klimaziel mit laufenden Kohlekraftwerken erreichen will: Wieso soll Indien aus der Kohle aussteigen, wenn Deutschland an ihr festhält? Wieso soll Chile auf ein neues Kohlekraftwerk verzichten, wenn in Datteln, Nordrhein-Westfalen, 2020 gerade ein neues Kohlekraftwerk ans Netz gegangen ist?<sup>17</sup> Warum sollte China auf den Schmierstoff des Kapitalismus verzichten, wenn Deutschland seinen Wohlstand immer weiter mit der Kohle befeuert?

Wobei „Deutschland“ dabei manchmal auch „Tschechien“ ist: Gerade ging wegen der Gasknappheit das eigentlich bereits stillgelegte Kohlekraftwerk Mehrum bei Hannover wieder ans Netz.<sup>18</sup> Besitzer ist der tschechische Energiekonzern Energetický a průmyslový Holding (EPH), das Firmengeflecht hinter EPH ist auf Zypern und in Luxemburg zu Hause. Dahinter steht der Prager Milliardär Daniel Křetínský, dessen Vermögen auf 8 Milliarden Euro geschätzt wird. Křetínský ist auch Eigentümer des Fußballclubs Sparta Prag, sein Name tauchte im undurchsichtigen Firmengeflecht der Panama Papers auf. 2016 war er ganz groß in die deutsche Braunkohlenwirtschaft eingestiegen, die EPH ist über diverse Tochtergesellschaften heute Deutschlands zweitgrößter Kohleverstromer. Um einen Streik in Tschechiens Braunkohlerevier zu schwächen, ließ Křetínský auch schon mal 2 Millionen Tonnen Braunkohle aus dem Mitteldeutschen Revier bei Leipzig nach Nordböhmen transportieren.<sup>19</sup>

15 Susanne Schwarz: Bundeskabinett zum Kohleausstieg. Der neue Deal mit RWE, taz.de, 02.11.2022, unter: <https://taz.de/Bundeskabinett-zum-Kohleausstieg/!5888960/>.

16 Malte Kreutzfeld: Ausstiegsplan nimmt letzte Hürde: Wut über das Kohlevotum, taz.de, 03.07.2020, unter: <https://taz.de/Ausstiegsplan-nimmt-letzte-Huerde/!5693720/>.

17 Proteste vor kommerziellem Start von Steinkohlekraftwerk, Zeit Online, dpa, AFP, Julia Junge-hülsing, 30.05.2020, unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-05/kohleausstieg-datteln-4-energiewende-proteste-inbetriebnahme>.

18 Tobias Knaack: Gaskrise: Steinkohle-Kraftwerk Mehrum kehrt aus der Reserve zurück an den Markt, heise.de, 01.08.2022, unter: <https://www.heise.de/news/Gaskrise-Kraftwerk-Mehrum-kehrt-aus-der-Reserve-zurueck-an-den-Markt-7194834.html>.

19 Nick Reimer: Die Heuschrecke nistet im Tagebau, freitag.de, Ausgabe 17/2017, unter: <https://www.freitag.de/autoren/nick-reimer/die-heuschrecke-nistet-im-tagebau>.

Křetínský nutzt jenes Geschäftsmodell, aus dem der schwedische Staatskonzern Vattenfall 2016 ausgestiegen war: „Fossilfrei innerhalb einer Generation“ ist seitdem der Vattenfall-Claim, die Schweden überwiesen der EPH sogar noch 1,7 Milliarden Euro, damit sich die Tschechen um die Folgen der Tagebaulandschaften kümmern. Natürlich kann man das Křetínský und seinen Managern nicht zum Vorwurf machen, sie nutzen einfach nur, was ihnen der Markt an Profitchancen bietet. Dass die Gewinne in tschechischen (und slowakischen) Taschen landen, während sich in Deutschland die Abraumhauer in die Heimat fräsen und die Klimaziele dadurch obsolet werden, wird nicht so gern thematisiert – zu schnell landet man wieder bei der Systemfrage: Ist wirksamer Klimaschutz im Kapitalismus überhaupt möglich?

## **Klimaaktivist\*innen werden als „Linksextremist\*innen“ diskreditiert**

Die Reduzierung von Treibhausgasen ist notwendiger denn je. Wie die Zahlen der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) zeigen, ist die Nutzung fossiler Energien 2020 zwar coronabedingt zurückgegangen, aber die Konzentration von Kohlendioxid in der Atmosphäre ist weiter angestiegen. WMO-Expert\*innen schreiben das dem Amazonas-Regenwald zu: Bisher half der uns beim Klimaschutz, indem er Kohlendioxid aus der Luft filterte und in Holz umbaute. Jetzt aber scheint der Punkt erreicht, wo das Regenwald-System kippt: Statt zu speichern, geben kranke Bäume zunehmend Treibhausgas in die Atmosphäre ab, ohne dass der Mensch etwas dagegen unternehmen kann. Auch die brennenden Wälder in Sibirien oder Kanada geben mittlerweile mehr Treibhausgas frei, als sie bislang „wegspeicherten“. Wir müssten jetzt also doppelt so schnell beim Klimaschutz werden, weil wir die neuen Regenwald-Emissionen kompensieren müssen.

Dass die Lage verzweifelt ist, kann man an den Aktionen der Gruppe Letzte Generation in deutschen Städten ablesen: Hundertfach kleben sich Aktivist\*innen von Hamburg bis Stuttgart auf den Straßen fest – mitten im Berufsverkehr. Allein in Berlin wurden 310 Männer und Frauen in Gewahrsam genommen und 67 Strafverfahren eingeleitet. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums erklärte: „Linksextremisten aus verschiedenen Teilen der Szene versuchen, demokratische Diskurse zu verschieben, sie um ihre eigenen ideologischen Positionen zu ergänzen, gesellschaftlichen Protest zu radikalieren und den Staat und seine Institutionen zu delegitimieren.“<sup>20</sup> Einfacher formuliert: Sie stellen die Systemfrage.

20 ZDF: CDU-Plan für Klimaaktivisten: Czaja will Blockierer präventiv einsperren, zdf.de, 23.07.2022, unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/czaja-klimaaktivisten-praeventiv-gewahrsam-100.html>



# **Tschechien, das Fossil: self-fulfilling prophecy der Alternativlosigkeit**

Romana Jungwirth Březovská

**Kocourkov, der berühmte Schauplatz humoristischer Geschichten, oder vielleicht Josef Čapeks Rezept für die katastrophale Torte, präsentiert von Hündchen und Kätzchen, oder auch die bizarre Ausweglosigkeit einer Erzählung von Franz Kafka – es gibt in der tschechischen Literatur viele Metaphern für die tschechische Klimapolitik. Was sie verbindet, ist eine unlogische Abfolge komplizierter Schritte, die zusammengenommen die Tschechische Republik, ein Land in der Mitte Europas, zu einer Insel des Unverständnisses macht, oder besser: zu einer Insel der Unverstandenen.**

Unlängst wurde frohlockend kundgetan, dass laut Meinungsumfragen 2021 auch in Tschechien mehr als 93 Prozent der Bevölkerung aussagten, dass der Klimawandel tatsächlich stattfindet, und dass 85 Prozent der Bevölkerung der Ansicht seien, dass dieser Wandel menschengemacht sei. Die tschechische Gesellschaft ist also optimistischeren Interpretationen zufolge „nicht vom Klima gespalten“, und die eindeutige Mehrheit der Bevölkerung leugnet nicht die Fakten, die Wissenschaftler\*innen seit mindestens 30 Jahren, seit der Gründung des Weltklimarats der Vereinten Nationen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC), vorlegen.

Andere Meinungsumfragen förderten jedoch auch Unangenehmeres zutage. Will man Antworten finden auf die Frage, warum die tschechische Klimapolitik schon seit langer Zeit unambitioniert und unzureichend ist, sollte man sich einen

interessanten Widerspruch genauer ansehen: Obwohl etwa 86 Prozent der Befragten die Meinung vertreten, dass der Klimawandel große bis dramatische Folgen für die Welt haben wird, bekennen sich weniger als 40 Prozent dazu, dass sich auch ihr eigenes Leben verändern wird. Der Klimawandel betrifft der öffentlichen Meinung zufolge zunächst einmal „die Welt“, dann „die europäischen Länder“ und erst zum Schluss „die Tschechische Republik“ oder „die Region oder Gemeinde, in der der Einzelne wohnt“.<sup>1</sup>

Dieses Bild der eigenen Unantastbarkeit gepaart mit der Unfähigkeit, Zusammenhänge herzustellen zwischen dem globalen Phänomen und der umfassend kommentierten Trockenheit im eigenen Vorgarten, könnte nun langsam im Schatten einer weiteren Krise verschwinden – der Energiekrise. Eine logische Erklärung wäre, dass die Energiekrise einen viel leichter vorstellbaren Effekt auf das alltägliche Leben hat und dass Themen wie steigende Energiepreise, Energiearmut und der sehr nahe Konflikt in der Ukraine tagtäglich im Fernsehen und in den Zeitungen sind – anders als die Probleme, die mit dem Klimawandel einhergehen. Waren also die Gefahren des Klimawandels einmal drauf und dran, zu einem gesellschaftlich diskutierten Thema zu werden, so ist die Debatte aktuell eher auf die „brennendere“ Frage der Energiesicherheit fokussiert. Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Energie wird in der tschechischen Realität verdrängt, die Verbundenheit der Themen ist vielleicht zu kompliziert und scheinbar zu technisch, an anderer Stelle wiederum zu politisch. Zudem ist eine allgemeine Müdigkeit angesichts der aufeinander folgenden oder parallelen Krisen zu beobachten – Pandemie, Energiekrise, Sicherheitskrise, Lebensmittelkrise und Inflation. Die Sehnsucht nach der Rückkehr zu mythischer Normalität liegt in der Luft, zum geruhsamen Status quo, in dem man etablierte und bewährte Normalitäten vor Augen hat.

Es ist offen, ob ein anderes Framing der Bewältigung des Klimawandels letztendlich eher schaden oder nutzen wird. Deutlich ist aber, dass die Konzentration auf Ziele wie „ein energiepolitisch souveräner Staat werden“ oder „den Menschen und Firmen helfen, damit sie den Preisschock verkraften“,<sup>2</sup> für die politischen Repräsentant\*innen zumindest scheinbar besser zu bewältigen ist als eine grundlegende Neubewertung der politischen Konzepte und Strategien, die für eine Transformation in eine klimaneutrale Wirtschaft erforderlich wären.

## Die Krise als Chance, aber eher für die anderen

Das Narrativ von der Krise als Chance ist im tschechischen Kontext quasi losgelöst von der Realität und mutet wie das Rauschen einer hängengebliebenen Schallplatte an. Eine Krise nützt nämlich denen, die gut vorbereitet sind, und in Sachen Klimaschutz liegt Tschechien in einem bereits dreißig Jahre währenden Tiefschlaf. Interessanterweise ist die Art, wie die Menschen die COVID-19-Pandemie sehen,

1 Český rozhlas: Jsme rozdělení klimatem? Na problému se shodujeme, ale pořád je to pro nás abstraktní, říká spoluautor výzkumu Buchtík, eingesehen am 31.05.2022, unter: <https://plus.rozhlas.cz/jsme-rozdeleni-klimatem-na-problemu-se-shodujeme-ale-porad-je-pro-nas-abstraktni-8488884>.

2 Česká televize: Nenecháme vás padnout, slíbil Fiala v projevu, eingesehen am 22.06.2022, unter: <https://ct24.ceskatelevize.cz/domaci/3510400-premier-fiala-pronese-vecer-projev-k-narodumluvit-bude-o-politicke-a-ekonomicke>.

auf die Wahrnehmung der Klimakrise übertragbar. Aus Erhebungen des Zentrums für empirische Studien (STEM) zur Wahrnehmung der Pandemie in der Öffentlichkeit geht zum Beispiel hervor, dass man „in der Krise vor allem versucht, nicht zu viel zu verlieren, und eher nicht die großartige Chance darin sieht“.<sup>3</sup>

Was die Klimakrise betrifft, wurden die Treibhausgasemissionen zwar durch strukturelle Eingriffe verringert, insbesondere nach der Abkehr von der sozialistischen Schwerindustrie, doch seitdem sind keine besonders effektiven Maßnahmen oder politischen Programme mehr angestoßen worden. Der Bewertung der OECD zufolge sind Tschechiens Aktivitäten im Vergleich zu den anderen OECD-Staaten im postpandemischen Erholungsprozess unterdurchschnittlich, gerade bezüglich „grüner“ Politik und „Resilienz“ – die anzeigt, wie gut eine Gesellschaft für zukünftige Herausforderungen gewappnet ist.<sup>4</sup> Die aktuelle Debatte zum Paket „Fit for 55“ wird dagegen von den meisten politischen Parteien als Gelegenheit kommuniziert, die (guten alten) Verbrennungsmotoren auch noch über das Jahr 2035 hinaus zu retten, oder als Möglichkeit, tschechische Kraftwerke billiger produzieren zu lassen (oder günstiger als in anderen EU-Staaten) – und nicht als Chance, verantwortungsbewusst den eigenen Weg hin zur Klimaneutralität zu finden.<sup>5</sup>

Die gegenwärtige Debatte spiegelt zweierlei wider: Erstens wird immer deutlicher, dass der Klimawandel für die tschechischen Politiker\*innen und die Öffentlichkeit zu kompliziert, zu bedrohlich und zu unsetzt ist, vor allem vor dem Hintergrund der scheinbar akutereren, greifbareren und unvorhergesehenen Schocks – der Pandemie, des Krieges, der Inflation und der Deglobalisierungsängste. Für ein Land mit dem Status des „moderaten Innovators“<sup>6</sup> und einer Wirtschaft, die immer noch weitgehend auf „Montagewerke“ aufgebaut ist, zeigen sich diese Schocks in Form von unterbrochenen Lieferketten und einer allgemeinen Desillusionierung angesichts der unerfüllten Versprechen einer global linearen wirtschaftlichen Entwicklung, in der ein guter Zustand der Umwelt angeblich ein Nebeneffekt ist. Die Klimathematik – ein schleicher Wandel ohne eindeutig Schuldige in einem verworrenen Geflecht von Ursachen und Wirkungen, das ungeschriebenen Gesetzen folgt – bleibt außen vor. Es gibt nicht genügend Führungspersönlichkeiten, die es schaffen, die verknoteten Zusammenhänge intelligent aufzudröseln. Oder wenigstens versuchen, Lösungen zu entwerfen und diejenigen zu unterstützen, die auf ein gutes Leben innerhalb dessen, was unser Planet leisten kann, hinarbeiten.

3 Český rozhlas Plus: Sociolog Martin Buchtík: Vize pro občany. Proč je krize pro občany spíše než příležitost snaha hodně neztratit?, eingesehen am 25.06.2022, unter: [https://plus.rozhlas.cz/sociolog-martin-buchtik-vize-pro-obcany-proc-je-krize-spis-nej-prilezitost-snaha-8425658?fbclid=IwAR3VC-5BD-s\\_WUFI\\_H8WUj\\_CrNjFz7q8DTJYlw5MZ7\\_qf90OczUMUHGP\\_k0](https://plus.rozhlas.cz/sociolog-martin-buchtik-vize-pro-obcany-proc-je-krize-spis-nej-prilezitost-snaha-8425658?fbclid=IwAR3VC-5BD-s_WUFI_H8WUj_CrNjFz7q8DTJYlw5MZ7_qf90OczUMUHGP_k0).

4 Aufschlussreich sind zum Beispiel die sehr niedrigen Werte bei den untersuchten Indikatoren „Vertrauen in die Regierung“ und „Entwicklung erneuerbarer Energien“, vgl. OECD: OECD Covid-19 Recovery Dashboard, eingesehen am 03.07.2022, unter: <https://www.oecd.org/coronavirus/en/recovery-dashboard?country=CZE>.

5 Pavel Bělobrádek: Dobrých zpráv není nikdy fost, Twitter, 02.07.2022, unter: <https://twitter.com/search?q=belobradek>.

6 Auf der EU-Rangliste zur Bewertung der Innovationsfähigkeit befand sich Tschechien 2021 auf dem 17. Platz. Vgl. Evropská komise: Evropský srovnávací přehled inovací, eingesehen am 31.05.2022, unter: [https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/statistics/performance-indicators/european-innovation-scoreboard\\_cs](https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/statistics/performance-indicators/european-innovation-scoreboard_cs).

Zweitens agiert die Tschechische Republik gerade in einer Zeit, in der es wichtig wäre, auf eine gute Vorarbeit aus Friedenszeiten aufzubauen, einen Dialog zu führen und sich für ein klares Konzept zu entscheiden, eher ungeschickt. Trotz der breiten Unterstützung für die Ukraine fordert sie eine Ausnahme beim Embargo russischer fossiler Brennstoffe und sucht gleichzeitig nach zusätzlichen Quellen für Gas und Öl. Während der EU-Ratspräsidentschaft rief sie nach schnellen Schritten und einem einheitlichen Auftreten auf dem globalen Energiemarkt, einschließlich einer fairen Verteilung von Flüssiggas innerhalb der EU. Der Beitrag Tschechiens zur Klimastabilität und zu nachhaltiger Energie ist jedoch notorisch minimal, sei es im Bereich der erneuerbaren Energiequellen, der Energieeffizienz, der notwendigen Gesetzgebung oder der Förderung einer entsprechenden Wissenschaft und Forschung.

## Schlechte Zeiten für Krisen

Die derzeitige Klimakrise trifft in Tschechien auf eine Kultur des Privatismus. Der Soziologe Pavel Pospěch beschreibt in seinem Buch *Neznámá společnost* (dt. *Die unbekannte Gesellschaft*)<sup>7</sup> den Privatismus als einen „Rückzug in die Privatsphäre“. Er schreibt: „Wir werden zu Privatisten, wenn sich unsere Anstrengungen und Werte auf die Entwicklung und Erfüllung von Zielen im Bereich des Privateigentums richten.“ Ein Anzeichen für Privatismus sei etwa der Rückzug in den „von Wänden oder Hecken abgegrenzten Raum unserer Wohnstätten“, und im Kontext des Klimawandels ein alarmierender „Rückzug aus der öffentlichen Sphäre und ein Desinteresse an gesellschaftlichen Problemen“. Beispiele für Privatismus finden sich in Tschechien laut Pospěch vielerorts – die notorisch niedrige Wahlbeteiligung, die Tatsache, dass nur für 26 Prozent der Bevölkerung die Politik ein mindestens teilweise „wichtiger Teil des Lebens“ ist (Erhebung von 2017),<sup>8</sup> der weit verbreitete Traum vom eigenen Swimmingpool oder Wochenendhäuschen. Zwar ist dieser Wunsch auch in westlichen Gesellschaften omnipräsent, jedoch lässt sich der Privatismus im postsozialistischen Europa mit der Anthropologin Sonia Hirt als ein „westlicher Privatismus auf Steroiden“ bezeichnen.<sup>9</sup>

Das Erbe des Sozialismus ist ein großes Hindernis für die Bewältigung der Klima- und Energiekrise und anderer Probleme, die zwangsläufig politisch sind. Damals galt für uns: „Alles Öffentlich-Politische ist verdächtig.“<sup>10</sup> Die Unfähigkeit Tschechiens, eine ambitionierte Dekarbonisierungspolitik zu entwerfen und auf ihre Implementierung zu pochen, zeigt sich gerade heute, da andere EU-Staaten das Ziel verkünden, klimaneutral zu werden oder sogar CO<sub>2</sub>-negativ,<sup>11</sup> und erneuerbare Energiequellen

7 Pavel Pospěch: Privatismus, in: *Neznámá společnost*. Brno: Host, 2021, S. 12–25.

8 European Values Study, 2017, <https://europeanvaluesstudy.eu/>, in: Pospěch: *Neznámá společnost*. S. 23.

9 Zit. n. ebd., S. 16.

10 Ebd.

11 Climate Home News: Finland sets world's most ambitious climate target in law, 31.05.2022, unter: [https://www.climatechangenews.com/2022/05/31/finland-sets-worlds-most-ambitious-climate-target-in-law/?utm\\_campaign=Daily%20Briefing&utm\\_content=20220601&utm\\_medium=email&utm\\_source=Revue%20newsletter](https://www.climatechangenews.com/2022/05/31/finland-sets-worlds-most-ambitious-climate-target-in-law/?utm_campaign=Daily%20Briefing&utm_content=20220601&utm_medium=email&utm_source=Revue%20newsletter).



einen immer größeren Anteil an der Produktion von Elektrizität haben. Dies betrifft auch Staaten wie Polen, das ähnlich wie Tschechien stark von Kohle(nstoff) abhängig ist. Auch die geschaffenen Anreize zu energiesparendem Handeln sind rar, und bei diesen wenigen ist die Wirksamkeit umstritten. Was fehlt, sind Anreize zu Maßnahmen, die tatsächlich Auswirkungen hätten. Ein Beispiel wären Anreize in Form günstiger Fahrkarten (wie in Deutschland). Voraussetzung wäre allerdings eine Verbesserung der tschechischen Bahninfrastruktur und die Aussicht auf ein Ende der massiven Verspätungen. Des Weiteren wäre es wichtig, sich mit Deutschland über Best Practices auszutauschen, etwa über eine sozial gerechte Transformation oder die Entwicklung der Agri-Photovoltaik.

Die Konzeptlosigkeit der tschechischen Klimapolitik spricht hier für sich. Obwohl es für die Abkehr von der Braunkohle einen Termin gibt (das Jahr 2033), wurde Klimaneutralität nicht als Ziel formuliert. Es gibt kein Klimagesetz, keinen Pfad zur Dekarbonisierung, und es wurde etwa auch kein unabhängiges wissenschaftliches Organ eingesetzt, das über die Einhaltung der Vorhaben wacht. Schlüsseldokumente wie das Strategiepapier *Die Politik des Klimaschutzes in der Tschechischen Republik* oder *Das staatliche Energiekonzept* harren ihrer Aktualisierung. Laut einer Glosse des EU-Abgeordneten Luděk Niedermayer sei das aktuelle Konzept für 2015–2040 das Papier nicht wert, auf dem es steht.<sup>12</sup>

## Debatten mit wenig Einfluss?

Die gesellschaftliche Diskussion über die Klimakrise ist zum Glück vielseitiger als die Schritte der tschechischen Politik. An entsprechenden Debatten beteiligen sich, wenn auch begrenzt, Vertreter\*innen von NGOs, aus dem privaten Sektor, aus der Wissenschaft und der Stadtpolitik. Diese sind zwar als Stakeholder wichtig, dennoch fehlt die übergeordnete politische Vision, um tatsächliche Weichenstellungen zu erreichen, die nicht nur reaktiven Charakter haben.

Hervorgehoben werden sollte das neue Zentrum für Klimarecht und Nachhaltigkeitstudien (Centrum pro klimatické právo a udržitelnost) an der tschechischen Akademie der Wissenschaften, das die Klimapolitiken im nationalen, europäischen und globalen Rahmen verortet und einem interessierten Publikum die komplexen Zusammenhänge der für Tschechien relevanten Rechte und Pflichten nahebringt. Hilfreich ist auch das Projekt *Fakten zum Klima* (Fakta o klimatu), im Rahmen dessen wissenschaftliche Daten in verständliche Informationsgrafiken übersetzt werden.

Einen direkten Vorstoß unternahm die Gruppe *Klimaklage*. Sie verklagte den Staat auf Untätigkeit im Bereich Klimaschutz. Das Bezirksgericht in Prag gab ihr in einem richtungsweisenden Urteil Recht. Die Regierung ging jedoch in Berufung und der Oberste Gerichtshof erkannte an, dass das gerichtliche Eingreifen voreilig sei. Das Bezirksgericht habe seine Feststellung von der Verletzung der Rechte des Klägers in Bezug auf den Klimaschutz nicht ausreichend begründet, der Fall müsse darum erneut geprüft werden.

12 Luděk Niedermayer: Budoucnost české a evropské energetiky, unter: <https://www.niedermayer.cz/budoucnost-ceske-a-evropske-energetiky>.

Die Verhandlung ist noch nicht abgeschlossen und es bleibt die Frage, ob das Gericht durch einen gemäßigten Fortschritt in den Schranken des Gesetzes<sup>13</sup> die Verantwortlichen zumindest teilweise zwingen kann, zu reagieren. Es käme auf eine Bestätigung an, dass Menschen, die sich zusammenschließen und organisieren, gegenüber den trägen Mühlen der Institutionen auch einmal Erfolg haben können. Die Gerichte anzurufen, wenn existenzielle Gefahren nicht beachtet werden, ist keine ganz neue Idee. In Deutschland zum Beispiel wurden schon mehr als 50 Klimaklagen eingereicht.<sup>14</sup>

Auch regionale Vereine können hier eine Rolle spielen. So reichte etwa der Nachbarschaftsverein *Uhelná* eine Verfassungsbeschwerde gegen das Abkommen zwischen Tschechien und Polen über die Erweiterung des Bergwerks Turów und das damit verbundene Regierungsabkommen ein.<sup>15</sup> Initiativen wie Fridays for Future, Eltern fürs Klima oder Extinction Rebellion weisen ebenfalls auf die Untätigkeit der tschechischen Regierung hin, aber grundlegende systemische Änderungen sind nicht in Sicht.<sup>16</sup> Trotz der Bemühungen kleinerer Organisationen fehlt ein Bewusstsein zur Gender-Dimension des Problems, die hinsichtlich der Folgen der Energiekrise für die Bevölkerung schon in Umrissen erkennbar ist. Sogenannte Panels (*all male panels*) sind keine Ausnahme, und die Gleichstellungsindikatoren in Bezug auf die tschechische Klimapolitik liegen allgemein unter dem EU-Durchschnitt.<sup>17</sup>

## Die saubere Energie ist da

Es gibt auch positive Schritte. So hat Tschechien als einer der ersten EU-Staaten Gelder aus dem Modernisierungsfonds in Anspruch genommen.<sup>18</sup> Hier sollen für tschechische Antragsteller bis 2030 bis zu 21 Milliarden Euro zugänglich sein.

13 Die „Partei für gemäßigten Fortschritt in den Schranken der Gesetze“ wurde vom Journalisten, Publizisten und Schriftsteller Jaroslav Hašek 1911 gegründet. Hašek ist auch der Autor des am zweithäufigsten übersetzten Buchs der tschechischen Literatur: *Die Abenteuer des guten Soldaten Švejk im Weltkrieg*.

14 Grantham Research Institute on Climate Change and the Environment: Litigation Cases, eingesehen am 24.06.2022, unter: [https://climate-laws.org/litigation\\_cases?from\\_geography\\_page=Germany&geography%5B%5D=66](https://climate-laws.org/litigation_cases?from_geography_page=Germany&geography%5B%5D=66).

15 Nachbarschaftsverein Uhelná: Úvod., 31.05.2022, unter: <https://sousedsky-spolek-uhelna.webnode.cz>; vgl. außerdem SD EU vyhověl české žalobě: Polsko musí ihned zastavit těžbu uhlí v dole Turów, eingesehen am 31.05.2022, unter: <https://advokatnidenik.cz/2021/05/21/polsko-musi-bezodkladne-pozastavit-tezbu-hnedeho-uhli-v-dole-turow/>.

16 Wünschenswert wäre zum Beispiel ein Wandel im Bildungsbereich, in der systematischen Bildung zum Klimawandel auch in den Lehrplänen der Grund- und Sekundarschulen. Ein erster Durchbruch in diesem Bereich ist die Veröffentlichung der Arbeitsgruppe für Klimabildung des von der Regierung eingesetzten Rates für nachhaltige Entwicklung in der Tschechischen Republik mit dem Titel *Das Klima ändert sich – und wir?* von 2021. Vgl. Petr Daniš: Klima se mění – a co my? Proč a jak se učít o změně klimatu. Prag: MŽP, 2022, unter: [https://ucimoklimatu.cz/wp-content/uploads/2021/11/KLIMA-SE-MENI-A-CO-MY\\_.pdf](https://ucimoklimatu.cz/wp-content/uploads/2021/11/KLIMA-SE-MENI-A-CO-MY_.pdf).

17 Romana Březovská und Adéla Syslová: Genderová (ne)rovnost v českých klimatických politikách: propojování opatření v době zelené a společenské transformace. Prag: AMO, 2022, unter: [https://www.amo.cz/wp-content/uploads/2022/06/AMO\\_Genderova\\_nerovnost\\_v\\_ceskych\\_klimatickych\\_politikach-1.pdf](https://www.amo.cz/wp-content/uploads/2022/06/AMO_Genderova_nerovnost_v_ceskych_klimatickych_politikach-1.pdf).

18 SFŽP: Modernizační fond, eingesehen am 31.05.2022, unter: <https://www.sfzp.cz/dotace-a-pujcky/modernizacni-fond/>.

Weitere Mittel, etwa zur gerechten Transformation der Kohleregionen oder für das „grüne“ Erwachen des privaten Sektors, fließen aus dem Fonds für einen gerechten Übergang oder über den Nationalen Erneuerungsplan.

In diesem Zusammenhang kann angeführt werden, dass ein Teil des privaten Sektors die Dekarbonisierung als Chance zu kommunizieren versucht. Ausdrücke wie „das Erreichen der Klimaneutralität“ oder „CO<sub>2</sub>-Fußabdruck“ gerinnen aber im kommerziellen Bereich zu leeren Formeln und sind inzwischen ähnlich unscharf geworden wie der Begriff der „Nachhaltigkeit“. Zugleich ist deutlich, dass private Akteur\*innen bei der Berichterstattung über den Ausstoß von Treibhausgasen unter dem Druck des europäischen Trends meist noch am Anfang stehen. Paradoxerweise ist in den öffentlichen Debatten die ČEZ-Gruppe – der größte Stromerzeuger der Tschechischen Republik – einer der lautstärksten Kritiker der „zu langsamen“ Modernisierung im Energiebereich; und Škoda Auto steht der Elektromobilität positiv gegenüber.<sup>19</sup>

Es stellt sich die Frage, ob sich im Licht der steigenden Energiepreise und trotz der Starrheit des Systems und der rückständigen Gesetzgebung mit Pilotprojekten engagierter Initiativen weitere alternative Energiequellen wie die Agri-Photovoltaik entwickeln lassen. Die zunehmend technische Form der Debatte spielt auch der Diskussion um eine Weiterentwicklung der Kernenergie zugunsten der Energiesicherheit in die Hände. Für viele Politiker\*innen steht die Kernenergie als Symbol für die allgemein geforderte Stabilität.

Angesichts des großen Aufwands und der Dauer bis zur Fertigstellung neuer Kernkraftwerkblocks stellt sich jedoch die Frage, ob die Mittel mit Blick auf die aktuelle Energieknappheit nicht sinnvoller investiert werden könnten, etwa in die Weiterentwicklung billigerer und weniger importabhängiger Sonnen- und Windenergieanlagen. Laut aktueller Schätzungen könnte man allein durch die Installation von Solarpanels auf allen technisch geeigneten Dächern und Fassaden in Tschechien bis zu 27 Prozent des Energiebedarfs decken (im Jahr 2019),<sup>20</sup> das Einsparpotenzial von Windenergieanlagen liegt ebenfalls bei etwa 28 Prozent des Energiebedarfs.<sup>21</sup> Hinzugefügt sei noch, dass der Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch im Jahr 2020 bei 17,3 Prozent lag,<sup>22</sup> während er in der EU im Jahr 2019 durchschnittlich 34 Prozent betrug.<sup>23</sup>

19 Škoda Auto: Buďte blíž k zelené budoucnosti, eingesehen am 20.06.2022, unter: <https://www.skoda-auto.cz/novinky/novinky-detail/2021-11-11-skoda-auto-posunuje-z-pozice-lidra-tuzemskeho-trhu-elektromobilitu-v-cr-o-velky-krok-kupredu>.

20 Fakta o klimatu: Potenciál solární energie v ČR: Střechy a fasády, eingesehen am 31.05.2022, unter: <https://faktaoklimatu.cz/infografiky/potencial-solarni-energie-cr-strechy>.

21 Fakta o klimatu: Potenciál větrné energie v ČR, eingesehen am 31.05.2022, unter: <https://faktaoklimatu.cz/infografiky/potencial-vetrne-energie-cr>.

22 Ministerstvo průmyslu a obchodu: Vývoj podílů obnovitelné energie, eingesehen am 31.05.2022, unter: <https://www.mpo.cz/cz/energetika/statistika/obnovitelne-zdroje-energie/vyvoj-podilu-obnovitelne-energie--264684/>.

23 European Commission: The average share of electricity from renewable energy sources in the EU, eingesehen am 30.05.2022, unter: [https://ec.europa.eu/eurostat/documents/38154/4956088/The+average+share+of+electricity+from+renewable+energy+sources+in+the+EU\\_2004-2019.pdf/a338445c-2a4c-b303-aea5-5c857eb77833?t=1629797780121](https://ec.europa.eu/eurostat/documents/38154/4956088/The+average+share+of+electricity+from+renewable+energy+sources+in+the+EU_2004-2019.pdf/a338445c-2a4c-b303-aea5-5c857eb77833?t=1629797780121).

## Klimadiplomatie im Interesse der (Un-)Sicherheit

Der Klimawandel steht nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit und die tschechischen Verwaltungsorgane scheinen erst allmählich zu realisieren, welche katastrophalen Folgen die Klimakrise und die sich abzeichnende globale Dekarbonisierung haben könnten. Die tschechische Klimadiplomatie ist in dieser Hinsicht gespalten. Während sich die Tschechische Republik auf der internationalen Bühne durchaus konstruktiv gezeigt hat, spielt der Staat bei der systematischen Weiterentwicklung der internationalen Zusammenarbeit eine Nebenrolle. Aufgrund der unzureichenden finanziellen Mittel ist er direkt daran beteiligt, das Versprechen zu brechen, das die Industrieländer gegeben hatten: über den Grünen Klimafonds (Green Climate Fund, GCF) bis 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar zu mobilisieren.

Die tschechische Regierung hat bisher nur ein Mal Mittel für den GCF bereitgestellt, und zwar die nicht besonders große Menge von 110,3 Millionen Kronen,<sup>24</sup> also knapp 5 Millionen Euro (für den Zeitraum 2014–2018, umgerechnet einen halben Dollar pro Einwohner\*in<sup>25</sup>). Für den Zeitraum 2024–2027 hat Tschechien einen noch niedrigeren Betrag in Aussicht gestellt: weniger als 1 Million Euro pro Jahr.<sup>26</sup> Aktiver zeigt sich Tschechien unter anderem im Bereich der Klimasiicherheit, einerseits über die UN, andererseits über die OSZE mit dem regionalen Schwerpunkt Osteuropa, Zentralasien und Südkaukasus.<sup>27</sup> Einen deutlichen Impuls würde die Ausrichtung der Weltklimakonferenz COP29 im Jahr 2024 in Tschechien senden; darüber wird auf Regierungsebene verhandelt.

## Die Entscheidung, das Richtige zu tun

In der Vergangenheit fielen die Reaktionen der Tschech\*innen auf die Klimapolitik eher verhalten aus – trotziger, mit einem Anflug von Spott. Es wird also nicht leicht werden, Klimaneutralität zu erreichen und den kafkaesken Teufelskreis undurchsichtiger Verwaltungsprozesse zu entwirren, und das auch noch ohne den Segen politischer Repräsentant\*innen. Woran es auch immer liegt, dass sich die Desillusionierung hinsichtlich der staatlichen Verwaltung und des öffentlichen Geschehens derzeit zu normalisieren scheint – in der Hitze jedes zusätzlichen Zehntelgrades auf dem globalen Thermometer zählt jeder Schritt, der zur Herstellung eines geeigneten Klimas für die Transformation beitragen kann.

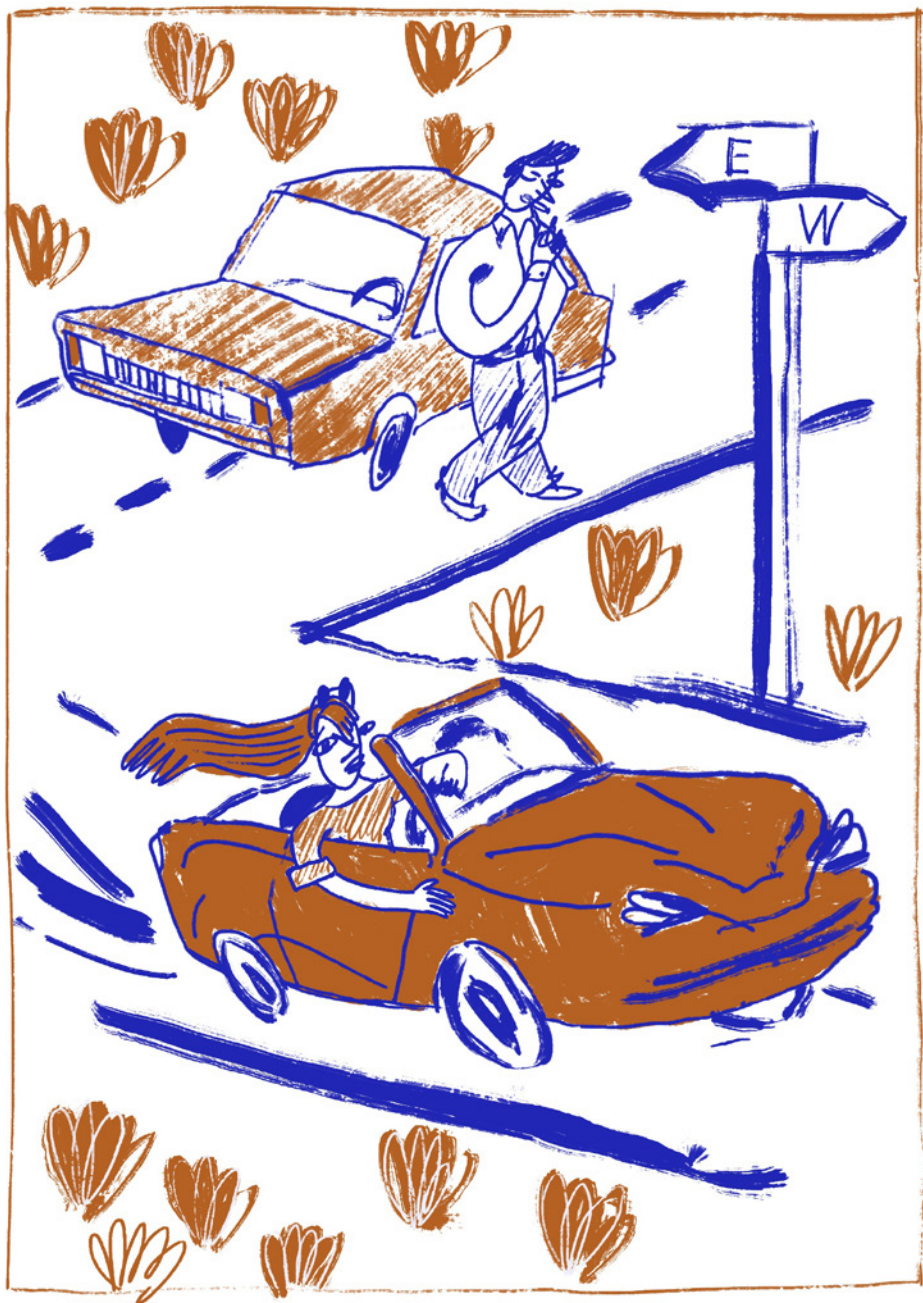
24 Green Climate Fund: Resource mobilisation – Initial Resource Mobilisation, eingesehen am 31.05.2022, unter: <https://www.greenclimate.fund/about/resource-mobilisation/irm>.

25 FORS: Financování ochrany klimatu na dopady klimatických změn v rozvojových zemích, eingesehen am 31.05.2022, unter: [http://www.fors.cz/wp-content/uploads/2019/11/Brief-klimafinance\\_final-u.pdf](http://www.fors.cz/wp-content/uploads/2019/11/Brief-klimafinance_final-u.pdf).

26 Vláda České republiky: Premiér Fiala se v Egyptě zúčastnil konference o změně klimatu COP27, eingesehen am 23.03.2023, unter: <https://www.vlada.cz/cz/media-centrum/aktualne/premier-fiala-se-v-egypte-zucastnil-konference-o-zmene-klimatu-cop27--200639/>

27 Michal Bokša und Romana Březovská: Měníci se klima, otrásající se stabilita: mezinárodní organizace v bezpečnostně-klimatickém ekosystému. Prag: AMO, 2021, unter: [https://www.amo.cz/wp-content/uploads/2021/02/AMO\\_Menici\\_se\\_klima\\_otrasajici\\_se\\_stabilita.pdf](https://www.amo.cz/wp-content/uploads/2021/02/AMO_Menici_se_klima_otrasajici_se_stabilita.pdf).





# **Deutschland und Tschechien in der EU**





# **Zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung: Deutschlands Rolle in der Europäischen Union**

Christine Pütz und Georg McCutcheon

**Ob „Hegemon“ oder „Motor“, „Zahl-“ oder „Zuchtmeister“ – Deutschlands Rolle in der EU ist geprägt von Narrativen und Stereotypen. Dabei unterscheidet sich die deutsche Selbstwahrnehmung oftmals signifikant von der Wahrnehmung der europäischen Partner. Wenn krisenbedingt das Kräftesystem in der EU ins Wanken kommt, kommen diese stereotypen Muster besonders zum Tragen. Dabei zeigt sich ein Paradoxon: Auf der einen Seite wird Deutschland oftmals Dominanz gegenüber seinen EU-Partnern unterstellt, auf der anderen Seite wird seine Führungsschwäche bemängelt.<sup>1</sup>**

<sup>1</sup> Josef Janning und Almut Möller: Die politische Mitte bauen: Deutschlands neue Rolle in Europa, European Council on Foreign Relations, Policy Brief 183, Juli 2016, S. 2, unter: [https://ecfr.eu/berlin/publication/politische\\_mitte\\_deutschland\\_fuehrungsrolle\\_eu/](https://ecfr.eu/berlin/publication/politische_mitte_deutschland_fuehrungsrolle_eu/).

Die Rolle Deutschlands wird vielerorts viel ausführlicher diskutiert als in der deutschen Öffentlichkeit. Während Deutschland häufig zum Fixpunkt oder gar zur „kollektiven Obsession“ europapolitischer Debatten wird,<sup>2</sup> löst die Wucht der Reaktionen in Deutschland wiederum oft Unverständnis aus.<sup>3</sup>

Auch das deutsch-tschechische Verhältnis ist von einer Asymmetrie geprägt.<sup>4</sup> Der deutsche Nachbar ist als wichtigster Handelspartner in Tschechien viel präsenter als umgekehrt. In einer Expert\*innen-Befragung sehen 94 Prozent Deutschland als wichtigsten Partner in der EU an,<sup>5</sup> während Tschechien in Deutschland, wo traditionell Frankreich als wichtigster Partner gilt, bei Weitem nicht die gleiche Bedeutung beigemessen wird. In einer repräsentativen Umfrage zu den deutsch-tschechischen Beziehungen aus dem Jahr 2016 bescheinigten 54 Prozent der tschechischen Befragten Deutschland „einen großen Einfluss“, während umgekehrt nur ein Prozent der Deutschen Tschechien „einen großen Einfluss“ zurechneten.<sup>6</sup> So wundert es nicht, dass Deutschland in Tschechien mehr in der Kritik steht als umgekehrt. Berlins politisches Auftreten in der EU wird oftmals mit einer Mischung aus Unmut und Frustration quittiert. Infolge der Eurokrise wurde auch in der tschechischen Öffentlichkeit der „schulmeisterliche“ Ton Berlins angeprangert, im Streit um die Aufnahme von Geflüchteten 2015 wurde in Prag gar von deutscher Nötigung gesprochen.<sup>7</sup> Die anfangs zögerliche Haltung Deutschlands zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine führte wiederum zu erheblichen Missstimmungen.

Wie aber schaut Deutschland selbst auf seine Rolle in der Europäischen Union? Wie nehmen die deutschen Bürgerinnen und Bürger das Auftreten ihres Landes in der EU wahr? Die von der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit Das Progressive Zentrum herausgegebene Langzeitstudie *Selbstverständlich Europäisch!* widmet sich dieser Fragestellung. Seit 2019 wird die deutsche Bevölkerung jährlich im Rahmen einer repräsentativen Umfrage zu ihren Erwartungen an die deutsche

2 Claire Demesmay: Kollektive Obsession. Frankreichs Deutschland-Komplex und die Zukunft der Achse Paris–Berlin, in: Internationale Politik 4, 7–8/2013, unter: [https://internationalepolitik.de/system/files/article\\_pdfs/ip\\_04\\_2013\\_demesmay.pdf](https://internationalepolitik.de/system/files/article_pdfs/ip_04_2013_demesmay.pdf).

3 Christine Pütz: Ewiger Hegemon versus politischer Zwerg. Leitmotive der Kritik an Deutschlands Rolle in Europa, in: Frankreich und Deutschland – Bilder über den Nachbarn in Zeiten der Krise, hg. von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der DGAP, 2016, S. 24–34, unter: [https://www.boell.de/sites/default/files/frankreich\\_und\\_deutschland\\_-\\_bilder\\_ueber\\_den\\_nachbarn\\_in\\_zeiten\\_der\\_krise.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/frankreich_und_deutschland_-_bilder_ueber_den_nachbarn_in_zeiten_der_krise.pdf).

4 Jana Puglierin und Ulrike Franke: The Big Engine That Might: How France and Germany Can Build a Geopolitical Europe, European Council on Foreign Relations, Policy Brief 332, Juli 2020, unter: [https://ecfr.eu/wp-content/uploads/the\\_big\\_engine\\_that\\_might\\_how\\_france\\_and\\_germany.pdf](https://ecfr.eu/wp-content/uploads/the_big_engine_that_might_how_france_and_germany.pdf).  
Stanislava Brajerčíková: Is Germany Acting as a Civilian Power in German-Czech Relations?, in: Central European Journal of Politics 5, 2/2019, S. 6, unter: [http://www.cejop.cz/wp-content/uploads/2020/01/2019\\_Vol-05\\_No-02\\_Art-01\\_Brajercikova.pdf](http://www.cejop.cz/wp-content/uploads/2020/01/2019_Vol-05_No-02_Art-01_Brajercikova.pdf).

5 Pavlína Janebová und Zsuzsanna Végh: Trends of Visegrad European Policy, Association for International Affairs (AMO), 2021, S. 15, unter: [https://trendy.amo.cz/assets/2021/paper\\_2021\\_en.pdf](https://trendy.amo.cz/assets/2021/paper_2021_en.pdf).

6 Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach und STEM: Public Attitudes in the Czech Republic and Germany Towards Czech-German Relations, 2016, unter: <https://en.stem.cz/public-attitudes-in-the-czech-republic-and-germany-towards-czech-german-relations/>.

7 Hans-Jörg Schmidt: Tschechien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 13.11.2015, unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/215186/tschechien/>.

Europapolitik befragt. Die letzte Umfrage fand im Frühjahr 2022 statt.<sup>8</sup> Sie fokussiert auf drei Dimensionen, die für die Konstruktion der Selbstwahrnehmung zentral sind: (1) die politische Rolle Deutschlands in der EU, (2) das Kosten-Nutzen-Verhältnis der deutschen EU-Mitgliedschaft und (3) die finanzpolitische Rolle Deutschlands in der EU. Die Umfragedaten reflektieren auch die vorherrschenden Narrative zu Deutschlands Rolle und zeigen die europapolitischen Prioritäten der deutschen Bürgerinnen und Bürger auf. Insofern soll der vorliegende Artikel aus deutscher Sicht einen introspektiven Beitrag leisten, indem er den Fokus auf die Selbstwahrnehmung der Deutschen legt.

## **Eine aktive und kooperative Rolle Deutschlands in der EU ist erwünscht**

Bezüglich der politischen Rolle Deutschlands in der Europäischen Union geht es zum einen um den politischen Einfluss, den Deutschland in der EU entfaltet. Mit einer proaktiven gestalterischen Rolle könnte Deutschland als größtes und wirtschaftsstärkstes Land der Motor für die Handlungsfähigkeit und Weiterentwicklung der EU sein. Diese Rolle bewegt sich weg von dem in Deutschland traditionell immer noch verbreiteten Selbstbild vom „wirtschaftlichen Riesen“ und „politischen Zwerg“, der sich stärker auf seine EU-Handelsbeziehungen konzentriert und (außen-)politisch eher zurückhaltend agiert. Die deutsche Bevölkerung sieht Deutschland lieber in einer aktiven Rolle. In der Umfrage vom März 2022 (kurz nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine) nahm sie Deutschlands Verhalten im Vergleich zu den Umfragen der letzten Jahre als weniger aktiv wahr. Nur noch knapp die Hälfte (49,6 %) und signifikant weniger Befragte als im Vorjahr schrieben Deutschland eine aktive Rolle zu. Eine große Mehrheit (72 %) dagegen wünschte sich für die Zukunft ein aktives Verhalten Deutschlands in der EU.<sup>9</sup>

Der zweite Aspekt der politischen Rolle Deutschlands ist das Auftreten gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten. Ein von Deutschland formulierter Führungsanspruch erzeugt hier immer wieder negative Reaktionen, die sich mitunter zu Fremdzuschreibungen wie „deutsche Dominanz“ und „deutscher Zuchtmeister“ zuspitzen. Bereits bei der Etablierung der Währungsunion und insbesondere während der Schulden- und Eurokrise in den 2010er-Jahren waren diese Begriffe verbreitet.<sup>10</sup> In der Langzeitstudie *Selbstverständlich Europäisch!?* wird dagegen deutlich, dass die Deutschen selbst von ihrer Regierung ein kooperativeres Auftreten in Europa erwarten. Zwar bewertete im März 2022 eine Mehrheit von 61 Prozent

8 Der Hauptteil des vorliegenden Beitrags beruht auf der Studie *Selbstverständlich europäisch!? 2022*. Unser Dank geht an Dr. Johannes Hillje, Johannes Hillje und Christine Pütz: *Selbstverständlich europäisch!? 2022. Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die deutsche Europapolitik in der „Zeitenwende“*, hg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Mai 2022, unter: [https://www.boell.de/sites/default/files/2022-05/Selbstverstaendlich\\_europaeisch\\_2022\\_0.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/2022-05/Selbstverstaendlich_europaeisch_2022_0.pdf).

9 Ebd., S. 22.

10 Pütz: *Ewiger Hegemon*.

das deutsche Auftreten in der EU bereits in letzter Zeit als kooperativ, eine noch größere Mehrheit von 68 Prozent aber wünschte sich, dass Deutschland auch in Zukunft in der EU kooperativ auftritt.<sup>11</sup>

Zusammenfassend lassen sich die Einstellungen der deutschen Bevölkerung als Plädoyer für eine aktive Europapolitik Deutschlands verstehen, die sich aber nicht in Dominanz ausdrücken soll, sondern auf Kooperation setzt und Deutschlands besondere Verantwortung anerkennt.

## **Die Kosten-Nutzen-Bilanz der deutschen EU-Mitgliedschaft fällt positiv aus**

Deutschland hat traditionell eine vergleichsweise hohe Zustimmungsrate zur EU; die Grundstimmung gegenüber der EU-Mitgliedschaft ist stabil (vgl. Langzeittrend in den Eurobarometer-Umfragen der Europäischen Kommission).

Wenn es um den politischen Nutzen der EU geht, so gibt eine deutliche Mehrheit (63 %) in der Studie vom Frühjahr 2022 an, dass Deutschland seine politischen Ziele eher mit als ohne die EU erreichen kann. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg um 4 Prozentpunkte, der damit zu erklären ist, dass der deutschen Bevölkerung angesichts des russischen Angriffskriegs der geo- und sicherheitspolitische Nutzen der europäischen Staatengemeinschaft in besonderer und aktueller Weise vor Augen geführt wurde. Mehr Befragte als noch im letzten Jahr schätzen gemeinsames europäisches Handeln als wirkungsvoller denn nationale Alleingänge ein. Die große Mehrheit der Deutschen setzt also auf eine handlungsfähige EU. Dementsprechend sehen zwei Drittel der Deutschen (66 %) in der EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile.<sup>12</sup>

Geht es um den wirtschaftlichen Nutzen der EU, so sind die Deutschen allerdings weniger überzeugt. Nur 49 Prozent (5 % weniger als im Vorjahr) sind der Meinung, dass rein wirtschaftlich gesehen der Nutzen der EU-Mitgliedschaft überwiegt. Kaum weniger (46 %) meinen, dass die Kosten überwiegen. Hier zeigen sich Unterschiede zwischen den sozioökonomischen Teilgruppen der Gesellschaft. In der Tendenz sind es wirtschaftlich vulnerablere Gruppen (z. B. mit geringem Bildungsstand, im ländlichen Raum), für die die wirtschaftlichen Kosten der EU-Mitgliedschaft eher überwiegen. Für Menschen mit höherem Bildungsabschluss und höherer beruflicher Stellung überwiegt hingegen der wirtschaftliche Nutzen der EU-Mitgliedschaft. Ähnliche Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen wurden bereits in den Vorjahren gemessen. Häufig hängt die Bewertung der EU zudem von der aktuellen nationalen Wirtschaftslage ab. So wird bei stagnierender oder schrumpfender Wirtschaftsleistung die Mitgliedschaft in der EU tendenziell negativer bewertet.<sup>13</sup> Nationalistische und populistische Kräfte machen die EU dann

11 Hillje/Pütz: Selbstverständlich europäisch, S. 23.

12 Ebd., S. 24–28.

13 Laut Forschungsgruppe Wahlen e. V. hat sich der Anteil derer, die einen Abschwung der deutschen Wirtschaft erwarten, zwischen Januar und April 2022 auf 66 Prozent verdoppelt; vgl. [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Wirtschaft\\_und\\_Soziales/#WirtschaftEnt](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Wirtschaft_und_Soziales/#WirtschaftEnt).

regelmäßig zum Sündenbock für die schlechte Lage der eigenen Wirtschaft. Im deutschen Kontext schlägt sich in diesem Stimmungsbild zudem das verbreitete Narrativ vom „Zahlmeister Europas“ nieder.

## Die Unterstützung für gemeinsame Investitionen in der EU ist groß

Die dritte Dimension des Selbstbildes Deutschlands in der EU ist eng mit dem Kosten-Nutzen-Verhältnis verbunden. Im Zentrum steht zum einen die Bewertung des finanziellen Beitrags Deutschlands zum EU-Budget. Ein weit verbreitetes Narrativ besagt, dass Deutschland der „Zahlmeister Europas“ sei. Bereits 1994 konstatierte Josef Janning, diese These sei „die verdeckte Klage über ein Zuwenig an politischem Einfluss und Gestaltungsmacht, über die mangelnde Bereitschaft der Partner, dem Zahlmeister auch politisch zu folgen“.<sup>14</sup> Diese Perspektive verengt die Kosten-Nutzen-Rechnung der deutschen EU-Mitgliedschaft auf den Nettobeitrag Deutschlands zum EU-Haushalt. Allerdings wird sie sowohl durch eine präzisere vergleichende Einordnung (z. B. nach BIP) als auch durch den gesamtwirtschaftlichen Nutzen, den Deutschland durch den Binnenmarkt hat, entkräftet. So bezifferte die Europäische Kommission 2018 die Steigerung des realen Einkommens in Deutschland durch die Vorteile des Binnenmarkts auf knapp 120 Milliarden Euro im Vergleich zu 2014.<sup>15</sup> Dennoch hält sich das Narrativ von Deutschland als „Zahlmeister Europas“ hartnäckig in der deutschen Öffentlichkeit und beeinflusst das Selbstbild Deutschlands in der EU. Im Frühjahr 2022 hielt die Hälfte der Deutschen (51 %) die finanziellen Beiträge Deutschlands zur EU für zu hoch, die andere Hälfte (46 %) hielt sie hingegen für angemessen oder sogar zu niedrig.<sup>16</sup>

Geht es allerdings um die Frage von künftigen Investitionen und deren Finanzierung, erweitert sich das Bild. Fragt man die deutsche Bevölkerung, in welche Bereiche Deutschland gemeinsam mit den anderen EU-Staaten künftig mehr investieren sollte, lehnt nur eine sehr kleine Minderheit (6 %) gemeinschaftliche Investitionen generell ab. Für gemeinsame europäische Investitionen steht im März 2022 Energiesicherheit an oberster Stelle (69 %), gefolgt von Verteidigung (65 %) und Klimaschutz (59 %). Diese Priorisierung spiegelt sich auch in der deutlichen Unterstützung eines neuen EU-Investitionsfonds für Energieunabhängigkeit sowie für Verteidigung wider. Hier zeigt sich, dass die deutschen Bürgerinnen und Bürger sich vom Narrativ des Zahlmeisters lösen, sobald die Ausgaben konkret an wichtige Zukunftsinvestitionen gebunden sind.<sup>17</sup>

14 Josef Janning: Bundesrepublik Deutschland, Jahrbuch der Europäischen Integration 1993/94, S. 307.

15 Europäische Kommission: EU expenditure and revenue 2014–2020, unter:

[http://ec.europa.eu/budget/graphs/revenue\\_expenditure.html](http://ec.europa.eu/budget/graphs/revenue_expenditure.html).

16 Hillje/Pütz: Selbstverständlich europäisch, S. 26–28.

17 Ebd., S. 19–22.

## Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Umfrage *Selbstverständlich europäisch!?* vom Frühjahr 2022 zur Selbstwahrnehmung der Rolle Deutschlands und zu den Erwartungen an die deutsche Europapolitik können wie folgt zusammengefasst werden: (1) Eine große Mehrheit der Deutschen wünscht sich von ihrer Regierung eine aktivere Europapolitik, die von kooperativem Verhalten geprägt ist und der besonderen Verantwortung Deutschlands in Europa gerecht wird. (2) Die traditionell hohe Zustimmung der Deutschen zur EU-Mitgliedschaft ist weiterhin stabil. Der politische Nutzen der EU wird von einer großen Mehrheit geschätzt, wogegen die rein finanzielle Kosten-Nutzen-Bilanz der EU-Mitgliedschaft eher gemischt ausfällt. (3) Während die generelle Haltung zum finanziellen Beitrag Deutschlands zum EU-Haushalt weiterhin vom hartnäckig fortwährenden „Zahlmeister“-Narrativ geprägt ist, ist die überwältigende Mehrheit der Deutschen offen für gemeinsame Zukunftsinvestitionen in der EU. Entscheidend ist hier, dass zusätzliche europäische (und damit auch deutsche) Ausgaben an konkrete Investitionen geknüpft sind.

In europäischen Kooperations- und Investitionsprojekten steckt demnach großes Potenzial. Deutschland und seine EU-Partner sollten deshalb aktiv nach gemeinsamen europapolitischen Prioritäten suchen und diese produktiv für den Europäischen Integrationsprozess nutzen. Innerhalb der deutschen wie auch der tschechischen Bevölkerung gibt es schon länger den Wunsch, die EU in der Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken.<sup>18</sup> Dieser Bedarf hat sich seit dem russischen Angriffskrieg dringlich erhöht, genauso wie der Bedarf einer solidarischen europäischen Energiepolitik. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht gemäß der Umfrage von IfD Allensbach und STEM (2021) in der Bildungspolitik.

Des Weiteren teilen die Tschechische Republik und Deutschland das grundlegende Interesse an einer kohärenten Europäischen Union. Beide Länder wollen den Erweiterungsprozess revitalisieren und sehen die Notwendigkeit, die EU durch Reformen dafür handlungsfähig zu machen. Sie könnten die wiederum gekommene Debatte um die Reform der EU für einen Schulterchluss nutzen.<sup>19</sup> Auf dieser Basis wäre auch eine zukünftige Annäherung in europapolitischen Fragen denkbar, zu denen beide Länder konträre Standpunkte vertreten, wie etwa in der Migrationspolitik. Gerade die junge Generation setzt ihre Hoffnungen in die Europäische Union. In Deutschland und in Tschechien sehen viele 16- bis 29-Jährige in der EU-Mitgliedschaft Zukunftschancen.<sup>20</sup> Die EU-Mitgliedsstaaten sollten alles daransetzen, die Europäische Union in die Lage zu versetzen, ihr Versprechen von Freiheit, Frieden und Wohlstand auch für jüngere Generationen einzulösen.

18 Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach und STEM: Deutschland und Tschechien – Nachbarn in Europa. Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerungen beider Länder zur Europäischen Union 2016–2021, 2021, S. 26, unter: <https://www.fondbudoucnosti.cz/getFile.aspx?itemID=4286>; Nikola Hořejš et al.: Czechs and the EU Brand: How do Czechs feel about the EU and what could change their mind? Behavio Labs, STEM Institut, EUROPEUM Institut (Hg.), 2019, S. 17, unter: <http://www.europeum.org/data/articles/znacka-eu-summary-report-final-december-2019.pdf>.

19 Jakub Eberle, Kai-Olaf Lang, Vladimír Handl: Die deutsch-tschechischen Beziehungen europäisch nutzen. Ein Bilateralismus mit Mehrwert für die EU, SWP-Aktuell 2022/A 72, 09.11.2022, unter: <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-deutsch-tschechischen-beziehungen-europaeisch-nutzen>.

20 IfD/STEM: Deutschland und Tschechien, S. 31.

Ein größeres Verständnis für die Perspektive des Nachbarn ist eine wichtige Voraussetzung, um hinter den kollektiven, häufig stereotypisierten Narrativen verdeckte Belange und Bedürfnisse zu erkennen und zu verstehen. Nur so kann die Kluft zwischen Fremd- und Selbstwahrnehmung überwunden werden. Auch den Deutschen würde es gut anstehen, bewusster auf den tschechischen Nachbarn zu blicken, um seine Positionen und Reaktionen besser zu verstehen.





# Die tschechische Europakrise: Ursprünge, Folgen und Auswege

Vít Dostál

**Die allmähliche Integration in die europäische wirtschaftliche und politische Gemeinschaft seit 1989 bringt für die Tschechische Republik Wohlstand, Aufschwung, Sicherheit sowie Bildungs- und Kulturaustausch. Dieser positive Prozess sollte jedoch nicht als selbstverständlich erachtet werden. Im Gegenteil, die Tschech\*innen sehen die EU-Mitgliedschaft aus mehreren Gründen kritisch, und die Europäische Union selbst war in den letzten Jahren mit einigen Schwierigkeiten konfrontiert.**

Im vorliegenden Essay befaße ich mich zunächst mit den Ursachen für die unter Tschech\*innen verbreitete reservierte Haltung gegenüber der EU. Zweitens stelle ich die These auf, dass wir das derzeit schwache Leitbild unserer Idee von der europäischen Integration unbedingt verlassen und nach einer neuen Definition suchen müssen. Zum Schluss zeige ich drei Dilemmata auf, mit denen sich die tschechische Gesellschaft in Bezug auf die aktuelle europäische Integration und die globalen Herausforderungen beschäftigen muss, wobei ich auch auf die Möglichkeiten einer deutsch-tschechischen Zusammenarbeit hinweisen möchte. Im Ergebnis einer solchen Debatte könnte das tschechische Europagefühl ein gutes Stück weiterkommen und die tschechische Mitgliedschaft in der EU käme auf stabilere Beine.

## Ursachen der Europakrise

Ende des letzten Jahrzehnts setzte sich die Sichtweise einer Ost-West-Spaltung Europas durch (engl.: *east-west divide*).<sup>1</sup> Diese Spaltung ist erstens geprägt von unterschiedlichen Perspektiven auf die sogenannte Flüchtlingskrise: Hier prallen insbesondere der deutsche Optimismus des „Wir schaffen das“ und der Pessimismus und die Ablehnung der Immigration aus dem Nahen Osten, wie sie in Mittel- und Osteuropa zu beobachten sind, aufeinander. Zweitens spielt der Erfolg nationalkonservativer Kräfte in Teilen des östlichen Europa eine Rolle. Diese brachten deutlich zum Ausdruck, dass die Zukunft des europäischen Projekts keinesfalls festgelegt sei und der Weg der fortschreitenden Einigung durchaus enden oder umgekehrt werden könne oder müsse. Dazu muss gesagt werden, dass diese Stimmen im Westen, Osten, Norden und Süden Europas zu hören waren – in Ostmitteleuropa kamen sie jedoch auch von Regierungsvertreter\*innen.

Diese Positionen kamen nicht von ungefähr. Es wäre falsch, der Versuchung zu erliegen und zu behaupten, die ostmitteleuropäischen Gesellschaften hätten schlicht noch nicht die Reife einer liberalen Demokratie erreicht und suchten sich darum Eliten aus mit Meinungen, die in anderen Teilen Europas für falsch gehalten werden. Wir müssen uns eingestehen, dass die mitteleuropäischen Gesellschaften nicht erst seit 2015 über diese Fragen nachdenken. Und auch nicht erst seit 2004, als die meisten von ihnen der EU beitraten. Im Gegenteil, seit Anfang der 1990er-Jahre sammelten sie Erfahrungen mit demokratischem Regieren und der nun geöffneten Welt, die nicht immer für alle nur Positives bereithielt. Und was noch dazukommt: Schuld an der negativen Wahrnehmung dieses Prozesses haben teilweise auch diejenigen, die ihn maßgeblich mit geprägt haben.

Als Initiatoren des Wandels verstanden sich zunächst die Gesellschaften Mitteleuropas, die sich im Jahr 1989 ihre Freiheit erkämpft hatten. Der Eingliederungsprozess in die ein Stück weit geöffnete Welt verlief jedoch nach den Bedingungen, die in den westlichen Metropolen aufgestellt wurden. Der Eintritt in die Europäische Union war selbstverständlich ein riesiger Erfolg. Zugleich war er aber das Ergebnis eines asymmetrischen Prozesses, in dem die Lehrer- und Schülerrollen klar verteilt waren. Man sollte aufholen, und dies insbesondere mit den Mitteln von Imitation und Kopie. Manche Autor\*innen vertreten in diesem Zusammenhang die These, dass dieser Prozess die Staaten, die der EU nun beitraten, in den Zustand eines psychologischen Postkolonialismus versetzte.<sup>2</sup>

Die vom westlichen Europa aufgestellten Werte, etwa den eingeschlagenen Kurs der Erweiterung, mussten die mitteleuropäischen Staaten ihrerseits vertreten, um sicherzustellen, in der großen europäischen Familie akzeptiert zu werden, und dabei mussten sie so authentisch wie möglich wirken.<sup>3</sup> Eine politische Diskussion zu führen, war schwierig. Das wichtigste Ziel, die Sicherung von Frieden und Wohlstand durch die europäische Einigung, wurde nur von Extremist\*innen angezweifelt.

1 Tomáš Valášek: Why Can't the EU's West and East Work as One?, Carnegie Europe, 08.11.2019, unter: <https://carnegieeurope.eu/2019/11/08/why-can-t-eu-s-west-and-east-work-as-one-pub-80300>.

2 Ewa M. Thompson: Je Polsko postkoloniálná zem?, in: Maciej Ruczaj, Maciej Szymanowski (Hg.): Právým okem: Antologie súčasného poľského politického myšliení. Brno: Centrum pro studium demokracie a kultury, 2010, S. 21–36; Dariusz Karłowicz: Modernizaci nelze okoprovat, in: ebd., S. 37–44.

3 Ivan Krastev und Stephen Holmes: Světlo, které pohaslo: vyúčtování. Prag: Karolinum, 2020.

Doch eine breite gesellschaftliche Debatte darüber zu beginnen, wie man diese europäische Einigung erreichen könnte, wurde angesichts der erwähnten Asymmetrie bei den Verhandlungen als zumindest taktisch unklug erachtet. Sie hätte schließlich den Prozess verzögern und den erfolgreichen EU-Beitritt in die Ferne rücken oder infrage stellen können.

Die Blase des Nachahmens und vorgeblichen Nachholens platzte um das Jahr 2015 krachend. Der asymmetrische und keineswegs deliberative Prozess der „Verhandlungen“ mit den mitteleuropäischen Staaten über den EU-Beitritt hatte nämlich dazu geführt, dass sich ein Teil der Bevölkerung gar nicht oder nur teilweise an der gedanklichen „Verwestlichung“ beteiligen wollte. Einige begriffen, wie dieser Prozess ablief, und lehnten ihn direkt ab, andere ließen alles seinen Gang gehen und mussten sich – erst als sie unmittelbar von den Auswirkungen betroffen waren – unvorbereitet mit ihm auseinandersetzen. Das geschah auch in Tschechien, wenn auch weniger spektakulär als in Ungarn oder Polen, wo nationalkonservative Regierungen an der Macht waren.

## Reservierte Haltung gegenüber der EU

In der Europapolitik Tschechiens war man sich dieses Defizits im Prinzip bewusst, sogar noch vor dem EU-Beitritt. Die erwähnten Unangepassten äußerten ihren Euroskeptizismus – mit ihm musste man im politischen Wettstreit immer rechnen und ihn in Kauf nehmen als lauteste von allen Stimmen, die man in Tschechien zur EU vernehmen konnte. Das tschechische Leitbild von Europa, das sich nach dem EU-Beitritt herausbildete, umfasst somit zwei auf den ersten Blick widerstreitende, sich tatsächlich aber ergänzende Ansätze. Auf der einen Seite akzeptiert die Politik weiterhin die Tatsache, dass man zum westlichen Europa aufschließen muss. Tschechien gehöre weiterhin zu den ärmeren Staaten und könne deshalb eine „Entschädigung“ in Form von Kohäsionsmitteln fordern. Wir sind immer noch nicht Teil der Eurozone, behaupten aber, weiter darauf hinarbeiten. Und was am wichtigsten ist: Auch nach 2004 taten wir weiterhin so, als würden wir quasi bedingungslos die von Westeuropa formulierten Werte akzeptieren. Auf der anderen Seite versuchen wir jedoch auch, den europäischen Integrationsprozess in vielen Belangen zu bremsen. In dem Bewusstsein, dass für die tschechische Öffentlichkeit schon die pure Mitgliedschaft in der EU am Rande des Erträglichen ist, fürchten die Politiker\*innen, dass jeder weitere allzu sichtbare Integrationsfortschritt zu einem großen Hindernis für den Verbleib Tschechiens in der EU werden könnte.

Der Zickzackkurs zwischen diesen beiden Ansätzen realisiert sich in der politischen Kommunikation im Inland in der permanenten Beteuerung, Europa müsse reformiert werden. Und man muss sagen, dass solche Worte auf fruchtbaren Boden fallen: Bis zu 81 Prozent der Tschech\*innen wünschen sich eine Reform der EU.<sup>4</sup> Es ist zwar unklar, wie diese aussehen sollte. Doch es gibt das starke und weit verbreitete Gefühl, dass etwas nicht in Ordnung ist und verändert werden muss. Eine Reform würde jedoch in der Praxis entweder noch mehr oder eben weniger Integration

4 Behavio Labs, STEM Institute, EUROPEUM Institute for European Policy (Hg.): Czechs and the EU Brand: How do Czechs feel about the EU and what could change their mind?, eingesehen am 29.08.2022, S. 16, unter: <http://www.europeum.org/data/articles/znacka-eu-summary-report-final-december-2019.pdf>.

bedeuten. Weniger Integration würde den tschechischen (vor allem den wirtschaftlichen) Interessen schaden, ohnehin stehen die Zeichen nicht auf „einen Schritt zurück“. Mehr Integration wiederum würde an den gesellschaftlichen Rändern auf Ablehnung stoßen. Wenn man die Frage nach der tschechischen EU-Mitgliedschaft und nach der Zufriedenheit mit dem Stand der europäischen Integration also offener stellt, ist auch die tschechische Gesellschaft bereit, der EU noch eine Chance zu geben – wenn sie sich verändert. Wenn man die Tschech\*innen aber fragt, ob sie einem neuerlichen Referendum über einen EU-Beitritt zustimmen würden, liegen die Ergebnisse seit 2011 um die 50 Prozent. Die niedrigsten Zustimmungswerte wurden auf dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 und 2016 erreicht; damals hätten nur 38 Prozent der Tschech\*innen für einen Beitritt gestimmt.<sup>5</sup>

Es ist jedoch nicht ausreichend, die tschechische Gesellschaft in Verfechter\*innen und Gegner\*innen der EU-Mitgliedschaft aufzuteilen, wenn man verstehen will, was die Tschech\*innen von der EU erwarten. Das Zentrum für empirische Studien STEM hat bereits 2018 eine differenzierte Studie zur tschechischen Gesellschaft erstellt, anhand derer man den jeweiligen Bezug zur europäischen Integration genauer charakterisieren kann.<sup>6</sup>

„Klare Verfechter\*innen“ (16 % der Bevölkerung) und „verbissene Gegner\*innen“ (1 %) sollen hier zunächst beiseite gelassen werden. Auch die „halbherzigen Verfechter\*innen“ (20 %) werden zunächst vernachlässigt, auch wenn nicht vergessen werden sollte, dass die fortschreitende Integration bei ihnen einige Fragen aufgeworfen hat, die sie für sich noch nicht klären konnten.

Die interessantere Gruppe bilden die „passiven Gegner\*innen“, die 32 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Diese Personen stehen den Entwicklungen seit den 1990er-Jahren – sowohl in der Tschechischen Republik als auch in der EU – kritisch gegenüber. Sie sind überzeugt, dass sie auf der Verliererseite stehen und auch zukünftig stehen werden. Die europäische Integration wird für sie zum Symbol ihres ausbleibenden Aufstiegs.

Ein weiteres Segment der tschechischen Gesellschaft sind die „Kritiker\*innen“ (10 %): Sie sind zwar ziemlich zufrieden mit der Entwicklung in der Tschechischen Republik, haben jedoch der EU gegenüber Vorbehalte. Nur ein knappes Drittel von ihnen würde für einen Verbleib in der EU stimmen. Dem europäischen Gedanken gegenüber sind sie positiv eingestellt und würden sich durch pragmatische Argumente von einem Verbleib überzeugen lassen.

Die Gruppe der „Misstrauischen“ wiederum (22 %) hat keine klar ausgeprägte Haltung und steht der EU zögerlich und unentschieden gegenüber. Diese Personen haben den Eindruck, dass das Thema Europa sie nicht betrifft, und im Falle eines Referendums würden sie sich tendenziell am Abstimmungsverhalten ihres persönlichen Umfelds orientieren.

Die tschechische Gesellschaft ist also bezüglich der EU-Mitgliedschaft nicht in zwei Gruppen gespalten, sondern in drei: die Verfechter\*innen, die Gegner\*innen und die aktiv oder passiv Unentschiedenen. Für die Aufrechterhaltung

5 STEM (Hg.): Postoj veřejnosti k předsednictví ČR Evropské unii – zima 2022, eingesehen am 29.08.2022, S. 7, unter: [https://www.vlada.cz/assets/evropske-zalezitosti/predsednictvi-cr-v-rade-eu/aktuality/STEM\\_pro\\_UV\\_predsednictvi\\_EU\\_II\\_final.pdf](https://www.vlada.cz/assets/evropske-zalezitosti/predsednictvi-cr-v-rade-eu/aktuality/STEM_pro_UV_predsednictvi_EU_II_final.pdf).

6 Vgl. STEM (Hg.): Vztah veřejnosti k EU: Výzkumná zpráva. Prag 2018.

der tschechischen EU-Mitgliedschaft ist es notwendig, ihre Unterstützer\*innen nicht zu verlieren; zusätzlich müssen aus dem Segment der Kritiker\*innen und der „Misstrauischen“ weitere Unterstützer\*innen gewonnen werden.

## Wie geht es weiter?

Ein Programm zur Verbesserung des tschechischen Europagefühls müsste angesichts dessen zwei Elemente enthalten. Zunächst muss sich die Gesellschaft umfassend von dem Stress erholen, den das „Aufholen“ und das „Mithalten“ mit dem Westen mit sich brachte, als verlangt wurde, Tschechien solle sich authentisch entwickeln, müsse aber zugleich die existierenden Muster kopieren. Das bedeutet keineswegs, das Modell der liberalen Demokratie hinter sich zu lassen. Die Tatsache, dass nur 42 Prozent der Bevölkerung glauben, die tschechischen Regierungsvertreter\*innen seien befähigt, über Schlüsselbelange in der EU mitzuzentscheiden, ist alarmierend. Dies ist eine Folge des asymmetrischen Prozesses, den die Tschechische Republik tatsächlich nur minimal zu beeinflussen in der Lage gewesen ist. Gleichzeitig kann man davon ausgehen, dass sich die „passiven Gegner\*innen“, die Kritiker\*innen und die „Misstrauischen“ im Wesentlichen mit dem Beginn der wirtschaftlichen Transformation in den 90er-Jahren bis zum tschechischen EU-Beitritt 2004 herausgebildet haben.

Heute hat Tschechien aber seine Stimme in Europa. Zudem hat es einige Erfolge vorzuweisen, und die sollten auch deutlich gemacht werden. Die Tschech\*innen können stolz sein auf ihre Errungenschaften in Europa. Sie erwarten ja von der europäischen Integration Wohlstand und Sicherheit, und die bekommen sie in diesem Prozess tatsächlich und nehmen dies auch positiv auf. Europa wird hier – im Gegensatz zur EU – tatsächlich geliebt. Darum muss man immer wieder darauf hinweisen, dass die EU vor allem ein Instrument ist, um die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu organisieren, und nicht selbst das Ziel der Sache. Und wie diese Zusammenarbeit aussehen soll, das bestimmen auch wir.

Die eigenen Interessen innerhalb der EU zu definieren, das wäre der zweite Teil des Programms zur Verbesserung des tschechischen Europagefühls. Das schlichte Prinzip des notorischen Aufholens und gleichzeitigen Bremsens der europäischen Integration kann die Debatte nicht positiv beeinflussen. Vielmehr verliert sie dadurch, und es läuft darauf hinaus, dass die immer gleichen Thesen und Gegenthesen wiederholt werden.

Zumindest hat sich die Strategie, den Prozess der EU-Integration zu bremsen, als außerordentlich erfolglos erwiesen. Im Gegensatz dazu, was im politischen Mainstream über die angeblich schon jetzt viel zu einengende Integration verbreitet wird, entwickelt sich seit 2004 in einigen Gebieten eine Zusammenarbeit, die so stark ist wie nie zuvor – etwa in der Klima- und Energiepolitik, in der Digitalisierung oder beim Verbraucherschutz.

Über diese Themen wird aktuell durchaus diskutiert. Die tschechische Gesellschaft ist sich bewusst, dass große Veränderungen im Gange sind. Zugleich wird immer deutlicher, dass der Kurs vor allem auf europäischer Ebene entschieden wird, auch wenn dies nicht allen gefällt. Doch die Liste der schwierigen Themen endet hier noch nicht. Die tschechische Politik und Öffentlichkeit werden noch

einige Kontroversen über die Zukunft Europas ausfechten müssen. Bis jetzt werden die schwierigen Themen tendenziell beiseite gelassen. Doch wenn man die tschechische Haltung zur EU verbessern will, müssen sie angegangen werden. Aus diesen Debatten sollte ein neues Leitbild für den tschechischen Blick auf die EU hervorgehen, dass das überholte Konzept vom Aufholen und Bremsen abzulösen imstande ist.

## **Schluss: Drei zukünftige Kontroversen zur tschechischen Europapolitik**

Zum Schluss präsentiere ich drei Kontroversen, aus denen die Grundlage für eine neue tschechische Europapolitik hervorgehen könnte. Es lässt sich nicht vorhersagen, was im Ergebnis dieser Überlegungen das Beste für die Stabilität der tschechischen EU-Mitgliedschaft wäre. Die Diskussionen werden wahrscheinlich kein eindeutiges Ergebnis hervorbringen, sondern eher eine Politik, die verschiedene gegenläufige Richtungen umfassen wird. Wichtiger als das Ergebnis dieser Diskussionen ist jedoch die Art und Weise, wie sie verlaufen.

Die erste Frage ist, inwieweit die positive Integration, d. h. das harmonische Miteinander und die Einführung gemeinsamer Standards, weiter vertieft werden soll. Durch einheitliche Regeln für die verschiedenen Lebensbereiche kann die EU erstens den Aufwand für Transaktionen minimieren. Zweitens kann sie internationale Vorkehrungen treffen und somit eine gute Positionierung in den globalen Wirtschaftsbeziehungen erreichen.<sup>7</sup> Das ist für Tschechien mit seiner exportorientierten Wirtschaft einer der wichtigsten Vorteile des gemeinsamen europäischen Handelns in der globalen Politik und ein Instrument, dem man sich stärker widmen sollte, anstatt endlos über die Effektivität einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu diskutieren.

Eine fortschreitende Integration im sozialen Bereich kann aber auch eine Begrenzung der Konkurrenzfähigkeit von Teilen der tschechischen Wirtschaft bedeuten. Hier könnten sowohl einige Erschütterungen im Zusammenhang mit dem steigenden Druck auf die Automatisierung der Arbeit auf uns zukommen als auch neue Chancen hinsichtlich der Bemühungen der EU um eine Verkürzung der Lieferketten. Ebenso begibt man sich mit der Vereinheitlichung vieler Regeln auf dünnes Eis, da Tschech\*innen sie als Eingriff in die eigene Kultur wahrnehmen könnten. Das kann dann wieder Erinnerungen an den asymmetrischen Prozess hervorrufen, selbst wenn die Etablierung solcher Regeln mit den schönsten Slogans von Gerechtigkeit und europäischen Werten versehen werden. Man kann zudem davon ausgehen, dass Verlauf und Ergebnisse der Kontroversen stark von den Kritiker\*innen und den „Misstrauischen“ geprägt sein könnten. Ein authentischer gesellschaftlicher Dialog, nicht nur unter den politischen Eliten, gerade zwischen Tschechien und Deutschland, könnte ein Weg sein, um die neuen Trennlinien innerhalb Europas zu überwinden.

7 Ane Bradford: *The Brussels Effect: How the European Union Rules the World*. New York: Oxford University Press, 2020.

Zweitens wird sich die tschechische Gesellschaft weiterhin mit „europäischer Solidarität“ befassen müssen. Schon im Haushalt des nächsten Programmplanungszeitraums, also ab 2028, könnte Tschechien nicht mehr Nettoempfänger von EU-Mitteln sein. Dass sage und schreibe 44 Prozent der Bürger\*innen Tschechiens nicht wissen, dass wir von der EU mehr Geld bekommen als wir einzahlen,<sup>8</sup> könnte zwar den Eindruck erwecken, man müsse sich an dieser Stelle keine Sorgen machen. Dennoch könnte die Aufnahme der Tschechischen Republik in den Kreis der Nettozahler\*innen Raum für neue Kritik an der EU bieten, auf die sich die EU-Befürworter\*innen einstellen müssen. Die Frage wird sein, ob die anderen Vorteile der Mitgliedschaft diese einigermaßen simple Milchmädchenrechnung aufwiegen können. Die Ergebnisse dieser Kontroverse können Einfluss auf die Kritiker\*innen und die „halbherzigen Verfechter\*innen“ haben. Auch hier bietet sich die Gelegenheit zum deutsch-tschechischen Dialog, denn gerade unser westlicher Nachbar führt diese Diskussion praktisch seit Beginn der europäischen Integration.

Die dritte Kontroverse, auf die sich die Tschechische Republik einstellen muss, ist die um die fortschreitende Erweiterung der EU. In welcher Form auch immer – durch vollwertige Mitgliedschaft oder durch die Teilöffnung bestimmter Märkte –, sie wird Veränderungen mit sich bringen, die die tschechische Gesellschaft spüren wird. Auch wenn Tschechien seit längerer Zeit die EU-Erweiterung unterstützt, ist dies absolut keine Forderung der tschechischen Öffentlichkeit. Umfragen zufolge vertreten nur 27 Prozent der Tschech\*innen die Meinung, dass die EU die Erweiterung priorisieren sollte.<sup>9</sup> Der Prozess hat zwar positive Effekte, etwa neue Chancen für die tschechische Exportwirtschaft oder die Erhöhung der Sicherheit und Stabilität in Europa, doch er bringt auch Phänomene mit sich, die als negativ empfunden werden. Auch die Erweiterung von 2004 hatte Auswirkungen auf die EU-Haltung der westeuropäischen Öffentlichkeit. Sie führte zu einer Art Erweiterungsmüdigkeit, die dann zu einer Entwicklung wurde, im Zuge derer sich die Spaltung zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil Europas im letzten Jahrzehnt verschärfte. Arbeitsmigration, die Verlagerung von Produktionsstätten oder ein schnellerer Eintritt in die Gruppe der Nettozahler\*innen können in der tschechischen Bevölkerung eine neue Beunruhigung hervorrufen, mit der man wird umgehen müssen. Die Bewältigung der ukrainischen Migration infolge des Kriegs und die Bereitschaft der Tschechischen Republik, sich am Wiederaufbau der Ukraine zu beteiligen, können uns aber eine Perspektive bieten, wie wir solche Herausforderungen in Zukunft angehen können.

8 Behavio Labs/STEM/EUROPEUM Institute (Hg.): Czechs and the EU Brand, S. 12.

9 STEM (Hg.): Postoj veřejnosti k předsednictví ČR Evropské unii, S. 22.





# **Menschenrechts- orientierte Außenpolitik**



# **Menschenrechte: Was wird aus dem „Fundament deutscher Außenpolitik“?**

Peggy Lohse

**Deutschland 2022: ein sicheres, privilegiertes Land ohne EU-Außengrenze, dafür mit einer – bei allen empörten Debatten von Corona-Maßnahmen bis Waffenlieferungen – stabilen Demokratie, in der auch Stimmen zu Wort kommen, die das System selbst gern erschüttern wollen. Streit wird zugelassen und geführt, auch wenn er weh tut und von Zeit zu Zeit in Beleidigungen und Shitstorms abrutscht. Der Konsens: Wir arbeiten an einer besseren Welt – einer Welt, in der die gleichen Rechte und Freiheiten für alle Menschen im Zentrum stehen. Nichts ist perfekt, aber Deutschland geht es gut. Wir Deutschen wollen die Guten sein, und so sollte auch unsere Außenpolitik aussehen – überlegt, sanft, nachhaltig, human und gewaltfrei, für ein gutes Gewissen.**

Eine „frappierende Kluft“<sup>1</sup> zwischen internationalen Erwartungen an die Bundesrepublik und der Selbstwahrnehmung der Deutschen beschreibt im November 2021 Thomas Paulsen im Editorial der Körber-Studie *The Berlin Pulse*: Seit Jahren zeige ihre repräsentative Umfrage zu den außenpolitischen Einstellungen der Deutschen, „dass eine Mehrheit der Deutschen Zurückhaltung einem stärkeren internationalen Engagement vorzieht. Diese Haltung der deutschen Öffentlichkeit lässt sich nicht so leicht ändern.“ Dem gegenüber stehen die Annahmen anderer Staaten internationaler Gemeinschaften wie beispielsweise der Europäischen Union oder der NATO, dass Deutschland als größte Wirtschaftskraft der EU<sup>2</sup> doch bitte auch in außenpolitischen Angelegenheiten eine proaktive Führungsrolle einnehmen solle.

Trotz kurzfristiger gegenläufiger Trends hat sich die Einstellung der Deutschen offenbar seit der Wiedervereinigung noch gefestigt. Meinten angesichts der Kriege auf dem Balkan 1994<sup>3</sup> noch 62 Prozent der BRD-Bürger\*innen, Deutschland solle sich stärker international – also auch militärisch – engagieren, sprach sich 20 Jahre später die Mehrheit für Zurückhaltung aus, obwohl damals schon in der gar nicht fernen Ukraine der von Russland angefachte Krieg im Donbas begonnen hatte.<sup>4</sup> Die Deutschen blieben dabei: Die wichtigsten Aufgaben ihrer Außenpolitik sollten der weltweite Schutz der Menschenrechte und die Sicherung des Friedens in der Welt sein – vor allem durch Diplomatie.

Dazu gehört für das Auswärtige Amt<sup>5</sup> die Verhinderung und Verfolgung von Folter und Todesstrafe, die Wahrung der Religionsfreiheit, der Schutz der Rechte von Kindern, LGBTQ und Menschen mit Behinderung sowie die Unterstützung der Zivilgesellschaft. 2021 wurde dieses Konzept um die neuen Arbeitsschwerpunkte Klimaaußenpolitik und Feministische Außenpolitik ergänzt. Letztere setzt einen neuen Schwerpunkt auf die Diskriminierung und Ausbeutung von Frauen, ihre Sicherheit und Gleichstellung.

Zum deutschen Selbstverständnis gehört aber zugleich ein tief verwurzelter Pazifismus und eine Sehnsucht nach der Nichtbeteiligung an militärischen Handlungen – vielleicht aus historischen Gewissensbissen, vielleicht aus Angst vor dem Verlust der moralischen Überlegenheit. Wie Paulsen 2014 schrieb: „Humanitäre Hilfe und diplomatische Verhandlungen erhalten viel Rückendeckung in der Bevölkerung, während militärische Einsätze überwiegend abgelehnt werden.“<sup>6</sup>

Daran ändern geografisch nahe Kriege kaum etwas, erst recht nicht weiter entfernte Debakel. Zu sehen jüngst am internationalen Truppenabzug 2021 aus Afghanistan und der faktischen Übergabe des Landes – und der Menschen dort – an die

1 Körber-Stiftung (Hg.): *The Berlin Pulse 2021/22. German Foreign Policy in Perspective*, Hamburg 2021, unter: <https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/21571/final-theberlinpulse.pdf> (eigene Übersetzung).

2 Statista: Europäische Union: Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den Mitgliedstaaten der EU im Jahr 2021, 11.08.2022, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/188776/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-den-eu-laendern/>.

3 Wolfgang Dick: *Der Bundesbürger und die Außenpolitik*, Deutsche Welle, 06.07.2014, unter: <https://www.dw.com/de/der-bundesbürger-und-die-außenpolitik/a-17754883>.

4 Ebd.

5 Auswärtiges Amt: *Menschenrechte: Fundament deutscher Außenpolitik*, eingesehen am 06.02.2023, unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regelbasierte-internationale-ordnung/menschenrechte-/297980>.

6 Körber-Stiftung (Hg.): *The Berlin Pulse*, Editorial (eigene Übersetzung).

islamistischen Taliban, ohne alle Mitarbeitenden, Kontaktpersonen und deren Angehörige vor Ort in Sicherheit gebracht zu haben. Die Anstrengungen des Auswärtigen Amtes, gefährdete Personen auszufliegen, dauern auch ein Jahr später noch an.

2021 sieht ein Drittel der Befragten der Körber-Studie die größte Herausforderung für die deutsche Außenpolitik ebenda, in Afghanistan.<sup>7</sup> Dennoch wünscht sich die Hälfte mehr internationale Zurückhaltung, nur 45 Prozent mehr Engagement. Gleichzeitig aber soll die Bundeswehr die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeter in internationalen Konflikten schützen, wie rund 80 Prozent der Befragten angaben. In außenpolitischen Fragen herrscht auch in Stimmungsstudien ein Schwanken zwischen unterschiedlich gewichteten Interessen und Werten vor: dem idealistischen „Wir sind zurückhaltend und lehnen Gewalt ab“ und dem (mehrheitlichen) Wunsch nach Sicherheit, die die Armee gewährleisten soll.

Dann erfolgt am 24. Februar 2022 der großflächige Überfall Russlands auf die Ukraine. Laut einer Sonderumfrage der Körber-Stiftung im März 2022<sup>8</sup> fordern zwei Drittel der Deutschen nun mehr militärisches Engagement in internationalen Krisen und nur noch ein Drittel bleibt bei der Zurückhaltung. Denn spätestens nach den Berichten über Kriegsverbrechen in Butscha und Mariupol von willkürlichem Töten und Folter, bei denen das grundlegende Recht auf körperliche Unversehrtheit und die Schonung von Zivilist\*innen im Krieg gebrochen wird, wird auch in der deutschen Wahrnehmung deutlicher: Mit reinem Pazifismus können Kriegsverbrecher nicht gestoppt werden. Um die Menschenrechte zu schützen, die wir ja wertschätzen, müssen wir sie auch gegen Gewalt verteidigen können.

## Was beinhaltet und wo endet die deutsche Menschenrechtspolitik?

Der Verweis auf die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen<sup>9</sup> steht im deutschen Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“<sup>10</sup> Am Eintreten für diesen Grundsatz auch auf internationaler Ebene muss sich die Bundesrepublik messen lassen: Auf dem Spiel steht ein immaterielles, aber hohes Gut - die Glaubwürdigkeit.

Mit den letzten Legislaturperioden deutscher Bundesregierungen ist die Aufmerksamkeit für das Thema Menschenrechte gewachsen. Im Koalitionsvertrag von 2013<sup>11</sup> hieß es noch, Deutschland setze sich weltweit mittels Diplomatie, friedlicher Konfliktregulierung und Entwicklungszusammenarbeit „für Frieden, Freiheit und Sicherheit, für eine gerechte Weltordnung, die Durchsetzung der Menschenrechte und die Geltung des Völkerrechts sowie für nachhaltige

7 Körber-Stiftung (Hg.): The Berlin Pulse.

8 Körber-Stiftung: Sonderumfrage The Berlin Pulse März 2022, unter: <https://koerber-stiftung.de/projekte/the-berlin-pulse/sonderumfrage-2021/>.

9 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, eingesehen am 06.02.2023, unter: <https://www.menschenrechtserklaerung.de/die-allgemeine-erklaerung-der-menschenrechte-3157/>.

10 Ebd., Artikel 2.

11 CDU, CSU, SPD: Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, 27.11.2013, unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/194886/696f36f795961df200fb27fb6803d83e/koalitionsvertrag-data.pdf>.

Entwicklung und Armutsbekämpfung ein". 2021<sup>12</sup> gelten die Menschenrechte dann schon als „wichtigster Schutzschild der Würde des Einzelnen“ und als „Kompass“ auch im Zusammenhang mit den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik und ihrer Partner, mit den neuen Arbeitsschwerpunkten Feministische Außenpolitik und Klimaaußenpolitik. Wo die universelle Gültigkeit dieser Menschenrechte infrage gestellt werde, wolle man sie bewerben und auch verteidigen: „Ich unterscheide da nicht zwischen Uiguren in China, Ukrainerinnen und verfolgten russischen Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, zwischen Jesiden oder Kurden. Das ist doch die Stärke der Menschenrechte: Unteilbarkeit, egal, an welchem Fleckchen der Welt man lebt“, sagte Außenministerin Annalena Baerbock Anfang Juni 2022 bei der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag.<sup>13</sup>

Die Schwierigkeit dabei: Ideelle Werte verlieren schnell an Bedeutung, wenn sie auf harte, vitale, wirtschaftliche Bedarfe des Landes treffen<sup>14</sup> – sie müssten zu teuer bezahlt werden, was die Bevölkerung womöglich nicht mehr mittragen könnte. Das heißt, sie würde der Regierung ihre Wählerstimmen entziehen oder gar Aufruhr organisieren. Die Ideale kollidieren dann mit der für Industrie und Privatpersonen wichtigen Energieversorgung, der Nachfrage nach günstig bis billig produzierter Kleidung, technischer Geräte und Lebensmitteln. Oder mit dem Bedürfnis freier Menschen von irgendwoher, ihren Lebensmittelpunkt nach Deutschland zu verlegen, um selbst auch vom Wohlstand hierzulande profitieren zu können. Also mit Migration, bei deren Einschränkung sich die EU – und damit auch Deutschland – an ihren Außengrenzen durch teils brutale Pushbacks und die Errichtung von Lagern, in denen menschenunwürdige Lebensbedingungen herrschen, kaum mehr auf die Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte konzentriert. Der Klimawandel – und damit verbunden die gefährdete Energie-, Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung – sowie Migration und Kriege bleiben ernsthaftes Widersacher einer Außenpolitik, die sich vielleicht am liebsten vollständig und ausschließlich diplomatisch der Menschenrechtscharta verschreiben wollte.

## Wie viel investiert Deutschlands Außenpolitik in Menschenrechte?

Die ideelle Fokussierung der deutschen Außenpolitik auf sogenannte Soft Power – sanfte und gewaltlose Einflussnahme – zeigt sich bei der Finanzplanung. Dort wird aber auch deutlich, dass viel größere Summen in andere Politikbereiche fließen.

12 SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP: Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, 07.12.2021, unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1>.

13 Auswärtiges Amt: Rede von Außenministerin Annalena Baerbock im Bundestag anlässlich der Haushaltsdebatte zum Haushalt 2022, 01.06.2022, unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-haushalt/2533896>.

14 Vgl. Julia Leininge und Markus Böckenförde: Prozesse fördern, nicht nur Produkte fordern: Demokratie und Menschenrechte in der deutschen Außenpolitik, Bundeszentrale für politische Bildung, 01.03.2012, unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/75799/prozesse-foerdern-nicht-nur-produkte-fordern-demokratie-und-menschenrechte-in-der-deutschen-aussenpolitik/>.

Im Juni 2022 verabschiedete der Bundestag den neuen Bundeshaushalt: Regulär sind 7,1 Milliarden Euro für das auswärtige Amt vorgesehen.<sup>15</sup> Mit rund 4 Milliarden Euro soll mehr als die Hälfte davon im Bereich „Sicherung von Frieden und Stabilität“ für humanitäre Hilfe (2,7 Mrd. Euro), Beiträge an die Vereinten Nationen (ca. 700 Mio. Euro), zur Krisenprävention durch Partnerschaften mit „fragilen Staaten“ (knapp 600 Mio. Euro) sowie für Rüstungskontrolle und das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF, zusammen rund 70 Mio. Euro) ausgegeben werden. Für die - innerhalb Deutschlands wenig sichtbare - Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik steht mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung. Dazu gehört die Arbeit der Goethe-Institute, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), teilweise die Arbeit der politischen Stiftungen im Ausland, die Unterstützung verfolgter Wissenschaftler\*innen, Menschenrechtsorganisationen, Studierender und Kulturschaffender.

Wichtige Ziele, die auf diesen indirekten Wegen erreicht werden sollen, sind die Stärkung von Zivilgesellschaften vor Ort und im Exil sowie die Bekämpfung von Desinformation im Dienste staatlicher Propaganda, beispielsweise durch Russland. Denn: „Eine wertebasierte Außenpolitik heißt für uns“, so Baerbock bei den Haushaltsdebatten 2022, „Sicherheit ist mehr als nur die Abwesenheit von Krieg. Sie bedeutet auch Investitionen in Bildungsarbeit, in Menschenrechtsarbeit, und sie bedeutet, pragmatisch zu sein, in den entscheidenden Momenten zu handeln. Das ist unsere gemeinsame Lehre - auch aus Afghanistan.“<sup>16</sup>

Und Pragmatismus braucht es, denn das Budget des Auswärtigen Amtes gehört eher zu den kleineren Posten im Bundeshaushalt - es umfasst nur knapp 1,5 Prozent des gesamten Regierungshaushalts. Zum Vergleich: Für das Innenministerium ist mit circa 15 Milliarden Euro das Doppelte des AA-Budgets<sup>17</sup> vorgesehen, für das Verteidigungsministerium mehr als 50 Milliarden Euro (rund 10 % des Gesamthaushalts) und mit seiner militärpolitischen „Zeitenwende“ versprach Kanzler Olaf Scholz im Frühjahr 2022 Investitionen in Höhe von 100 Milliarden Euro in die Bundeswehr. Für die Aufstockung des Bundeswehr- und Verteidigungsetats wird zwar auch mit dem Schutz von Menschenrechten argumentiert, Kern der Debatte sind aber deutsche Sicherheitsinteressen.

## Widersprüche und gescheitertes Engagement

Die „sanfte“ deutsche Außenpolitik wird, wie so viele politische Aktivitäten, vor allem dann sichtbar, wenn sie scheitert. Kaum Beachtung fanden hingegen die langjährigen Programme zur Stärkung prodemokratischer Zivilgesellschaften und der Menschenrechte beispielsweise im postsowjetischen Raum, im Rahmen der Östlichen Partnerschaft<sup>18</sup> der EU.

15 Auswärtiges Amt: Was kostet Außenpolitik: Der Haushalt des Auswärtigen Amtes, 05.01.2022, unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/auswdienst/haushalt/2283092>.

16 Auswärtiges Amt: Rede von Außenministerin Annalena Baerbock, 01.06.2022.

17 Bundeshaushalt: Entdecken Sie den Bundeshaushalt interaktiv, eingesehen am 03.06.2022, unter: <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html>.

18 Auswärtiges Amt: Die Östliche Partnerschaft, 28.12.2020, unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/nachbarschaftspolitik/oestliche-partnerschaft-node>.

Mittlerweile wird sichtbar, dass ebendieses „sanfte Engagement“ in Russland und Belarus gescheitert ist: in Belarus spätestens seit 2020, als das Lukaschenko-Regime friedlich protestierende Massen niederschlug und bis heute jegliche zivilgesellschaftliche Aktivitäten verfolgt und bestraft; in Russland spätestens seit Ende Februar 2022: Die Eskalation zum aktuellen Angriffskrieg konnte nicht verhindert und die Zivilgesellschaft nicht ausreichend gestärkt werden, als dass sie Widerstand leisten könnte. Trotz Anti-Kriegs-Demonstrationen und Aufklärungsarbeit aus dem Ausland läuft der russische Krieg gegen die Ukraine weiter, ein Ende ist nicht in Sicht – erst recht nicht von russischer Seite.

Anders in der Ukraine: Auch hier wurde eine breite NGO-Landschaft bis hin zu kleinen Initiativen unterstützt, die nun im Kriegszustand effizient die praktische Versorgung von Kriegsopfern, besonders vulnerablen Gruppen wie Frauen, LGBTQ oder Menschen mit Behinderung organisieren kann. So unterstützt das Auswärtige Amt seit Jahren, unter anderem durch Finanzierung von internationalen Journalismusprojekten, beispielsweise die regionale LGBTQ-NGO „Gender Zed“ in Saporischschja im Südosten der Ukraine, die aktuell vor allem humanitäre Hilfe akquiriert und Binnenflüchtende aus den Kriegsgebieten weiter im Osten versorgt. Wellenweise Aufmerksamkeit erhält die deutsche Außenpolitik – wieder nach dem Prinzip der Negativ-News – auch als einflussreicher Teil der europäischen Agenda, wenn es um das Vorgehen an EU-Außengrenzen geht, wo seit Jahren fliehende Menschen im Meer ertrinken, illegalen Pushbacks ausgesetzt sind und seit 2021 auch im osteuropäischen Dickicht an der polnisch-belarusischen Grenze darben. Meist dann, wenn die Deals mit Machthabern wie Erdogan in der Türkei oder eben Lukaschenko in Belarus zum Stoppen ungewollter Zuwanderung nach Europa ausgesetzt oder aufgekündigt werden. Staatliche Gelder fließen indes in die europäische Grenzschutzformation Frontex, die die Grenzen der EU gegen illegale Übertretung schützen soll. Eigentlich ohne Menschenrechte zu verletzen.

Der Migrationsexperte Gerald Knaus betonte Ende Juni 2022 bei einer Podiumsdiskussion in Frankfurt (Oder):<sup>19</sup> „Das sind permanente Menschenrechtsverstöße“ – und zwar aufseiten der EU selbst. Deutschland könne in diesen Debatten ja leicht moralisieren: „Günstige Ausgangslage – wir haben ja selbst keine EU-Außengrenze.“ Aber durch eine Reform des europäischen Asylsystems und ein reguläres, solidarisches Aufnahmesystem, wie es die Bundesrepublik anstoßen könnte und wie es auch im Koalitionsvertrag der Ampelregierung vorgesehen ist, könnten die Erwartungen der Deutschen erfüllt werden, so Knaus: „Die Menschen wollen ja keine sterbenden Frauen und Kinder im Urwald. Aber sie wollen auch ein Gefühl der Kontrolle darüber haben, wer kommt.“

Derweil fordern praktisch alle Parteien immer wieder eine entschlossenere Bekämpfung der Fluchtursachen, also auch der Kriege in Afrika und im Nahen Osten. Hier liegen aber noch andere handfeste deutsche Interessen: Die – übrigens durch die Bundesregierung genehmigungspflichtigen (!) – Rüstungsexporte Deutschlands

19 Zit. nach: Polen und Deutsche diskutieren in Frankfurt (Oder) über den Umgang mit Geflüchteten, rbb 24, 01.07.2022, unter: <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/beitraege/2022/07/polen-flucht-gefluechtete-kleistforum-frankfurtoder.html>.



erreichten 2021 einen neuen Höchststand,<sup>20</sup> Deutschland war 2017 bis 2021 der fünftgrößte Exporteur schwerer Waffen weltweit.<sup>21</sup> Kriegswaffen und andere Rüstungsgüter im Wert von 9,3 Milliarden Euro wurden allein 2021 ins Ausland verkauft, davon nur 36 Prozent an EU- und NATO-Mitgliedsstaaten. Das schon das zweite Jahr in Folge am meisten belieferte Drittland ist Ägypten - mit 4,3 Milliarden Euro sorgten diese Verkäufe für fast die Hälfte der Rüstungsexporteinnahmen Deutschlands insgesamt.<sup>22</sup> Und das, obwohl das Land offiziell immer wieder wegen Menschenrechtsverletzungen kritisiert wird.<sup>23</sup>

Auch die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait und Katar erhielten deutsche Waffen - alles Länder, die in die jahrzehntelangen militärischen Konflikte im Jemen und in Libyen verwickelt sind. Die neue Ampelregierung kündigte zwar an, Waffenexportgenehmigungen künftig strenger zu prüfen. Jedoch soll Katar beispielsweise ja auch Ressourcenlieferant für Deutschland werden, wenn ein umfassendes Embargo gegen russisches Öl und Gas eingeführt wird.

## Leicht schwerer Wandel

Sind die Menschenrechte also nur eine Formalität? Außenpolitik ist in Bezug auf Menschenrechte ein ständiges Lavieren. Wie die Maslowsche Bedürfnishierarchie sagt: Erst müssen physiologische Bedürfnisse (Trinkwasser, Ernährung) befriedigt werden, dann muss die Sicherheit gewährleistet sein und erst dann können soziale und individuelle, also immaterielle und ideelle Forderungen erfüllt werden. So einfach, so schwierig in einer globalen Welt.

Die SWP-Studie *Deutsche Außenpolitik im Wandel* von 2021 zeichnet darum auch ein kompliziertes Bild einer gelingenden außenpolitischen Wende der Bundespolitik: „Viele internationale Parameter wandeln sich, was einen veränderten Blickwinkel und eine Neuausrichtung des eigenen Handelns erforderlich macht.“<sup>24</sup>

20 Statista: Wert der Einzelgenehmigungen für den Export von Rüstungsgütern aus Deutschland von 2009 bis 2021, 15.06.2022, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/873534/umfrage/wert-der-einzelgenehmigungen-fuer-den-export-von-deutschen-ruestungsguetern/>.

21 SIPRI – Stockholm International Peace Research Institute: SIPRI Yearbook 2022: Armaments, Disarmament and International Security, Oxford University Press, S. 13, unter: [https://sipri.org/sites/default/files/2022-06/yb22\\_summary\\_en\\_v3.pdf](https://sipri.org/sites/default/files/2022-06/yb22_summary_en_v3.pdf).

22 BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung im Jahr 2021 – vorläufige Genehmigungszahlen, 18.01.2022, unter: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/01/20220118-ruestungsexportpolitik-der-bundesregierung-im-jahr-2021-vorlaeufige-genehmigungszahlen.html>.

23 Deutsche Welle: Neuer Rekord bei deutschen Rüstungsexporten, 18.01.2022, unter: <https://www.dw.com/de/neuer-rekord-bei-deutschen-r%C3%BCstungsexporten/a-60466676>.

24 Günther Maihold, Stefan Mair, Melanie Müller, Judith Vorrath und Christian Wagner (Hg.): *Deutsche Außenpolitik im Wandel*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 2021, S. 5, unter: [https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S15\\_Deutsche\\_Aussenpolitik.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S15_Deutsche_Aussenpolitik.pdf).

Dazu gehörten auch antidemokratische Elemente von Regierungen in den eigenen Bündnissen, etwa Polen oder Ungarn in der EU, weitere autoritäre Regierungen weltweit wie eben in Russland, aber auch die Wirtschaftsgroßmacht China. Veränderungen und Anpassung seien nötig. Mit Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine, praktisch vor der Nase der EU-Staaten, wird das Tempo dieses Wandels und der zu treffenden konsequenten Entscheidungen anziehen: Plötzlich müssen die Werte - allen voran die Menschenrechte - nicht mehr nur diplomatisch geschützt, sondern auch - möglicherweise militärisch - verteidigt werden. Mit offenem und selbstkritischem Auge - ohne sie selbst zu verletzen.

# **Menschenrechte: Nur in der Außenpolitik präsent – und nur da, wo es nicht weh tut**

Petra Kalenská

**Die Außenpolitik ist der einzige Bereich, in dem die Menschenrechte für die aktuelle tschechische Regierung eine Rolle spielen. Das geht aus dem Koalitionsvertrag und dem Wahlprogramm des Fünfer-Wahlbündnisses hervor. In allen anderen Politikbereichen, von der Justiz über die Bildung bis hin zu Arbeit und Soziales, finden die Menschenrechte in den Dokumenten keinerlei Erwähnung. Das ist vor allem deshalb ein unglücklicher Umstand, weil die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der einzige Bereich des Völkerrechts ist, in dem die Staaten ihren eigenen Bevölkerungen gegenüber verpflichtet werden. Die größte menschenrechtliche Bedeutung hat darum die innenpolitische Arbeit eines Staates, nicht die außenpolitische.**

In der Praxis konzentriert sich die tschechische Außenpolitik seit 1989 auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft, und zwar in Ländern, in denen bürgerliche und politische Rechte eingeschränkt werden. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, das Verbot von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht oder sexueller Orientierung und das Recht auf eine gesunde Umwelt werden hintangestellt, obwohl die Tschechische Republik offiziell die Konventionen, die diese Rechte

beinhalten, unterzeichnet und ratifiziert hat, mit Ausnahme der sogenannten Istanbul-Konvention (siehe unten). Die Situation hat sich auch nach der Verabschiedung des „Konzepts für die Förderung der Menschenrechte und der transformativen Zusammenarbeit“ im Jahr 2015 nicht geändert. Was bleibt, ist der problematische Umstand, dass nur von bestimmten Staaten die Einhaltung der Menschenrechte verlangt wird, und zwar in der Regel von solchen mit denen Tschechien seine wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen nicht ausbauen möchte.

## Menschenrechte auf dem Papier

Im aktuell gültigen Koalitionsvertrag<sup>1</sup> für die Legislaturperiode 2021–2025<sup>2</sup> wird die Bedeutung der Menschenrechte in der Auffassung der neuen Regierung dargelegt. In der Präambel erfahren wir zwar, dass sich die Koalitionsparteien zur tschechischen verfassungsmäßigen Ordnung, zur Achtung der Rechte der Bürger\*innen und zum Minderheitenschutz bekennen,<sup>3</sup> doch ein Verweis auf die Menschenrechte findet sich nur in denjenigen Abschnitten des Programms, die sich mit der Außenpolitik beschäftigen.<sup>4</sup> Dies deutet darauf hin, dass sich die Regierung zwar gegenüber anderen Staaten und deren Bevölkerungen an die Wahrung der Menschenrechte gebunden fühlt, nicht aber gegenüber den eigenen Bürger\*innen.

Konkret heißt es im außenpolitischen Teil des Koalitionsvertrags: „Die Unterstützung von Demokratie, Menschenrechten und Zivilgesellschaft ist moralisch richtig, aber auch für unser Land von Vorteil. Unsere Politik der Menschenrechte und der Transformation sicherte uns nicht zuletzt einen Platz in der Mitte der europäischen Politik. Wir knüpfen an eine außenpolitische Tradition im Stile Havels an, einschließlich der Förderung der Entwicklungszusammenarbeit. Wir machen uns stark für ein Gesetz, das grobe Menschenrechtsverletzungen sanktioniert (das sogenannte Magnitsky-Gesetz).“<sup>5</sup> Und das ist in dem 42-seitigen Dokument mit seinen 15 Bereichen (Digitalisierung bis Umweltschutz) alles, was man zum Thema Menschenrechte findet. Ähnlich verhält es sich mit der Regierungserklärung.<sup>6</sup> Die Menschenrechte sind für die derzeitige Regierung offenbar nur von nachrangiger Bedeutung.

1 Koalitionsvertrag, unterzeichnet von der ODS (Demokratische Bürgerpartei), KDU-ČSL (Christdemokraten), TOP 09 (Koalition SPOLU), der Tschechischen Piratenpartei und der politischen Bewegung STAROSTOVÉ A NEZÁVISLÍ (Bürgermeister und Unabhängige).

2 Vgl. Koaliční smlouva uzavřená mezi Občanskou demokratickou stranou, KDU-ČSL, TOP 09 (koalice SPOLU), Českou pirátskou stranou a hnutím STAROSTOVÉ A NEZÁVISLÍ (koalice Piráti a Starostové) na volební období 2021–2025, unter: <https://www.ods.cz/dl/50342/SPOLU-PirSTAN-KOALICNI-SMLOUVA.pdf>.

3 Ebd., S. 4.

4 Und zwar im Schritt Nr. 2: „Orientace na EU a NATO“, und dann noch einmal im Programmabsatz „Außenpolitik“.

5 Ebd., S. 36, eigene Übersetzung.

6 Vláda ČR: Programové prohlášení vlády, 06.01.2022, unter: <https://www.vlada.cz/cz/programove-prohlaseni-vlady-193547/>.

Ein wichtiges Dokument zum Verständnis der Rolle der Menschenrechte in der tschechischen Außenpolitik ist das „Konzept für die Förderung der Menschenrechte und transformativen Zusammenarbeit“,<sup>7</sup> das im Jahr 2015 aufgelegt wurde (im Folgenden „Konzept 2015“). Darin werden Prioritäten definiert und es gibt ein ausdrückliches Bekenntnis zu den Prinzipien der Unteilbarkeit der Menschenrechte<sup>8</sup> sowie zur Gleichheit und Nichtdiskriminierung. Interessant ist die Betonung, es gehe um einen offenen Dialog „sowohl mit denjenigen, die sich zu den Grundsätzen der liberalen Demokratie bekennen, als auch mit denjenigen, die einen anderen Weg verfolgen, seien es Regierungen oder Zivilgesellschaften“.<sup>9</sup> In dem Dokument werden insgesamt sieben thematische Prioritäten dargelegt. Dabei geht es neben der Förderung der Zivilgesellschaft, der freien Meinungsäußerung und der politischen Partizipation (insbesondere bzgl. des Wahlrechts) auch um die Förderung rechtsstaatlicher Institutionen, die Gleichstellung und Nichtdiskriminierung sowie um die Menschenrechte in den Bereichen Beschäftigung und Umwelt.

Dass wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte mit aufgenommen wurden, löste damals eine heftige Debatte aus.<sup>10</sup> Ein breites Spektrum der Bevölkerung beteiligte sich daran, und es wurde schließlich ein ganzer Band dazu herausgegeben, unter dem Titel *Menschenrechte: (Un-)Sinn der tschechischen Politik?* (dt. Übers.)<sup>11</sup> Auch wenn inhaltlich vieles zu kritisieren ist,<sup>12</sup> ist der Band ein hervorragendes Zeugnis der Debatte, die damals rund um das Thema Menschenrechte in der Außenpolitik entbrannte.

Die Diskussion kam damals aufgrund der Sorge auf, man würde sich von der „Havel’schen“ Außenpolitik entfernen, also von einer Außenpolitik, die sich an der Wahrung der Menschenrechte orientierte und wie sie 2014 vom Außenministerium präsentiert wurde. Obwohl einige Regierungsvertreter\*innen (vor allem Petr Drulák, damals Vizeaußenminister) für eine stärkere Einbeziehung von sozialen, kulturellen, gender- und umweltbezogenen Rechten argumentierten,<sup>13</sup> bestand die hauptsächliche Veränderung in der Stärkung der diplomatischen Beziehungen zu Russland und China. Dass dies der falsche Schritt war, wurde ziemlich schnell klar: Nicht einmal zwei Monate nach der Veröffentlichung des ersten Artikels von Petr Drulák und dem damaligen Außenminister Lubomír Zaorálek<sup>14</sup> stimmte das russische Parlament für die Besetzung der Krim.

7 Ministerstvo zahraničních věcí (Außenministerium): *Koncepce podpory lidských práv a transformační spolupráce*, aktualisiert am 16.09.2015, unter: [https://www.mzv.cz/jnp/cz/zahranicni\\_vztahy/lidska\\_prava/transformacni\\_spoluprace\\_1/koncepce\\_transformacni\\_spoluprace\\_1.html](https://www.mzv.cz/jnp/cz/zahranicni_vztahy/lidska_prava/transformacni_spoluprace_1/koncepce_transformacni_spoluprace_1.html).

8 Ebd., S. 4.

9 Ebd., S. 3, eigene Übersetzung.

10 Vgl. z. B. Veronika Bílková: *Lidskoprávní rozměr české zahraniční politiky*, in: Michal Kořan et al.: *Česká zahraniční politika v roce 2015*. Prag: Ústav mezinárodních vztahů, 2016, S. 375–393, unter: <https://www.iir.cz/nova-publikace-ceska-zahranicni-politika-v-roce-2015>.

11 Jiří Příbáň, Václav Bělohradský et al.: *Lidská práva: (ne)smysl české politiky?* Prag: SLON, 2015.

12 Allein schon bzgl. der Beteiligung von Frauen ist er mangelhaft: Von 18 Beiträgen sind nur zwei von Frauen geschrieben: Kateřina Šimáčková und Eliška Wagnerová. Viel Kritik verdient der Beitrag von Roman Joch, dessen Fachkenntnis dadurch begründet wird, dass er Direktor des „Občanský institut“ („Bürgerinstitut“) ist.

13 Ebd., S. 64.

14 Petr Drulák und Lubomír Zaorálek: *Probuďme naši zahraniční politiku*, *Právo*, 10.01.2014.

Wenn man bedenkt, wie groß die Herausforderungen im Bereich der Gleichstellung von Männern und Frauen im eigenen Land für die tschechische Regierung sind, ist es besonders interessant, welche Stoßrichtung dieses Thema im „Konzept 2015“ erhalten hat. So werden Frauen in einzelnen Abschnitten als „Verteidigerinnen der Menschenrechte“ bezeichnet, „die besonderen Formen der Verfolgung ausgesetzt sein können“.<sup>15</sup> Zudem müssten Frauen stärker politisch und öffentlich teilhaben.<sup>16</sup> Weitere zentrale Themen sind die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen, unter anderem in bewaffneten Konflikten – obwohl es dafür in der Innenpolitik kaum Unterstützung gibt. Das „Konzept 2015“ spricht sich offen dafür aus, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und von häuslicher Gewalt, die Istanbul-Konvention, zu ratifizieren.<sup>17</sup>

Eine der Prioritäten des „Konzepts 2015“ ist die Förderung von Gleichheit und Nichtdiskriminierung. Die Tschechische Republik wolle sich insbesondere „gegen Diskriminierung aussprechen und die Einbeziehung der Gleichstellung in andere Politikbereiche fördern, einschließlich der Schaffung thematischer EU-Richtlinien zur Antidiskriminierung in den außenpolitischen Beziehungen und der Umsetzung bestehender EU-Richtlinien (z. B. die Richtlinie zur Förderung und zum Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit; die Leitlinie zu den Rechten von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen und intersexuellen Menschen)“.<sup>18</sup> Es ist großartig, dass zumindest ein offizielles Regierungsdokument das Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung konstatiert. Wenn man sich aber die Taten einiger Mitglieder der derzeitigen Koalition ansieht, wird leider klar, dass sie sich von diesen Prioritäten nicht leiten lassen. Ein Beispiel ist der Vorschlag zur Änderung der tschechischen Charta der Grundrechte und Freiheiten vom 14. Juli 2022,<sup>19</sup> der darauf abzielt, mehr Hindernisse für die Gleichstellung von LGBT+-Personen zu schaffen, d. h. die Ehe nur als Verbindung zwischen Mann und Frau zu definieren. Dieser Vorschlag wurde von Abgeordneten der Parteien ODS, ANO, TOP 09, SPD und KDU-ČSL gemeinsam eingereicht. Zwei dieser Parteien (ANO und KDU-ČSL) waren allerdings an der Regierung beteiligt gewesen, die das „Konzept 2015“ erstellt hat.

Beim Thema Menschenrechte in Beschäftigungsverhältnissen und im Umweltschutz heißt es, dass die Tschechische Republik die Ratifizierung und Einhaltung der einschlägigen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) verfolgen werde. Hier tut sich erneut ein Widerspruch auf zwischen dem „Konzept 2015“ und dem tatsächlichen Regierungshandeln. Da ist zum Beispiel das IAO-Übereinkommen über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt (Nr. 190) von 2019. Laut der Regierungsstrategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2021–2030 plant die tschechische Regierung nicht, dieses wichtige

15 „Konzept 2015“, S. 6.

16 Ebd., S. 8.

17 Ebd., S. 11.

18 Ebd., S. 10, eigene Übersetzung.

19 Návrh poslanců Marka Výborného, Marka Bendy, Vlastimila Válka, Aleše Juchelky a Aleše Dufka na vydání ústavního zákona, kterým se mění Listina základních práv a svobod, ve znění ústavního zákona č. 162/1998 Sb. a ústavního zákona č. 295/2021 Sb., Sněmovní tisk č. 276/O, unter:

<https://www.psp.cz/sqw/text/tiskt.sqw?O=9&CT=276&CT1=0>.

Übereinkommen zu ratifizieren. Dass die Regierung sich so zögerlich verhält, erweckt nicht den Eindruck, als wäre das Thema Gewalt gegen Frauen für sie relevant. Dafür gibt es einen einfachen Grund: Das Übereinkommen enthält die Begriffe „Gender“ und „genderbezogene Gewalt“, und diese Begriffe sind nach einer heftigen Desinformationskampagne politisch äußerst heikel geworden. Das „Konzept 2015“ nennt also menschenrechtliche Werte, die die Regierung in der Praxis nicht ausfüllt.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang das Dokument „Prioritäten des Außenministeriums“<sup>20</sup> erwähnenswert, das 2020, also noch unter der Vorgängerregierung (ANO und ČSSD mit Unterstützung der KSČM), veröffentlicht wurde. Auch hier gibt es einen Absatz zur Menschenwürde und zu den Menschenrechten.<sup>21</sup> Die Prioritäten sind denen aus dem „Konzept 2015“ sehr ähnlich (es geht um schwere Menschenrechtsverletzungen, die Beteiligung an regelmäßigen Überprüfungen, die Partizipation in öffentlichen und politischen Belangen, die Unterstützung der präventiven Rolle des UN-Menschenrechtsrats). Im Abschnitt zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wird die Prävention von Gewalt gegen Frauen erwähnt. Und als letzter genderpolitisch relevanter Punkt des Dokuments wird die zentrale Rolle Tschechiens für die regionale genderspezifische Vertretung im Rahmen des Internationalen Strafgerichtshofs betont.<sup>22</sup> Für 2021 und 2022 wurden die „Prioritäten des Außenministeriums“ nicht aktualisiert.<sup>23</sup>

Was aus alledem folgt: Das Außenministerium hat ein ausgeprägtes Verständnis der Menschenrechte und verfügt über ein detailliert ausgearbeitetes Dokument, um sie zu priorisieren und durchzusetzen. Zugleich geht aus dem Koalitionsvertrag hervor, dass die derzeitige Regierung die Menschenrechte, wenn überhaupt, nur in die Außenpolitik integrieren will, nicht in ihre innenpolitischen Maßnahmen. Bleibt also die Frage, wie die Menschenrechte gegenüber anderen Staaten durchgesetzt werden sollen.

## **Menschenrechte in der Außenpolitik: nur da, wo es nicht weh tut**

Schon im „Konzept 2015“ wurde behauptet, Tschechien strebe für die Jahre 2019 bis 2021 wieder einen Sitz im UN-Menschenrechtsrat an. Einen Sitz in diesem Gremium zu erhalten, ist keine Selbstverständlichkeit, und für eine Kandidatur muss ein Land seine Prioritäten darlegen oder seine Ausrichtung in Bezug auf die Menschenrechte anderweitig verdeutlichen. Tschechien sagte bei seiner Kandidatur zu, die sogenannte Istanbul-Konvention zu ratifizieren,<sup>24</sup> was für die Regierung eigentlich auch nicht weiter schwierig sein sollte. Schon im „Konzept 2015“ bekannte sie sich dazu, das Thema Gewalt gegen Frauen anzugehen. Im Jahr 2016 unterzeichnete

20 Ministerstvo zahraničních věcí ČR: Priority Ministerstva zahraničních věcí ČR pro rok 2020, eingesehen am 30.08.2022, unter: [https://www.mzv.cz/jnp/cz/zahranicni\\_vztahy/analyzy\\_a\\_koncepce/priority\\_ministerstva\\_zahranicnich\\_veci.html](https://www.mzv.cz/jnp/cz/zahranicni_vztahy/analyzy_a_koncepce/priority_ministerstva_zahranicnich_veci.html).

21 Ebd., S. 4–5.

22 Ebd., S. 4.

23 Der Grund dafür ist der Verfasserin nicht bekannt.

24 Letter dated 23 April 2018 from the Permanent Representative of Czechia to the United Nations addressed to the President of the General Assembly, un.org, S. 3, unter: <https://undocs.org/en/A/73/82>.

das Außenministerium dann das Übereinkommen – und danach passierte nichts mehr. Die Tschechische Republik wurde in den Menschenrechtsrat gewählt, ihr Versprechen hielt sie jedoch nicht. Es kam nicht einmal eine Ratifizierung durch die Regierung zustande, geschweige denn die durch das Parlament. Hatte das Außenministerium in den „Prioritäten für 2020“ noch behauptet, dass das Thema Gewalt gegen Frauen für Tschechien wichtig sei und man sich damit beschäftigen wolle, brachte der Justizminister Pavel Blažek (ODS) nach dem Antritt der neuen Regierung jedoch zum Ausdruck,<sup>25</sup> dass er den Vorschlag zur Ratifizierung nicht vorlegen werde, und verschob diese Aufgabe unbegründeterweise um ein Jahr.<sup>26</sup> Die Tschechische Republik hat nach dem Ausschluss Russlands im Jahr 2022 erneut einen Platz im UN-Menschenrechtsrat für zwei Jahre erhalten. Jedoch war dieses Land, das so stolz ist auf seine menschenrechtlichen Ideale in Geschichte und Gegenwart, nach dem Ausscheiden von Helena Válková, der vorherigen Menschenrechtsbeauftragten der Regierung, drei Monate lang nicht in der Lage, eine\*n neue\*n Menschenrechtsbeauftragte\*n zu ernennen. Direkt nach der erneuten Wahl wurde Klára Šimáčková Laurenčíková übereilt für diesen Posten ernannt.<sup>27</sup>

Tschechiens Fokus lag schon immer auf den politischen und bürgerlichen Rechten, auf der Unterstützung der Verteidiger\*innen der Menschenrechte, vor allem in nahen und benachbarten Ländern, etwa in Osteuropa. Laut den erwähnten Dokumenten ist es erklärtes außenpolitisches Ziel, auch die rechtsstaatlichen Institutionen abzusichern. Doch selbst in diesem Punkt stehen die Menschenrechte nicht an erster Stelle. So pflegten Andrej Babiš, 2017–2021 Ministerpräsident Tschechiens, und Viktor Orbán eine recht gute Beziehung. Die Situation von NGOs, die Unabhängigkeit der Medien und die Rechtsstaatlichkeit in Ungarn im Allgemeinen wurden nicht (öffentlich) diskutiert.<sup>28</sup> Ähnlich verhält es sich mit der aktuellen Regierung. Zwar sind die guten Beziehungen zu Ungarn nun etwas abgeflaut, doch es lässt sich eine deutliche Annäherung an Polen beobachten. Trauriges Beispiel für die Bemühung um gute bilaterale Beziehungen auf Kosten der Menschenrechte ist das umstrittene, im Februar 2022 geschlossene Abkommen zum Braunkohleabbau Turów. Dieser Tagebau hat auch Auswirkungen auf tschechische Bürger\*innen und verletzt etwa ihr Recht auf eine gesunde Umwelt. Dies ließ die tschechische Regierung außer Acht und unterzeichnete trotz heftiger Kritik von Anwohner\*innen die unvorteilhafte Vereinbarung.<sup>29</sup> Auch zu Menschenrechtsverletzungen in Polen

25 Vgl. Hana Mazancová: Blažek odkládá projednání Istanbulské úmluvy do ledna 2023. Koalice k ní má vlašný přístup a nechce se o ni rozbít, in: Deník N, 30.01.2022, unter: <https://denikn.cz/797034/blazek-odklada-projednani-istanbulske-umluv-y-do-ledna-2023-koalice-k-ni-ma-vlazny-pristup-a-nechce-se-o-ni-rozbit/?ref=tit>.

26 A. d. Hrsrg.: Im Juni 2023 hat die tschechische Regierung die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses im Parlament gebilligt.

27 Usnesení vlády ze dne 11. května 2022 č. 392 o jmenování vládní zmocněnkyně pro lidská práva, Vláda ČR, 11.05.2022, unter: <https://apps.odok.cz/djv-agenda?date=2022-05-11>.

28 Mehr zum Stand der Menschenrechte in Ungarn z. B. bei Human Rights Watch, unter: <https://www.hrw.org/world-report/2022/country-chapters/hungary>.

29 Mehr zu diesem Fall z. B. hier: Premiér Fiala u dolu Turów kapituloval. Ještě horší dohoda, než jsme se obávali, Společně pro vodu, 03.02.2022, unter: <https://www.spolecneprovodu.cz/aktuality/premier-fiala-u-dolu-turov-kapituloval-jeste-horsi-dohoda-nez-j sme-se-obavali>.



schweigt die tschechische Regierung. Wegen mangelnder Unabhängigkeit der Justiz wird das Land von der EU scharf kritisiert. Ganz zu schweigen von den Rechten von LGBT+-Personen und dem Recht der Frauen auf reproduktive Selbstbestimmung.<sup>30</sup>

Am 21. September 2022 hielt Außenminister Jan Lipavský (Piraten) eine Rede vor der UN-Generalversammlung.<sup>31</sup> Darin berief er sich in vielerlei Hinsicht auf die Menschenrechte, verwies auf Václav Havel und vergaß nicht zu erwähnen, dass die Tschechische Republik pro Kopf die meisten ukrainischen Flüchtlinge aufgenommen habe. Er sagte: „Leider verschlechtert sich auch die Menschenrechtssituation in Ländern wie Afghanistan, Kuba, Äthiopien, Iran, Myanmar und Venezuela immer weiter.“ Die Auswahl ist interessant, da es sich ausschließlich um Länder handelt, mit denen Tschechien keine Handelsinteressen verbindet. Gleichwohl kommt aus dem Außenministerium keinerlei Kritik an Ländern wie Kuwait,<sup>32</sup> Katar<sup>33</sup> oder Saudi-Arabien,<sup>34</sup> also an Ländern, mit denen die Tschechische Republik unter anderem auf dem Gebiet der fossilen Brennstoffe oder im Bereich der Rüstungsexporte zusammenarbeitet. Ist Tschechien also nur diejenigen Staaten zu kritisieren bereit, bei denen die Kritik nichts kostet oder deren Zusammenarbeit mit Russland als störend empfunden wird? Die wiederholte Verurteilung der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste im Iran nach der Ermordung von Mahsa Amini<sup>35</sup> steht in krassem Gegensatz zum Schweigen zu der Behandlung von Migrant\*innen, LGBT+-Personen und Frauen in Katar.

30 Mehr zum Stand der Menschenrechte in Polen z. B. bei Human Rights Watch, unter: <https://www.hrw.org/world-report/2022/country-chapters/poland>.

31 Rede von Jan Lipavský auf der 77. Sitzung der UN-Generalversammlung am 21.09.2022, einsehbar unter: [https://www.mzv.cz/jnp/cz/udalosti\\_a\\_media/tiskove\\_zpravy/projev\\_ministra\\_zahranicnich\\_veci\\_jana.html](https://www.mzv.cz/jnp/cz/udalosti_a_media/tiskove_zpravy/projev_ministra_zahranicnich_veci_jana.html).

32 MZV: Náměstek ministra zahraničních věcí Martin Dvořák jednal s kuvajtským velvyslancem, 01.07.2022, unter: [https://web.archive.org/web/20220823033927/https://www.mzv.cz/jnp/cz/udalosti\\_a\\_media/tiskove\\_zpravy/namestek\\_ministra\\_zahranicnich\\_veci\\_8.html](https://web.archive.org/web/20220823033927/https://www.mzv.cz/jnp/cz/udalosti_a_media/tiskove_zpravy/namestek_ministra_zahranicnich_veci_8.html).

33 MZV: Ministr Lipavský otevřel v Kataru zastupitelský úřad a jednal o další ekonomické spolupráci, 27.10.2022, unter: [https://web.archive.org/web/20221201075234/https://www.mzv.cz/jnp/cz/udalosti\\_a\\_media/tiskove\\_zpravy/ministr\\_lipavsky\\_otevrel\\_v\\_kataru.html](https://web.archive.org/web/20221201075234/https://www.mzv.cz/jnp/cz/udalosti_a_media/tiskove_zpravy/ministr_lipavsky_otevrel_v_kataru.html).

34 MZV: Náměstek ministra zahraničních věcí Martin Tlapa přijal velvyslance Saúdské Arábie, 16.09.2022, unter: [https://web.archive.org/web/20220925080052/https://www.mzv.cz/jnp/cz/udalosti\\_a\\_media/tiskove\\_zpravy/namestek\\_ministra\\_zahranicnich\\_veci\\_12.html](https://web.archive.org/web/20220925080052/https://www.mzv.cz/jnp/cz/udalosti_a_media/tiskove_zpravy/namestek_ministra_zahranicnich_veci_12.html).

35 MZV: Ministři zahraničí EU rozhodli o další podpoře Ukrajiny a přijali sankce proti Íránu, 15.11.2022, unter: [https://web.archive.org/web/20221207200213/https://www.mzv.cz/jnp/cz/udalosti\\_a\\_media/tiskove\\_zpravy/x2022\\_11\\_15\\_ministri\\_zahranici\\_eu\\_rozhodli\\_o\\_dalsi.html](https://web.archive.org/web/20221207200213/https://www.mzv.cz/jnp/cz/udalosti_a_media/tiskove_zpravy/x2022_11_15_ministri_zahranici_eu_rozhodli_o_dalsi.html).

Die tschechische Außenpolitik hatte früher eine starke Menschenrechtskomponente, die vor allem mit dem Erbe von Václav Havel verbunden war. Sie basierte auf der Hilfe für Verteidiger\*innen der Menschenrechte, der Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Sicherstellung politischer Rechte, insbesondere des Wahlrechts. Dieser Schwerpunkt wurde mit der Verabschiedung des „Konzepts für die Förderung der Menschenrechte und transformativen Zusammenarbeit“ im Jahr 2015 zugunsten der Unterstützung sozialer, kultureller, geschlechtsspezifischer und ökologischer Rechte verschoben – allerdings nur auf dem Papier. Diese für tschechische Verhältnisse eher „nicht-traditionellen“ Rechte werden weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene besonders gefördert. Formal unterstützt Tschechien weiterhin die Zivilgesellschaft und die Rechtsstaatlichkeit. In der Praxis überwiegen jedoch andere Interessen, vor allem wirtschaftliche.

In zukünftigen außenpolitischen Strategiepapieren, in denen es um die Menschenrechte geht, sollte daher unterstrichen werden, dass sich die Tschechische Republik für bürgerliche und politische Rechte und darüber hinaus auch für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte einsetzt. Dazu gehören die Gleichstellung der Geschlechter und Rechte, die mit dem Schutz der Umwelt einhergehen. Auch wenn es zukünftig schwierig werden kann, sie einzuhalten, ist essenziell, sich zu ihnen zu bekennen. So könnte Tschechien Akteur\*innen unterstützen, die sich für die Menschenrechte einsetzen.





# Identität und Diversität



# „Die Realität der ostdeutschen Migrationsgesellschaft wird zu wenig benannt“

Das Interview führte Sarah Ulrich.<sup>1</sup>

**30 Jahre nach der Wende fehlen im kollektiven Gedächtnis noch immer die Perspektiven der (ehemaligen) Migrant\*innen und Vertragsarbeiter\*innen der DDR – obwohl Ostdeutschland schon lange eine Migrationsgesellschaft ist. Noa K. Ha, Migrationsforscherin und Wissenschaftsleiterin am Berliner DeZIM-Institut, erklärt im Interview, warum das so ist, wie sich die Lebensrealitäten verändert haben und wie sich (post-)migrantische<sup>2</sup> Perspektiven stärken lassen.**

<sup>1</sup> Anders als der Rest dieser Publikation wurde dieses Interview bereits im November 2019 veröffentlicht, anlässlich des 30. Jubiläums des Mauerfalls. Die Aussagen halten wir auch heute für relevant. An einigen Stellen bezieht sich das Interview auf damalige aktuelle Themen, wie z. B. die Landtagswahlen in einigen Bundesländern. Für die Erhaltung des Informationswertes greifen wir nicht redaktionell in die Aussagen ein und lassen sie in der Originalfassung mit Erklärung in Fußnoten.

<sup>2</sup> (Post-)migrantisch: ein von der Theatermacherin Shermin Langhoff geprägter Begriff, der das Ziel hat, „die Migration nicht zum Sonderfall, Mehrfachzugehörigkeit nicht zum Problem und Rassismus nicht zur Ausnahmeerscheinung zu erklären“; vgl. Naika Foroutan, Juliane Karakayali und Riem Spielhaus (Hg.): Postmigrantische Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2018. Unter „postmigrantisch“ werden alle Menschen zusammengefasst, die sich mindestens in der zweiten Generation in der Bundesrepublik befinden.

## **Zum Wendejubiläum sprechen viele derzeit von einer „ostdeutschen Identität.“ Gibt es diese überhaupt?**

Ich würde sehr vorsichtig damit sein, von einer Identität zu sprechen, weil das Tendenzen hat, zu essenzialisieren. Das ist das, was gerade von rechtsaußen explizit versucht und gemacht wird: das Thema der ostdeutschen Identität politisch zu instrumentalisieren. Aber ich würde sagen, dass es auf jeden Fall ostdeutsche Erfahrungen gibt. Sei es, dass die Leute die DDR selbst gekannt haben oder es eine Generation gibt, deren Eltern die DDR gekannt haben. Die Bezüge zur DDR würde ich als einen gemeinsamen Erfahrungsraum begreifen, den man als ostdeutsche Erfahrung und Referenzpunkt nennen und auf den man sich beziehen kann.

## **Wie wirken die Erfahrungen „ostdeutsch“ und „(post-)migrantisch“ ineinander?**

Ganz schön ist, dass im Begriff „(post-)migrantisch“ auch das Wort „ost“ vorhanden ist. Denn es ist nötig, die ostdeutsche Migration nochmal expliziter zu machen, weil es keine Gastarbeitergeschichte, sondern eine andere Migrationsgeschichte ist. Ich beobachte, dass wir eigentlich noch viel zu wenig darüber wissen, was die ostdeutsche Migrationsgesellschaft ist. Es wird zu wenig benannt und darüber erzählt, obwohl sie Realität ist. Mit dieser Realität meine ich sowohl die Migration zu Zeiten der DDR: Vertragsarbeiter\*innen, aber auch diejenigen mit politischem Asyl. Zusätzlich gab es Ausbildungsprogramme zwischen sozialistischen Brüdernstaaten, in denen Kinder und junge Menschen etwa aus Griechenland oder Nordkorea in die DDR kamen, um ihnen die Bildungssysteme zugänglich zu machen. Es gab also verschiedenste Migrationswege in die DDR.

Und dann gibt es die massiven Migrationsbewegungen nach der Wende: sowohl die migrantische als auch die deutsch-deutsche Migration: Es gab sowohl die Vertragsarbeiter\*innen, die einst in die DDR kamen und dann nach Westdeutschland gingen, als auch den Wegzug vieler weißer Ostdeutscher in die alten Bundesländer. Dann gibt es den Zuzug von Westdeutschen nach Ostdeutschland, von denen viele dann in Führungspositionen arbeiteten; darüber hinaus die vielen Spätaussiedler\*innen aus dem postsowjetischen Raum, die sich in den neuen Bundesländern niederließen.

## **Wo stehen diese ostdeutschen Migrationsnarrative im Kontext der gesamtdeutschen Erzählung?**

Die (post-)migrantischen Perspektiven sind immer noch sehr westdeutsch geprägt. Die migrantische Realität in Ostdeutschland ist eine andere als diejenige in Westdeutschland, weil die Zusammensetzung sich aus anderen Migrationsgeschichten speist. Wenn ich von einer ostdeutschen Migrationsrealität spreche, ist sie also genauso vorhanden, aber noch viel zu wenig benannt und erzählt, weil das gesamtdeutsche Narrativ immer noch sehr stark von zwei Dingen geprägt ist: zum einen von der Erzählung, die Migration in die westdeutsche Gesellschaft sei „passiert“, zum anderen vom Narrativ, die Leute in der DDR seien isoliert gewesen, hätten



keinen Kontakt mit dem Ausland gehabt, man sei sozusagen unter sich gewesen. Das stimmt in Teilen, zum Beispiel haben Vertragsarbeiter\*innen in eigenen Wohnheimen gelebt. Dennoch gibt es migrantische Kontinuitäten. Es ist falsch, davon auszugehen, es habe bis 2015 keine Migration – weder nach innen noch nach außen – gegeben, wie es die AfD oder Pegida behaupten.

## **Woran erkennt man diese Kontinuitäten?**

Wir können beobachten, dass sich die migrantischen Vereine seit einigen Jahren organisieren: In allen neuen Bundesländern haben sich Dachverbände gebildet, die sich sehr selbstbewusst und sehr engagiert aufstellen und ihr Recht auf Teilhabe einfordern. Die ostdeutsche (post-)migrantische Realität ist vorhanden, sie ist jedoch sehr lange ignoriert worden, auch von westdeutscher Seite. Ich wäre also vorsichtig, das (Post-)Migrantische universal zu betrachten, weil die Erfahrungen dann doch sehr unterschiedlich und spezifisch sind. Es braucht neue Erzählungen, die auf diese Vielfalt eingehen. Diese sind im Entstehen und sehr selbstbewusst, sie kommen von migrantischen Vereinen, aber auch von einer jungen weißen ostdeutschen Generation. Auch aus einer ostdeutschen migrantischen Perspektive wird jetzt gesagt: „Wir sind schon lange hier, wir gehen auch nicht mehr weg.“ Insofern leistet das (post-)migrantische Konzept, die Forderung zu formulieren, dass ein deutsches Selbstverständnis als Einwanderungsgesellschaft entstehen muss. Deshalb sind wir divers, heterogen. Wir haben ein Recht auf Teilhabe und Partizipation, und das muss sich in den Strukturen und Geschichten zeigen.

## **Wie hat sich das Leben der in der ehemaligen DDR lebenden Migrant\*innen durch die Wende verändert?**

Ich selbst kenne mich da eher mit den vietnamesischen Vertragsarbeiter\*innen aus. Ganz konkret haben mit der Wende alle ihre Arbeitsplätze verloren, weil es die Betriebe nicht mehr gab. Das hieß für die Vertragsarbeiter\*innen, auch den Aufenthaltsstatus zu verlieren. De facto waren alle von einem Tag auf den anderen von Abschiebung bedroht. Es war sowieso eine große Frage, was mit all den Leuten passiert, die in den volkseigenen Betrieben gearbeitet haben. Diejenigen mit Vertragsarbeiterstatus standen in der Reihenfolge ganz hinten. Von den ehemaligen Vertragsarbeiter\*innen aus Mosambik sind zum Beispiel viele zurückgegangen und demonstrieren teilweise bis heute in Maputo, weil ihre Gehälter nicht gezahlt worden sind, Stichwort *Madgermanes*. Die Vertragsarbeiterverträge sind immer mit den jeweiligen Staaten gemacht worden, das heißt, wenn es Nachfolgeabkommen gab, musste die BRD diese nur für die spezifische Personengruppe übernehmen. Für Menschen aus Vietnam gab es nach der Wiedervereinigung eine besondere Regelung. Es war ausgehandelt worden, dass diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, nur dann in Deutschland bleiben können, wenn sie sich selbstständig machen. Oder sie bekamen eine Art Abfindung, damit sie das Land verlassen. Was man sieht, ist, dass die erste Generation sich selbstständig gemacht hat, um sich über Wasser zu halten, mit Blumenläden, Ein-Euro-Geschäften, Imbissen.

## **Wie nehmen Sie die Lebensrealitäten der (post-)migrantischen Communities heute wahr? „Integriert“<sup>3</sup> beziehungsweise assimiliert oder segregiert?**

Ich würde sagen, es ist ähnlich wie in westdeutschen Städten. Die ehemaligen Vertragsarbeiter\*innen wohnen nicht mehr in den Heimen, in denen sie damals untergebracht waren, sondern in eigenen Wohnungen oder Häusern. Sie haben sich im städtischen und ländlichen Raum eingerichtet, es gibt migrantische Nachbarschaften, einen gelebten Alltag, Kinder gehen gemeinsam in die Schule. Es gibt Bezirke, in denen es mehr Familien und Kinder mit Migrationshintergrund gibt, das kennen wir aber auch aus westdeutschen Städten.

Dass diese Segregation auf den Strukturen von damals basiert, würde ich nicht sagen. Was in ostdeutschen Städten viel stärker passiert, ist, dass migrantische Familien in Wohnungen leben, die in der Hand der Kommune sind. Menschen mit höheren Einkommen können sich bessere, teurere Wohnungen leisten. Dadurch kommt es zu einer Konzentration, weil die wenigen günstigen Wohnungen die einzigen sind, die sich Migrant\*innen überhaupt leisten können.

Aber auch wenn es Unterschiede in den Städten und zwischen den Stadtbezirken gibt – die postmigrantischen Communities werden präsenter, weil sie sich in Vereinen organisieren, weil sie Kulturproduktionen initiieren, weil sie studieren und weil sie ihr Recht auf Teilhabe in dieser demokratischen Gesellschaft einfordern. Da die migrantischen Communities aufgrund ihrer Herkunftsgeografien und des Zeitpunkts ihres Ankommens so unterschiedlich sind, kann ich hier nur eine sehr grobkörnige Aussage treffen, denn es gibt sowohl Tendenzen der Segregation als auch der Integration.

## **Beobachten Sie da zwischen Berlin, wo Sie leben, und Dresden, wo Sie hauptsächlich arbeiten,<sup>4</sup> Unterschiede?**

In Berlin kann man in manchen Bereichen beobachten, dass es die zweite Generation ist, die übernimmt. Die Kinder eröffnen jetzt Restaurants, nicht mehr einfache Imbisse, teilweise zieht sich die Elterngeneration aus den Gemüseläden und Spätverkaufsstellen zurück. Man kann also Verschiebungen sehen – dahingehend, dass andere ökonomische Segmente von der zweiten Generation bedient werden. In Dresden finden die Verschiebungen auch statt, aber nicht ganz so augenfällig, da ist das vietnamesisch-diasporische Leben sehr viel zurückgezogener. Was aber ein großer Unterschied ist: Die Auseinandersetzung mit Rassismus

3 Der Begriff wurde in Anführungszeichen gesetzt: Grundlage ist die Annahme, dass das, was von Migrant\*innen als „Integration“ gefordert wird, nie vollständig möglich ist, denn „[i]n der politischen Diskussion wird er [der Begriff der Integration] meist als Assimilation verstanden, das heißt, als Aufgabe der eigenen kulturellen und sprachlichen Herkünfte und im Sinne einer totalen Anpassung an die deutsche Gesellschaft“; vgl. Karl-Heinz Meier-Braun: Deutschland, Einwanderungsland. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002.

4 Als das Interview geführt wurde, hat Noa K. Ha als Nachwuchsforschungsgruppenleiterin am Zentrum für Integrationsstudien an der Technischen Universität Dresden gearbeitet.

und rechtsextremen Strukturen ist in den ostdeutschen Bundesländern sehr viel dezidiert. Es wird sehr viel klarer und deutlicher von der Politik eingefordert, sich dazu zu verhalten, weil die Formierung rechtsextremer, rechtsterroristischer, völkischer Gruppierungen von AfD über Pegida bis hin zur Identitären Bewegung weitaus präsenter ist. Mein Eindruck ist, dass dafür auch eine viel höhere Sensibilität und ein anderes Bekenntnis zur Teilhabeinforderung besteht. In Berlin wird die Bedrohung vonseiten antidemokratisch-völkischer Formationen noch gar nicht so wahrgenommen wie in den ostdeutschen Bundesländern.

## **Wo liegen mögliche Unterschiede der Perspektiven zwischen erster und zweiter oder dritter Generation?**

Ein ganz großer Unterschied ist, dass die zweite Generation die deutschen Bildungsinstitutionen durchlaufen hat. Diese Menschen verfügen über sehr gute Deutschkenntnisse und engagieren sich etwa in Vereinen. Auch die erste Generation engagiert sich zwar, aber die zweite Generation setzt einen stärkeren Fokus darauf, zu sagen: „Wir sind jetzt hier und wir können einfordern: Wir sind jetzt deutsch.“ Ein Teil hat die deutsche Staatsbürgerschaft, ein Teil aber auch nicht. Das wiederum hat auch Auswirkungen auf das Engagement. Wenn ich die Staatsbürgerschaft nicht habe, überlege ich mir zum Beispiel, ob ich Kritik an rassistischen Strukturen übe.

Wenn die zweite Generation das deutsche Bildungssystem durchlaufen hat, ist damit das Versprechen auf gute Voraussetzungen verbunden, Teil der deutschen Gesellschaft zu werden. Wenn die Kinder dieser Generation dann dennoch durch das Bildungssystem diskriminiert werden, weil sie als NDH-Kinder (nicht-deutsche Herkunft) markiert werden, gibt es eine andere Auseinandersetzung, auch mit den Alltagsstrukturen in Deutschland. Da stellt sich die Frage: Wie werden eigentlich Unterschiede produziert zwischen Deutschen und Migrant\*innen – über Generationen hinweg? Das können wir auch an den Diskussionen zu (post-)migrantischem Theater sowie den neuen deutschen Organisationen beobachten, die den Bezug zum Lebensraum in Deutschland explizit machen.

## **Erwarten Sie eine Veränderung oder Verschlimmerung der Lebensrealitäten (post-)migrantischer Communities in Ostdeutschland, insbesondere mit Blick auf die Wahlergebnisse in Sachsen und die Prognosen in anderen Bundesländern?<sup>5</sup>**

Es gibt die Erleichterung, dass in Sachsen möglicherweise eine Regierung ohne die AfD gebildet wird. Bis in die bürgerlichen Parteien ist inzwischen klar, dass hier ganz großer Handlungsdruck besteht. Es soll mehr politische Bildung an Schulen stattfinden, Migrant\*innenorganisationen sollen stärker eingebunden werden. Ich sehe da ganz viel Bewegung. Die Frage ist, ob man damit tatsächlich der AfD, Pegida und den ideologischen Verkürzungen etwas entgegensetzen kann. Das wird sich zeigen.

Ich würde aber nicht sagen, dass es sich verschlimmert – denn es ist einfach schon schlimm. Für alle, die sich dort bewegen, ist es seit der Wende so. Das Gefühl der Gefährdung besteht seit dreißig Jahren, es war nie wirklich sicher. Die Sichtbarkeiten haben sich verändert. Aber diejenigen, die dort sind, leben permanent unter dieser Bedrohung, und dennoch haben wir einen Alltag. Es nervt mich, dass es plötzlich Warnungen gibt, dass People of Color<sup>6</sup> nicht mehr nach Ostdeutschland fahren sollen. Ja, es ist eine gefährlichere Situation und ich würde auch nicht überall alleine hinfahren, aber es gibt eine Menge Schwarze Geflüchtete, die im sächsischen ländlichen Raum untergebracht sind, die nicht das Privileg haben zu entscheiden, ob sie in den Osten fahren oder nicht. Die sind dort. Das verlieren wir aus dem Blick, wenn wir so tun, als würde es keine ostdeutsche migrantische Realität geben. Ich würde mich als westdeutsche Frau of Color bezeichnen, ich habe ein Privileg: Ich kann an einer Uni arbeiten. Gerade da ist es wichtig, Solidarität zu zeigen. Es gibt viele migrantische Familien, die sagen: „Wir leben hier, das ist unser Alltag. Wir gehen hier nicht weg. Wir wollen uns dafür entscheiden.“ Andere können sich aber gar nicht dagegen entscheiden. Es ist wichtig, das gerade jetzt deutlich zu machen, dreißig Jahre nach dem Mauerfall und mit der Normalisierung von Rechtsextremismus und Rassismus.

### **Wie lassen sich diese (post-)migrantischen Perspektiven im Kontext der Normalisierung von Rassismus stärken?**

Es braucht mehr Austausch zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen migrantischen Communities, zum Beispiel durch Austauschprogramme zwischen west- und ostdeutschen Migrant\*innen(selbst)organisationen. Es braucht das Gespräch über die Differenz und darüber, diesen Erfahrungsraum explizit zu machen. Das fängt gerade an, das ist das Interessante an der Debatte „Dreißig Jahre nach dem Mauerfall“. Das heißt, wir brauchen mehr Forschung dazu, mehr Ausstellungen. Ich sehe da auf der einen Seite eine viel stärker differenzierte und nuancierte Diskussion um diese Differenzen. Auf der anderen Seite gibt es die gesellschaftliche Polarisierung, wie sie von rechtsextremen Gruppen vorgenommen wird. Das passiert beides gleichzeitig. Es ist unbedingt notwendig, dass wir eine Pluralisierung der bundesdeutschen Migrationsnarrative erlangen, die die deutsche Migration nicht nur von der westdeutschen Gastarbeiter\*innenperspektive her erzählt, sondern auch aus Sicht der ostdeutschen Vertragsarbeiter\*innen. Es braucht eine neue Aushandlung darüber, wer wir als gesamtdeutsche Einwanderungsgesellschaft sind und was unsere vielfältige und komplizierte Migrationsgeschichte ist. Es geht darum, die Frage zu stellen, welche Narrative wir brauchen, um sehr viel selbstverständlicher mit unserer Einwanderungsgesellschaft umzugehen.

6 Der Begriff People of Color (Singular: Person of Color) ist eine Selbstbezeichnung von Menschen, die Rassismus erfahren.

# Rationalität, ökonomischer Wohlstand und „vorbildliche“ Migrant\*innen

Marie Jelínková

**Im Frühling 2022 trat die tschechische Gesellschaft in ungewöhnlicher Einigkeit auf, und das bei einem Thema, das in den letzten Jahren wohl am allermeisten zur Spaltung beigetragen hat, nämlich beim Umgang mit Migrant\*innen. 97 Prozent der Tschech\*innen befürworteten die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine.<sup>1</sup> Und nicht nur das, auch Politiker\*innen positionierten sich nun ganz im Geiste des zuvor meist belächelten Satzes von Angela Merkel von 2015: „Wir schaffen das“.**

Auch nach vielen Monaten voller praktischer Probleme und nach dem Abflauen der ersten Begeisterung über die eigene Hilfsbereitschaft gibt es weiterhin eine große Solidarität und Unterstützung für Menschen, die aus der Ukraine geflohen sind. Forschungen zeigen, dass nach wie vor 50 bis 65 Prozent der Tschech\*innen für die Unterstützung der Geflüchteten sind, was in einer Zeit großer Unsicherheit und steigender Preise nicht wenig ist. Die Dienste der lange verachteten NGOs, die mit Migrant\*innen arbeiten, werden nun stark nachgefragt, zahlreiche Tschechisch-Kurse durchgeführt (aber immer noch zu wenige, um die Nachfrage zu decken), und die meisten schulpflichtigen ukrainischen Kinder konnten in schulischen Einrichtungen untergebracht werden. Schwierigkeiten bereiten weiterhin

1 STEM/MARK: Drtivá většina Čechů nesouhlasí s ruskou invazí na Ukrajinu, ukazuje průzkum, 168 hodin, Česká televize, 21.03.2022, unter: <https://ct24.ceskatelevize.cz/specialy/rusko-ukrajinsky-konflikt/3457764-drtiva-vetsina-cechu-nesouhlasi-s-ruskou-invazi-na>.

der mangelnde Wohnraum, eine angemessene Beschäftigung der Ukrainer\*innen auf dem Arbeitsmarkt sowie die schlechten Arbeitsbedingungen und die miserable Situation von benachteiligten Gruppen, etwa von Frauen mit kleinen Kindern. Trotz der allmählich zunehmenden Restriktionen und der drängenden Probleme, die weiterhin ungelöst sind, besteht jedoch eine allgemeine Offenheit gegenüber den aus der Ukraine Neuangekommenen.

Es ist offensichtlich, dass sich die Haltung der Tschech\*innen seit 2015 – als vor allem Menschen aus dem Nahen Osten und Nordafrika nach Europa flohen, denen die Tschechische Republik ablehnend gegenüberstand – grundlegend geändert hat. Auch heute verhalten sich viele Tschech\*innen gegenüber Geflüchteten aus Syrien ablehnend, und niemand scheint diese unterschiedlichen Haltungen gegenüber unterschiedlichen Migrant\*innen kritisch zu reflektieren. Dabei spricht das doch eigentlich Bände: Die Art und Weise, wie wir Migrant\*innen wahrnehmen und wie unsere Idee davon konstituiert wird, wen wir bereit sind, in unsere Nation aufzunehmen, sagt viel über die tschechische Identität aus. Man kann daraus ableiten, wie die Tschech\*innen sich selbst sehen, oder vielmehr, wie sie sich selbst gerne sehen würden.

## Wie wurden wir, wer wir sind?

Nach dem Umsturz im Jahr 1989 wurden Patriotismus und Nationalismus nicht explizit thematisiert. Die Tschech\*innen waren voller Begeisterung für die Freiheit, und sie waren sich schnell im Klaren darüber, wohin sie gehörten. Die einzige Möglichkeit, sich vom „Osten“ zu befreien, war die Hinwendung zum wirtschaftlich reicheren und Freiheit verheißenden „Westen“ – oder vielmehr die tschechische Vorstellung von ihm. Vielleicht ist dies auch ein Grund dafür, warum der gemeinsame Staat mit den Slowak\*innen so schnell und ohne zivilgesellschaftliche Proteste aufgegeben wurde.<sup>2</sup> Der tschechische Nationalismus war im Unterschied zum slowakischen paradoxerweise dadurch charakterisiert, dass er Nationalismus vehement abtritt.<sup>3</sup> Unter diesem kosmopolitischen, sich selbst verleugnenden Nationalismus, den die tschechische Nation als „pro-westlich“ und „erfolgreich“ konstruierte, brodelte jedoch schon damals der kaum wahrnehmbare Nationalismus der „rechtschaffenen“ Tschech\*innen mit dem gesunden Menschenverstand, die sich doch immer irgendwie „zu helfen wussten“.<sup>4</sup>

Dass sich die tschechische Gesellschaft so stark verändern würde, war jedoch nicht von vornherein klar. Kurz nach der Revolution ging man in der Öffentlichkeit davon aus, dass man auf eine Art besseren Sozialismus zusteure, doch nach wenigen Monaten schon war die Mehrheit der Bevölkerung (beeinflusst von den Eliten) davon überzeugt, dass es am besten sei, sich an die parlamentarische

2 Odmitáním nacionalismu nebereme v úvahu identitu lidí, jejichž jménem chceme mluvit, shodují se Bartlová a Slačálek, Radio Wave, 13.11.2019, unter: <https://wave.rozhlas.cz/odmitanim-nacionalismu-nebereme-v-uvahu-identitu-lidi-jejichz-jmenem-chceme-8108652>.

3 Ladislav Holý: Malý český člověk a skvělý český národ: Národní identita a postkomunistická transformace společnosti. Prag: SLON, 2010.

4 Ebd.

Demokratie und an einen funktionierenden Kapitalismus zu halten.<sup>5</sup> Trotz steigenden Wohlstands und Eintritts in die NATO (1999) sowie die Europäische Union (2004) trat aufgrund der unerfüllten Erwartungen, was eine „Zugehörigkeit zum Westen“ alles mit sich bringen würde, eine gewisse Ernüchterung ein. Einen maßgeblichen Einfluss hatten die darauf folgenden Krisen – nicht nur die Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern auch die Krise der Demokratie. Zusammen mit den ungleichen sozialen Auswirkungen der Entwicklungen nach 1989 begünstigten sie den Erfolg von Populist\*innen und die immer stärkere Spaltung der Gesellschaft.<sup>6</sup> Der wirtschaftlichen Transformation wurde gleichzeitig viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt als ihren Folgen für die Gesellschaft – die gesellschaftliche Transformation insbesondere in den ersten Jahren nach der Revolution ging scheinbar von selbst vonstatten. Im Nachhinein betrachtet war das nicht der Fall, denn es fand sehr wohl ein „Kampf“ darum statt, wie die tschechische Gesellschaft aussehen und von welchen Werten sie geprägt sein sollte.

Die Bedeutung der Zivilgesellschaft und des Miteinanders, die mit der Charta 77 und mit der Person Václav Havel verbunden ist, ist nicht verschwunden, wurde aber auch nicht zum Mainstream, sondern brachte lediglich einzelne Inseln der positiven Abweichung hervor. Der Glaube an den allmächtigen Markt setzte einen Fokus auf wirtschaftlichen Wohlstand, der zugleich zur Beschwörungsformel für eine Politik wurde, die keine sozialen Rücksichten nahm.<sup>7</sup>

## Nur wenige dürfen in die tschechische Kultur aufgenommen werden

Der Fokus auf wirtschaftlichen Wohlstand spiegelt sich auch in der tschechischen Flüchtlingspolitik wider. Zwar gingen die europäischen Ideen einer postnationalen Staatsangehörigkeit zu Beginn der 1990er-Jahre<sup>8</sup> an Tschechien vorbei, doch umso mehr traten die Tschech\*innen dafür ein, dass Migration gesteuert wird und sie vor allem an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes angepasst wird. Die Idee, dass Migrationspolitik von den Menschenrechten geprägt ist (etwa dem Recht auf Asyl oder dem Recht auf Familienzusammenführung), wurde zwar nicht abgelehnt, doch über allem standen die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. Mit der Zunahme der Wirtschaftsmigration wurde dann die notwendige Loyalität der Migrant\*innen

5 Pavol Frič: Komentář Pavola Friče: Vínu za chování mas vždy nesou elity, e15, 12.01.2019, unter: <https://www.e15.cz/domaci/komentar-pavola-frice-vinu-za-chovani-mas-vzdy-nesou-elity-1355299>.

6 Martina Klicperová-Baker: Demokracie v krizi: příčiny demokratické eroze a zdroje demokratické odolnosti, in: Filip Outrata et al.: Demokracie – jak dál? Rizika a výzvy pro Česko a svět. Vyšehrad 2021, S. 239–52. Vgl. auch Lucie Trlifajová: O ekonomických periferiích a omezení sociálního státu v Česku, in: ebd., S. 59–86.

7 Pavel Pospěch: Neznámá společnost: pohledy na současné Česko. Host 2021.

8 Yasemin Nuhoğlu Soysal: Limits of citizenship: migrants and postnational membership in Europe. Chicago: University of Chicago, 1994.

gegenüber der Tschechischen Republik noch stärker betont, und die formalen Anforderungen und Verpflichtungen, die der Staat von den Neuankömmlingen verlangte, wurden verschärft.<sup>9</sup>

Tschechien gab das (nie realisierte) Ziel des multikulturellen Zusammenlebens aus den späten 1990er-Jahren, das unter dem Einfluss des Europarats formuliert worden war, sehr schnell auf und wählte ein anderes Leitbild für das Zusammenleben mit Migrant\*innen: den „Weg der bürgerlichen Integration“. Dieser beruht auf dem Prinzip des Zivilvertrags, in dem der Staat auf das pocht, was er von den Migrant\*innen erwartet, und der gleichzeitig davon ausgeht, dass die Integration von beiden Seiten geschieht. Der jeweilige Staat artikuliert, was er für das gemeinsame Zusammenleben für notwendig erachtet (Sprache, Kenntnis der Institutionen usw.), und die Neuankommenden werden dafür in ihrer (partiellen) Andersheit akzeptiert. Diese scheinbar rationale Politik der bürgerlichen Integration führt jedoch dazu, dass bestimmten Migrant\*innen die Ansiedlung erleichtert wird (etwa durch die Bevorzugung von besser Ausgebildeten bei verpflichtenden Prüfungen), während sie anderen verwehrt bleibt.<sup>10</sup> So kann sich der Staat aussuchen, wen er aufnimmt. Die nach außen kommunizierte angebliche Neutralität des Konzepts täuscht.

Bezüglich der Staatsbürgerschaft ist man in der Tschechischen Republik notorisch zurückhaltend, wenn es darum geht, „Ausländer\*innen“ die Zugehörigkeit zur tschechischen Nation zu gewähren. Ein dauerhafter Aufenthalt und der Erwerb der Staatsbürgerschaft (sogar der doppelten) sind zwar möglich, doch die Tschechische Republik gehört zu den Ländern mit den wenigsten Einbürgerungen (nur etwa 5.000 tschechische Staatsbürgerschaften werden jährlich vergeben). Die Zahl der Personen, die lange genug in Tschechien leben, um die tschechische Staatsbürgerschaft zu erhalten (in der Regel zehn Jahre), steigt jedoch von Jahr zu Jahr.

Debatten über die Schwierigkeiten, die tschechische Staatsangehörigkeit zu erwerben, werden trotzdem nicht geführt. Selbst für Migrant\*innen ist dies kein drängendes Thema. Für sie sind eher die ersten zwei Jahre frustrierend, in denen insbesondere gering Qualifizierte ums Überleben und für ihren rechtlichen Status kämpfen. Das Hauptinteresse von Staat (und Markt) liegt also darin, dass die Migrant\*innen *hier und jetzt* Arbeit verrichten. Für die Migrant\*innen bleiben vor allem die unsichere rechtliche Lage, die mit ihrem Aufenthalt verbundene Bürokratie und die oft prekären Arbeitsbedingungen problematisch. Forschungen zufolge<sup>11</sup> steht dies im Kontrast dazu, dass das Zusammenleben ansonsten positiv bewertet wird und Tschech\*innen als „kultivierte“ und „höfliche“ Menschen beschrieben werden, die es gerne „bequem und gemütlich“ haben. Geschätzt wird auch die „große Freiheit des Wortes und der Meinungen“, moniert wird am ehesten die Verslossenheit der Tschech\*innen. Die Erteilung der tschechischen Staatsangehörigkeit macht vieles im Leben von Migrant\*innen einfacher, doch auch als Symbol ist sie sehr

9 Eleonore Kofman: Citizenship, Migration and the Reassertion of National Identity, in: Citizenship Studies 9, 5/2005, unter: <https://doi.org/10.1080/13621020500301221>.

10 Lydia Morris: Managing migration: civic stratification and migrants' rights. London/New York: Routledge, 2002.

11 Marie Jelínková: Česká migrační a integrační politika v perspektivě mongolské migrace, Dissertation. Prag: Fakulta sociálních věd, Univerzita Karlova, 2011. Vgl. außerdem Tereza Freidingerová: Vietnamci v Česku a ve světě: migrační a adaptační tendence. Prag: Sociologické nakladatelství SLON, 2014.



bedeutsam. Sie sagt nämlich etwas darüber aus, wer „wir“ sind,<sup>12</sup> wie wir uns selbst als Nation wahrnehmen (oder besser wahrnehmen wollen) und wen wir bereit sind, in unseren „Club“ aufzunehmen.

Die Bedingungen für den Erwerb der Staatsangehörigkeit schließen außerdem ein: Man muss mindestens zehn Jahre auf dem Gebiet der Tschechischen Republik gelebt haben, Steuern zahlen, nicht vorbestraft sein, keine Schulden haben, die eigenen Einkommensquellen genau nachweisen können, das Sozialsystem nicht belastet haben, die tschechische Sprache beherrschen und sich mit der tschechischen Geschichte und Gesellschaft auskennen. Ein Blick in die Praxis zeigt, dass die tatsächlichen Anforderungen sogar noch höher sein können. Die Vorgaben sind vor allem auf die „Wirtschaftlichkeit“ von Migrant\*innen ausgelegt. Dies korreliert mit den Prioritäten der tschechischen Bevölkerung, so zeigt die Europäische Sozialerhebung etwa, dass für Tschech\*innen Arbeit und materielle Sicherheit an erster Stelle stehen, noch vor Gesundheit.<sup>13</sup>

### **Syrer auf keinen Fall, Ukrainerinnen ja oder zumindest vielleicht**

Es sagt viel über die tschechische Identität, dass es in den Debatten über Migration weniger um die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt geht, sondern vielmehr um die Angst vor einer Art Störung der national-kulturellen Harmonie. Das wurde 2015 und danach besonders deutlich, als in der tschechischen Gesellschaft eine große Angst vor Geflüchteten herrschte, obwohl praktisch überhaupt keine aufgenommen wurden. Schaut man sich detaillierter an, wen die Tschech\*innen bereit sind aufzunehmen, stellt man fest, dass die Grenze zwischen den willkommenen und den unwillkommenen Migrant\*innen nicht nur entlang des erwähnten wirtschaftlichen Nutzens gezogen wird, sondern in hohem Maße mit ihrer Kultur und Religion zusammenhängt und im Fall der muslimischen Geflüchteten nach 2015 sicherlich auch entlang von Genderlinien verläuft. Laut Erhebungen sind Tschech\*innen am ablehnendsten gegenüber Menschen eingestellt, die muslimisch sind oder aus islamischen Ländern kommen. Ihnen gegenüber werden auch niedriger qualifizierte aus dem Osten präferiert.<sup>14</sup>

Aus diesem Blickwinkel, den Balibar als „differenzialistischen Rassismus“ bezeichnet, lassen sich die Haltungen gegenüber Geflüchteten während der sogenannten Flüchtlingskrise und gegenüber Ukrainer\*innen im Jahr 2022 begreifen.<sup>15</sup> Bei den Geflüchteten aus Syrien, Afghanistan, aber auch Serbien und anderen Ländern wurde vonseiten der tschechischen Gesellschaft a priori davon ausgegangen, dass

12 Kristina Bakkær Simonsen: Does Citizenship Always Further Immigrants' Feeling of Belonging to the Host Nation? A Study of Policies and Public Attitudes in 14 Western Democracies, in: *Comparative Migration Studies* 5, 2017, unter: <https://doi.org/10.1186/s40878-017-0050-6>.

13 Aneta Černá: Češi se bojí migrace dvakrát víc než jiné národy, ukázal průzkum, e15, 05.09.2018, unter: <https://www.e15.cz/domaci/cesi-se-boji-migrace-dvakrat-vic-nez-jine-narody-ukazal-pruzkum-1350819>.

14 Ebd.

15 Étienne Balibar: Racism Revisited: Sources, Relevance, and Aporias of a Modern Concept, in: *PMLA – Publications of the Modern Language Association of America* 123, 5/2008, unter: <https://doi.org/10.1632/pmla.2008.123.5.1630>.

sie aufgrund ihrer anderen (angeborenen) Kultur nicht in der Lage sind, sich zu integrieren. Die ukrainische dagegen entspricht in hohem Maße der tschechischen Vorstellung von einer „anpassungsfähigen Kultur“. Die unübersehbare Ablehnung der aus der Ukraine fliehenden Rom\*nja unterstreicht dies noch. Es scheint also, als fungiere gerade die Bewahrung der „tschechischen“ Kultur und kulturellen Einheit als Sicherheitsgarantie für die Tschech\*innen.<sup>16</sup>

Man könnte sicherlich zu Recht argumentieren, dass es auch noch andere Gründe für die freundliche Aufnahme von Ukrainer\*innen gebe. Die eigene Vergangenheit einer sowjetischen Okkupation und damit die Erfahrung mit dem russischen Aggressor spielt hier eine Rolle, auch die langjährige gute Erfahrung mit ukrainischen Migrant\*innen in Tschechien. Nach einer Phase der Offenheit und Akzeptanz wurden jedoch schnell die wohlbekanntesten Stimmen laut, die sich an die Logik des wirtschaftlichen Nutzens hielten und forderten, die Ukrainer\*innen sollten vor allem „schnell arbeiten gehen und nicht dem tschechischen Sozialsystem zur Last fallen“.

Die strikt negative Haltung der tschechischen Gesellschaft gegenüber Geflüchteten in der Zeit der sogenannten Flüchtlingskrise (ab 2015), die vehemente Ablehnung und die zahlreichen Proklamationen vom Scheitern der EU lassen sich allerdings nicht nur mit „differenzialistischem Rassismus“ erklären. Die damalige populistische Regierung arbeitete geschickt mit dem weit verbreiteten Gefühl, Tschechien habe in der EU nicht die Stellung, die es eigentlich haben sollte. Einer Bevölkerung, die noch eine relativ frische Erinnerung an das „Diktat aus Moskau“ hat und den eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten, die Welt zu verändern, nicht komplett vertraut,<sup>17</sup> lässt sich die Ablehnung des „stumpfen Diktats aus Brüssel“ gut verkaufen. Dem war der weniger sichtbare tschechische Nationalismus absolut zuträglich, der von der Klugheit und Rationalität der tschechischen Nation überzeugt ist. Diese „Rationalität“ in Abgrenzung zu „Brüssel“ zeigte sich dann in Form einer Ablehnung jeglicher Quoten und in der Bestätigung, die Tschech\*innen seien eine „rationale und ideologisch unbelastete Nation“.

## Fazit

Vergleichende Forschungen zu Europa legen nahe, dass die tschechische Nation weder zum Osten noch zum Westen gehört. Zudem unterscheide sich Tschechien nicht so sehr von anderen postsozialistischen Ländern und habe sich doch seine Eigenheiten bewahrt. Trotz des Aufstiegs populistischer Politiker\*innen, von denen die Bevölkerung stark beeinflusst worden ist (nicht nur beim Thema Migration), bleiben die Tschech\*innen mit der ihnen eigenen Skepsis grundlegenden demokratischen Werten treu, etwa der Gleichheit vor dem Recht,

16 Kofman: Citizenship.

17 Anna P. Durnová: Může se česká politika obrátit jiným směrem? Kulturněsociologická sebereflexe jedné generace, in: Vít Dostál und Grigorij Mesežnikov (Hg.): Maximum možného? 25 let samostatné české a slovenské zahraniční politiky. Prag: Heinrich-Böll-Stiftung, 2017, S. 137-143.

der Rechenschaftspflicht der Regierung und freien Wahlen. Gewaltsame autoritäre Eingriffe sind ihnen fremd. Was die Toleranz gegenüber Minderheiten betrifft, so ist sie etwa gegenüber gleichgeschlechtlichen Paaren relativ groß, gegenüber Migrant\*innen jedoch sehr gering.<sup>18</sup>

Schaut man etwas genauer hin, zeigt sich, dass die Tschech\*innen aufmerksam darüber wachen, wem sie es „erlauben“, Bürger\*in ihres Landes zu werden. Das Ideal des einbürgerungswilligen Migranten ist das eines vorbildlichen Menschen, der paradoxerweise zugleich stark kontrolliert wird. Der unverhohlene Zweck der Migrationspolitik ist zuvorderst der wirtschaftliche Nutzen zu einem konkreten Zeitpunkt. Eine langfristige Perspektive fehlt in den Debatten über Migration. Zudem spielt die Überzeugung eine Rolle, dass Migrant\*innen an ihrer oftmals ungünstigen Situation selbst schuld seien.

Auch für Tschechien gilt, dass Migration und das Verhältnis zu Migrant\*innen einem Lackmustertest gleichen, der zeigt, wie eine Gesellschaft zu sich selbst steht und wie sie sich selbst gern sehen würde. Zugleich lässt sich dadurch eine ganze Reihe von Problemen verstehen, etwa die Schwierigkeit, Verantwortung für die Gesellschaft als ganze zu übernehmen, das geringe Vertrauen in die Zivilgesellschaft und umgekehrt der feste Glaube an die Allmacht des ökonomischen Wohlstands. Die derzeitige Haltung gegenüber den aus der Ukraine Geflüchteten zeigt jedoch – trotz all der Daten, die wenig schmeichelhaft den individualistischen Diskurs belegen –, dass die Tschech\*innen in Zeiten des Umbruchs fähig sind, kraftvoll für Freiheit und Solidarität einzustehen. Und damit überraschen sie sich selbst letztlich weniger als jene, die aus einer größeren Distanz hinsehen.

18 Vgl. Jaroslava Pospíšilová und Petra Raudenská: Civic Values in the Czech Republic in a European Context, in: Sabrina P. Ramet, Vladimir Đorđević und Christine M. Hassenstab (Hg.): Civic and Uncivic Values in the Czech Republic. Cham: Springer International Publishing, 2022, unter: [https://doi.org/10.1007/978-3-030-91225-3\\_2](https://doi.org/10.1007/978-3-030-91225-3_2).







## Herausgeberinnen

**Pavĺína Janebová** ist Forschungsdirektorin in der Assoziation für internationale Angelegenheiten (Asociace pro mezinárodní otázky). Ihre fachlichen Schwerpunkte sind die tschechische Außenpolitik und die Beziehungen zwischen den mittelosteuropäischen Staaten. Sie ist Doktorandin im Programm „Internationale Beziehungen und europäische Politik“ an der Masaryk-Universität in Brunn. In ihrem Dissertationsprojekt erforscht sie die Rolle der Visegrád-Gruppe in der tschechischen Außenpolitik seit 1993. Sie ist Autorin und Herausgeberin von Publikationen zu Mittelosteuropa und zur tschechischen Außen- und Europapolitik. Unter anderem beschäftigt sie sich mit der Vertretung von Frauen in der tschechischen Außenpolitik.

**Klára Schovánková** ist seit 2017 Programmkoordinatorin des Prager Büros der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie leitete zahlreiche Projekte, die sich mit sozial gerechter Energiewende sowie mit der Außen- und Sicherheitspolitik Tschechiens beschäftigten. Zuvor hat sie unter anderem in der Deutschen Botschaft in Prag gearbeitet und ein Internationales Parlaments-Stipendium (IPS) im Deutschen Bundestag absolviert. Sie studierte Journalistik und Security Studies an der Karls-Universität in Prag.

## Autor\*innen

**Adéla Jurečková** ist seit April 2021 Leiterin des Prager Büros der Heinrich-Böll-Stiftung. Zuvor hat sie das Migrationsprogramm der größten tschechischen NGO Člověk v tísni (Menschen in Not) geleitet, wo sie sich auf Bildungs- und Lobbyarbeit zu Migrations- und Integrationsthemen fokussierte. Außerdem arbeitete sie an der Deutschen Botschaft und im Goethe-Institut in Prag und war Analystin für Deutschland bei der Assoziation für internationale Angelegenheiten (Asociace pro mezinárodní otázky). Während ihres Studiums der Politologie und Soziologie in Passau war sie Stipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung.

## Soziale Gerechtigkeit

**Wolfgang Schroeder** ist Leiter des Fachgebiets „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel und Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Seine Forschungsschwerpunkte sind Sozialpolitik- und Verbändeforschung sowie Demokratie und Parteienforschung.

**Lukas Heller** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wohlfahrtsstaats- sowie Gewerkschafts- und Verbändeforschung.

**Lucie Trlifajová** ist Anthropologin und Analystin sozialpolitischer Entwicklungen, sie arbeitet im Soziologischen Institut der Akademie der Wissenschaften in Tschechien und im Zentrum für gesellschaftliche Fragen (SPOT). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Armut und soziale Ungleichheit, Prekarisierung sowie Verschuldung und die Folgen für die Staatsbürgerschaft. Zu diesen Themen hat sie zahlreiche Analysen und wissenschaftliche Studien in Tschechien und im Ausland publiziert. Zudem war sie an der Berechnung des menschenwürdigen Mindestlohns für die Tschechische Republik beteiligt.

## Gendergerechtigkeit

**Simone Schmollack** ist Journalistin und Leiterin des Ressorts Regie – des Newsdesk der *tageszeitung* in Berlin. Davor war sie viele Jahre Gender-Redakteurin der taz und Chefredakteurin der Wochenzeitung *der Freitag*. Feministische Themen beschäftigen sie heute immer noch und mehr denn je.

**Johanna Nejedlová** ist Gründerin und Leiterin der NGO Konsent. Zudem ist sie als Autorin tätig – ihre Texte erscheinen zum Beispiel im Magazin *Heroine.cz*, im öffentlich-rechtlichen *Radio Wave* oder auf der Onlineplattform *A21arm*. Sie ist Mitglied im Exekutivausschuss des Verbands Tschechische Frauenlobby (Česká ženská lobby) und im redaktionellen Beirat der Tageszeitung *Deník N*. Sie wurde für ihre Arbeit mit der Auszeichnung Women of Europe 2019 und dem Bitch 50 geehrt und kam in die Auswahl „30 unter 30“ der Zeitschrift *Forbes*.

## Arbeit

**Irene Dingeldey** ist seit 2020 Direktorin des Instituts für Arbeit und Wirtschaft an der Universität Bremen. Zuvor hat sie zehn Jahre lang die Abteilung „Wandel der Arbeitsgesellschaft“ geleitet. Sie veröffentlicht Texte zum Sozialstaat und zu Arbeitsmarktpolitiken in vergleichender Perspektive. In jüngster Zeit forscht sie zu Mindestlohn, Tarifverhandlungen und Beschäftigungsregulierung in globaler Perspektive. Gemeinsam mit Damian Grimshaw und Thorsten Schulten hat sie 2021 den Band *Minimum Wage Regimes. Statutory Regulation, Collective Bargaining and Adequate Levels* herausgegeben.

**Šárka Homfray** studierte bis 2007 Jura an der Karls-Universität in Prag und arbeitete anschließend fast zehn Jahre im Verkehrsministerium, wo sie an der Ausarbeitung und Ausarbeitung von Rechtsvorschriften beteiligt war. Seit 2017 ist sie als Juristin für den gewerkschaftlichen Verband der staatlichen Behörden und Organisationen tätig. Hier befasst sie sich mit der Rechtsberatung im Bereich des öffentlichen Dienstes, mit Arbeitsrecht, Tarifverhandlungen und Besoldung. Seit März 2023 ist sie zweite Vorsitzende des Verbands. Sie ist zudem stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Böhmischo-mährischen Gewerkschaftskonföderation (ČMKOS) und Mitglied des Women's Committee im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Sie hat zahlreiche Texte und Kommentare für die breite Öffentlichkeit, aber auch



juristische wissenschaftliche Beiträge publiziert. Im Jahr 2022 gab sie einen Band mit feministischen Essays heraus: *Proč jsme tak naštvané?* (Warum sind wir so wütend?). Zudem betreibt sie den Podcast PAY GAP, in dem es um Genderaspekte in der Arbeitswelt geht.

## Klima- und Energiepolitik

**Nick Reimer** hat in Freiberg, Prag und Berlin Umwelt- und Energieverfahrenstechnik studiert und war in der Umweltbewegung der DDR aktiv. Unter anderem gründete er dort die erste überregionale Umweltzeitschrift *ÓkoStroika*. Heute ist er Journalist und Buchautor mit den Schwerpunkten Klimaschutz und Energiewende. Sein zusammen mit Toralf Staud verfasstes Buch *Deutschland 2050. Wie der Klimawandel unser Leben verändern wird* hat Bestsellerstatus.

**Romana Jungwirth Březovská** ist Analytistin im Klimateam der Assoziation für internationale Angelegenheiten (Asociace pro mezinárodní otázky). Ihre Schwerpunkte sind globale Klimaverhandlungen, Klimasicherheit, Klimadiplomatie und gerechte Resilienz. Dabei befasst sie sich auch mit der Einbeziehung von Städten und privaten Akteur\*innen in die Bewältigung der Klimakrise. Sie hat Internationale Beziehungen an der Karls-Universität in Prag und International Public Management an der Sciences Po in Paris studiert. 2019 und 2020 vertrat sie die Tschechische Republik bei den internationalen Klimaverhandlungen, hauptsächlich im Bereich der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels. Im Rahmen der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft 2022 arbeitete sie mit dem Umweltministerium an der Umsetzung der internationalen Verpflichtungen im Bereich der Wiederherstellung der Biodiversität.

## Deutschland und Tschechien in der EU

**Christine Pütz** ist Referentin für Europäische Union im Referat EU/Nordamerika der Heinrich-Böll-Stiftung. Bis 2007 war sie an Forschungs- und Bildungseinrichtungen wie dem Centre Marc Bloch (Berlin), dem Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung und dem CEVIPOF (Paris) in der Europa- und Frankreichforschung sowie der Demokratie- und Parteienforschung tätig. Daneben ist Christine Pütz Mediatorin, Coach und Trainerin für Kommunikation und nachhaltige Konfliktkultur in Organisationen. Ihre Arbeitsschwerpunkte in der Stiftung sind Zukunft der Europäischen Union und Europäische Demokratie.

**Georg McCutcheon** ist Projektbearbeiter im Referat EU/Nordamerika der Heinrich-Böll-Stiftung und dort zuständig für die Europäische Union mit Fokus Demokratie und Zivilgesellschaft. Zuvor war er als Desk Officer im Syrien-Team der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (DG ECHO) in Brüssel tätig. Er hat Internationale Beziehungen und Globale Politische Ökonomie an der University of Sussex in Großbritannien studiert. Forschungsschwerpunkte: sozioökonomische Transformation von Staaten und Gesellschaften im Kontext einer wachsenden kapitalistischen Weltwirtschaft und politökonomische Konfliktanalysen.

**Vít Dostál** ist geschäftsführender Direktor der Assoziation für internationale Angelegenheiten (Asociace pro mezinárodní otázky). Seine fachlichen Schwerpunkte sind die tschechische Außen- und Europapolitik, die mitteleuropäische Zusammenarbeit und die polnische Außen- und Innenpolitik. Er hat zahlreiche Texte und Bücher zur tschechischen Außenpolitik und zu Mitteleuropa publiziert und tritt auf Konferenzen sowie in verschiedenen Medienformaten auf. 2017 schloss er seine Dissertation zum Thema „Die Paradiplomatie der tschechischen Regionen“ an der Masaryk-Universität in Brunn ab. Er verbrachte Arbeits- und Studienaufenthalte in Warschau und Brüssel.

## Menschenrechtsorientierte Außenpolitik

**Peggy Lohse** ist schreibende, fotografierende und übersetzende Journalistin (u. a. für die *taz*, *jádu*, *Perspective Daily*, *nd*, *MOZ*, *Publik-Forum* und den Podcast *Perspektyvy - Gespräche mit Kunstschaffenden aus Belarus*). Sie hat Westslawistik und Russistik an der Universität Leipzig studiert und absolviert gerade den Master Sprache-Medien-Gesellschaft an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Ihre Schwerpunktthemen sind Gesellschaft und Kultur im mitteleuropäischen und postsowjetischen Raum.

**Petra Kalenská** hat Jura an der Karls-Universität in Prag und Internationales Menschenrecht an der Universität in Lund (Schweden) studiert und ein Doktorandenstudium im Internationalen Recht an der Karls-Universität absolviert. Fünf Jahre lang arbeitete sie in der Regierungsbehörde der Tschechischen Republik in den Abteilungen Menschenrechte und Minderheitenschutz sowie Gleichstellung von Männern und Frauen. Aktuell macht sie auf die Verletzungen der Umweltrechte durch fossile Industrien aufmerksam. Sie ist Mitbegründerin der Menschenrechtsplattform MNOHO SVĚTŮ in Jilemnice, wo sie an der Organisation der Menschenrechtsschule Přeřšel beteiligt ist.

## Identität und Diversität

**Sarah Ulrich** ist freie Journalistin aus Leipzig. Ihre Schwerpunkte sind (investigative) Recherchen sowie Reportagen zu den Themen Machtmissbrauch, (Arbeits-) Ausbeutung, rechte Gewalt und feministische Kämpfe. Sie hat Sozialwissenschaften und Gesellschaftstheorie studiert. 2021 wurde sie vom *Medium Magazin* als eine der Top 30 Journalist\*innen unter 30 gewählt. Sie war unter anderem Stipendiatin der Internationalen Journalisten Programme, der Heinrich-Böll-Stiftung und des Deutschen Instituts für Menschenrechte. <https://www.sarahulrich.info>

**Marie Jelínková** arbeitet an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität in Prag am Institut für Öffentlichkeits- und Sozialpolitik. Aktuell befasst sie sich vor allem mit der lokalen Integration von Geflüchteten, davor beschäftigte sie sich unter anderem mit dem Zugang zur Krankenversicherung für Geflüchtete, der Situation von Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis und der Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt. Sie arbeitete an zahlreichen internationalen Studien mit, die sich überwiegend mit den Rechten Geflüchteter und den migrationsrechtlichen Rahmenbedingungen befassen. Sie arbeitet kontinuierlich mit zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammen, insbesondere mit dem Verein für Integration und Migration (Sdružení pro integraci a migraci).

# Deutschland. Tschechien. Im Kontext

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Büro Prag.

Diese Publikation ist eine Zusammenarbeit des Prager Büros der Heinrich-Böll-Stiftung und der Asociace pro mezinárodní otázky (Assoziation für internationale Angelegenheiten).

cz.boell.org

www.amo.cz

Herausgeberinnen: Pavlína Janebová und Klára Schovánková

Autor\*innen: Irene Dingeldey, Vít Dostál, Lukas Heller, Šárka Homfray, Marie Jelínková, Romana Jungwirth Březovská, Adéla Jurečková, Petra Kalenská, Peggy Lohse, Georg McCutcheon, Johanna Nejedlová, Christine Pütz, Nick Reimer, Simone Schmollack, Wolfgang Schröder, Lucie Trlifajová, Sarah Ulrich

Illustrationen, Grafikdesign und Satz: Barbora Müllerová

Übersetzungen aus dem Tschechischen: Lena Dorn

Korrektur: Helen Bauerfeind

Druck: tiskárna Nakladatelství Karolinum

Erste Auflage

Prag, August 2023

ISBN 978-80-88289-46-3

ISBN 978-80-88289-47-0 (digitale Version)

Mit Ausnahme des Textes „Die Realität der ostdeutschen Migrationsgesellschaft wird zu wenig benannt“ darf diese Publikation unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 weiterverbreitet werden. Text „Die Realität der ostdeutschen Migrationsgesellschaft wird zu wenig benannt“: Alle Rechte vorbehalten.

Die Meinungen und Äußerungen der Autor\*innen in dieser Publikation sind nur von ihnen selbst zu verantworten und entsprechen nicht notwendigerweise der Haltung der Heinrich-Böll-Stiftung und der Assoziation für Internationale Angelegenheiten (AMO).





**Die Heinrich-Böll-Stiftung ist ein Thinktank für grüne Ideen und Projekte, reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Sitz in Berlin und mehr als 30 Büros auf der ganzen Welt. In ihrer Arbeit orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Solidarität und Gewaltfreiheit. Mit ihrer Tätigkeit will sie zur politischen Bildung, Stärkung der Zivilgesellschaft, gesellschaftlicher Emanzipation und internationalen Verständigung beitragen. Das Büro in Prag koordiniert und fördert Projekte in der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn.**

**AMO (Assoziation für internationale Angelegenheiten) ist eine Nichtregierungsorganisation, die 1997 mit dem Ziel gegründet wurde, Forschung und Bildung zu internationalen Beziehungen zu fördern. Sie ist ein führender tschechischer Thinktank ohne Bindung an eine politische Partei oder Ideologie. Mit ihren Aktivitäten unterstützt sie eine engagierte Gestaltung der Außenpolitik, liefert parteiübergreifende Analysen des internationalen Geschehens und eröffnet einen Raum für fundierte Debatten.**

